

Kompetent für Politische Bildung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten



Jahresbericht **2013**



Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030 - 400 401 00

Fax: 030 - 400 401 22

E-Mail: info@adb.de

Internet: www.adb.de

Redaktion: Ina Bielenberg, Dr. Friedrun Erben (AdB)

Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Fotos: cc-by abc-huell.de (Titel, S. 7, 9, 16, 43)

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V. (S. 17)

cc Stephan Röhl, www.flickr.com, Heinrich-Böll-Stiftung (S. 20)

Archiv Martin Kaiser, Gustav Stresemann Institut Bad Bevensen (S. 22, 50)

Gerhard Frassa/www.pixelio.de (S. 28)

Druck: Point of Print, Berlin

Berlin, Mai 2014

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)

wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend gefördert.



Kompetent für politische Bildung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Jahresbericht 2013

Inhalt

Vorwort	5
1. Kompetent für politische Bildung. Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB	7
2. Vielfalt ist unsere Stärke. Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse	11
Programm Politische Jugendbildung	11
Blended Learning Democracy	15
KIK – Kompetenzen – Interessen – Kooperationen	17
Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa – AdB-Jahresthema 2013	19
Grenzen überwinden – Politische Bildung International	21
Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE	25
Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB	26
Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB	31
Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB	36
Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit	40
3. Querschnittsthemen	43
Gender Mainstreaming	43
Migration und Interkulturelle Kompetenz	44
4. Verbandsentwicklungen	45
Vorstand	45
Mitgliederentwicklung	47
5. Politische Bildung für eine starke Demokratie. Schlussfolgerungen und Perspektiven	49
Positionen	53
Eigenständige Jugendpolitik muss Interessenpolitik für Jugendliche sein	53
1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa	55
Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung	55
Politische Bildung muss Thema der Koalitionsverhandlungen sein	56
Der AdB im Überblick	57
Veranstaltungen des AdB	57
Mitglieder des Vorstands	59
Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“	59
Mitglieder der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen	60
Jugendbildungsreferent/-innen im Programm „Politische Jugendbildung“ im AdB im Rahmen des KJP	62
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle	63
Mitgliedschaften und Gremienarbeit	64
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.	65

Liebe Leserinnen und Leser,

im Koalitionsvertrag hat die neue Bundesregierung zu Beginn der Legislatur dargelegt, wie sie Deutschlands Zukunft in den kommenden vier Jahren gestalten will. Die politische Bildung kommt in diesem Gesamtkonzept – wenn auch nur an wenigen Stellen – vor.



So heißt es z.B.: „Die Politische Bildung ist ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie. Auch die außerschulische politische Bildung, nicht zuletzt durch die politischen Stiftungen, wollen wir stärken.“ Und zum Thema Erinnerungsarbeit ist ausgeführt: „Angesichts der enormen Wissensdefizite bei Jugendlichen über die beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert gilt es, wirksame

Mittel für eine bessere Wissensvermittlung wie die schulische und außerschulische politische Bildung zu nutzen.“ Und weiter: „Besondere Bedeutung misst die Koalition der Zeitzeugenarbeit, der politischen Bildung sowie der Wirkung authentischer Orte bei.“

Dass die politische Bildung durchaus mehr Aufmerksamkeit verdient hätte und ihr eine größere Rolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft zugetraut werden könnte, hat erneut eine wissenschaftliche Untersuchung an der Hochschule Darmstadt belegt. In der Wirkungsstudie „Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung“ hat ein Team um Prof. Dr. Achim Schröder untersucht, wie Jugendliche und junge Erwachsene von außerschulischer politischer Jugendbildung auf nachhaltige Weise erreicht werden. Das Fazit: Politische Bildung wirkt! Neben den interessanten und zum Nachlesen empfohlenen Ergebnissen war die systematische Betrachtungsweise der unterschiedlichen Bildungsorte für den AdB besonders gewinnbringend, die die Notwendigkeit von „nahen“ und „fernen“ Bildungsorten hervorhebt. Zu den „fernen“ Bildungsorten gehören auch Bildungsstätten, denen attestiert wurde, durch ihre Distanz zum Alltag einen Zugang zu neuen Inhalten und Themen, zur Erweiterung bisheriger Haltungen und zum Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen. Diese Ergebnisse werden gestärkt durch eine Studie, die der Landesverband der Heimvolkshochschulen in Auftrag gegeben hat. Das „Leben und Lernen unter einem Dach“ bietet, so ein Ergebnis der Befragungen, ausreichend Zeit und Abstand zum Alltag, um sich mit den angebotenen Themen, aber auch mit den anderen Menschen und

Meinungen in der Gruppe zu befassen und die Seminarinhalte für die eigene Person zu reflektieren.

Zu unserem großen Bedauern haben sich trotz dieser positiven Bestätigungen der Bildungsstättenarbeit die großen parteinahen Stiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung – entschieden, ihre Bildungsstätten zu schließen. Wir bedauern diesen Schritt sehr und können dieser Entwicklung nur positive Trends entgegensetzen. So wurde beim deutsch-tunesischen Austauschprojekt des AdB deutlich, dass die Bildungsstätten politischer Jugendbildung als Orte pädagogischer Kompetenz eine besondere Bedeutung bekamen: Sie boten den jungen Menschen während der Kooperationen einen geschützten Lernort, an denen Ideen der demokratischen Teilhabe Jugendlicher in Tunesien entwickelt und junge tunesische NGO beim Aufbau einer eigenen politischen Jugendbildung unterstützt werden konnten. Auch in Polen hat sich eine lebendige Szene politischer Bildungsstätten entwickelt, die jetzt sogar, nach dem Vorbild des AdB, einen eigenen Verband gründen wollen. Wir werden diese erfreuliche Entwicklung aufmerksam verfolgen und unterstützen.

Überhaupt hat sich die internationale Arbeit im AdB weiterhin sehr positiv entwickelt. Das Konzept der fachlichen Zentralstelle, die unterstützt, berät und qualifiziert, hat sich bewährt. Leider sind dem Ausbau unserer internationalen Zentralstellenarbeit aufgrund der sehr begrenzten Fördermittel enge Grenzen gesetzt. Das Interesse der Mitgliedseinrichtungen ist groß, ein weiterer Ausbau zurzeit aber nicht möglich. Aufgrund der aktuellen Fördersituation im KJP International konnten im Berichtsjahr nur 75% der beim AdB beantragten Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Auch eine Unterstützung der Infrastruktur in Form von Personal- oder Sachmitteln erhalten wir für die internationale Arbeit nicht. Mit Interesse blicken wir daher der Reform der KJP-Richtlinien entgegen und hoffen, dass sich die Situation für den AdB und seine internationale Arbeit spätestens dann verbessert.

Die Förderung des AdB insgesamt war ein zentrales Thema, das den Vorstand im Jahr 2013 in allen Vorstandssitzungen und darüber hinaus intensiv beschäftigt hat. Das aus unserer Sicht sehr bewährte Instrument der Fördervereinbarung, das dem AdB hohe Planungssicherheit und große Flexibilität ermöglichte und für Fördernehmer und Fördergeber einen geringen administrativen Aufwand bedeutete, wurde von Seiten des fördernden BMFSFJ gekündigt.

Die Abteilungsleiterin im BMFSFJ, Frau Regina Kraushaar, hat sich in einem Schreiben an den Vorstand gewandt und erläutert: „Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten besitzt durch seine Aufgaben und Leistungen eine wichtige und auf Dauer angelegte Bedeutung für die bundeszentrale Infrastruktur. An der langfristigen Perspektive und Ausrichtung der Förderung dieser Aufgaben aus dem KJP wird sich durch die Neugestaltung nichts ändern. Die Ihnen bekannten engen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere das Gebot der Jährlichkeit der Haushaltsführung, ermöglichen jedoch keine weitergehenden verbindlichen Festlegungen. Im Rahmen der vom Haushaltsgesetzgeber bereitgestellten Mittel werden wir aber weiterhin die bundeszentrale Infrastruktur und damit auch den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten aus dem KJP mit einer auf Dauer angelegten Förderung unterstützen.“

Wir freuen uns über die politische Anerkennung unserer Arbeit und begrüßen das Bekenntnis, den AdB als bundeszentrale Infrastruktur dauerhaft zu fördern. Dennoch bedauern wir die Umstellung der Förderung und blicken auch hier mit Interesse auf die anstehende Reform des KJP, um sie aktiv mitzugestalten und die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit positiv zu beeinflussen.

Große Veränderungen gab es auch in der Geschäftsstelle des AdB. Ingeborg Pistohl, die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, ging nach 38 Jahren Tätigkeit für den AdB in den Ruhestand. Der AdB hat ihr viel zu verdanken: Mit großem Engagement hat sie über viele Jahre die Kommission Erwachsenenbildung organisiert und begleitet; sie hat die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ zu einem zentralen Leitmedium der politischen Bildung entwickelt; sie hat mit zahlreichen Veröffentlichungen und Publikationen, mit Presseartikeln und

Fachbeiträgen die fachliche Diskussion angeregt und die Leistungen der politischen Bildung öffentlich gemacht. Auf der Mitgliederversammlung im November wurde Ingeborg Pistohl von den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern herzlich verabschiedet.

Neu ins AdB-Team ist Dr. Friedrun Erben gekommen. Sie ist als Referentin für Kommunikation und Medien eingestellt und wird in Zusammenarbeit mit dem Vorstand die Öffentlichkeitsarbeit des AdB weiterentwickeln.

Mein Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im AdB für ein erfolgreiches Jahr. Zum Erfolg beigetragen haben darüber hinaus wesentlich die Mitglieder des AdB, die in Projekten und Arbeitsgruppen, in Kommissionen und im Redaktionsbeirat, bei Mitgliederversammlungen und auf Fachtagungen mitgewirkt haben, die ehrenamtlich Aufgaben übernommen und ihre fachliche Expertise in den Verband eingebracht haben. Ohne sie würde der AdB nicht funktionieren, dafür herzlichen Dank! Und nicht zuletzt geht mein Dank an alle Kooperationspartner, insbesondere an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für die Förderung unserer Arbeit.

Angesichts der erfreulichen Ergebnisse der oben angesprochenen Studie zur biografischen Nachhaltigkeit politischer Bildung äußerte Thomas Thomer, Unterabteilungsleiter im BMFSFJ, die Überzeugung, dass „das Geld im KJP gut angelegt ist.“ Wir hoffen, dass dies dauerhaft auch für den AdB gilt!

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender

1 Kompetent für politische Bildung

Ziele und Schwerpunkte der Arbeit des AdB



Demokratie ist schön, macht aber viel Arbeit. So könnte das bekannte Zitat von Karl Valentin abgewandelt lauten, um zum Ausdruck zu bringen, dass Demokratie zwar die beste aller Staatsformen ist, dass demokratisches Verhalten und demokratisches Miteinander aber nichts Gegebenes sind, sondern immer wieder neu gelehrt und gelernt werden müssen. Orte und Gelegenheiten, Demokratie zu lehren und zu lernen, bieten die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung. Sie halten – für verschiedene Zielgruppen und verschiedene Interessen – die unterschiedlichsten Angebote bereit, um Wissen über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, um eigene Wert- und Urteilsbildung zu ermöglichen und um zur Mitwirkung und Mitgestaltung von Gesellschaft anzuregen.

Politische Bildung ist demnach eine anspruchsvolle Aufgabe, die im Interesse eines Bildungsmehrwertes für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur gelingt, wenn tragfähige Strukturen vorhanden sind, wenn die Rahmenbedingungen unterstützend wirken

und wenn vor allem die Fachkräfte, die Bildnerinnen und Bildner, entsprechend qualifiziert sind.

■ Anforderungen an politische Bildung

Denn egal, ob es sich um ein Seminar zur deutsch-tunesischen Zusammenarbeit, um ein Partizipationsprojekt oder eine Fachtagung zum Jahrestag des 1. Weltkriegs handelt, politische Bildner/-innen müssen sich das Thema ihrer Veranstaltung umfassend erschließen, um es fundiert vorbereiten zu können, um geeignete Referenten, Zeitzeugen, Materialien, Exkursionsorte etc. zu recherchieren und auszuwählen und um sprech- und auskunftsfähig gegenüber den Teilnehmenden zu sein. Sie brauchen ein grundständiges Fach- und Strukturwissen über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und historische Zusammenhänge sowie pädagogische und didaktische Kompetenzen, um die Bildungsveranstaltungen begründet planen und durchführen zu können.

Darüber hinaus ist ein großes Repertoire an Methoden erforderlich, die jeweils zugeschnitten sein müssen auf das Thema, den Veranstaltungsort und vor allem auf die Zielgruppe. Methode und Inhalt müssen zueinander passen, die Teilnehmenden dürfen weder über- noch unterfordert werden. Und nicht zuletzt ist ein hohes Maß an sozialer Kompetenz notwendig, um die Interessen der Teilnehmenden zu erkennen, um die lebensweltlichen Themen, Fragen und Probleme der Teilnehmenden aufzunehmen und in die Veranstaltung einbinden zu können. Außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung findet unter der Prämisse der Freiwilligkeit statt, d.h., sie muss und will sich für das interessieren, was die Teilnehmenden mitbringen, was sie wissen wollen, sie ist offen für deren Fragen und Anliegen, die von den politischen Bildnerinnen und Bildnern erkannt und im Setting der Veranstaltung und im Methodeneinsatz berücksichtigt werden müssen. Dafür brauchen die Bildner/-innen Sensibilität, Kommunikationsfähigkeit, Empathie und Konfliktlösungskompetenz, sie müssen den Teilnehmenden offen, anerkennend und wertschätzend gegenüber treten und sie brauchen ein zielgruppenspezifisches Wissen über Herkunft sowie kulturelle und soziale Kontexte der Teilnehmenden.

Gerade die zuletzt angesprochene Offenheit gegenüber Teilnehmenden, das Interesse an und die Kenntnis über diejenigen, die in die Veranstaltungen kommen, gewinnt in der politischen Bildung noch einmal verstärkt an Bedeutung vor dem Hintergrund sich verändernder Teilnehmergruppen. Vor allem in der Jugendbildung wächst, regional unterschiedlich, der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund, der in die Bildungsstätten kommt.

Mit dieser veränderten Zusammensetzung der Teilnehmerschaft differenzieren sich auch die Erfahrungen, Erlebnisse, Vorstellungen, Fragen und Interessen aus. Diese Vielfalt sollte Thema der Angebote politischer Bildung sein, die Gemeinsamkeiten der Teilnehmer/-innen sollten betont werden, aber nicht um den Preis der Einebnung der Unterschiede.

Eine weitere Herausforderung für Fachkräfte besteht darin, die technischen Möglichkeiten und neuen Kommunikationsformen in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen, was vorrangig in der Jugendbildung bereits geschieht. Die politischen Bildner/-innen sind gefragt, neue Formate zu entwickeln und neue Methoden in die Bildungsarbeit zu integrieren, um an die Interessen, Ausdrucksformen und Lebenswelten der Teilnehmenden anzuknüpfen. Beispiele für solche Neuentwicklungen sind z.B. BarCamps, Geocaching und Blended-Learning-Formate, eine Kombination aus Seminarphasen und E-Learning-Anteilen. Auch die Einbeziehung von Werkzeugen des web 2.0 wie Blogs, Podcasts, Wikis etc. gehören mittlerweile zum Standard, den ein politischer Bildner/eine politische Bildnerin beherrschen sollte.

Die politischen Bildner/-innen sind, so verdeutlicht die Beschreibung der Anforderungen und Kompetenzen, gefordert, ihre Arbeit immer wieder neu zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Der AdB sieht es als seine Aufgabe an, diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen und u.a. durch die Veranstaltung von Fachtagun-

gen, Fortbildungen, Modellprojekten und durch Öffentlichkeitsarbeit. Auch Politikberatung und Interessenvertretung dienen dazu, durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen zur fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung beizutragen.

■ Qualifizieren

Ein Schwerpunkt der Arbeit des AdB besteht in der Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Bildungsstätten und in anderen Einrichtungen der politischen Bildung. Unter dem Titel „Qualität sichern – Fachtagungen und Fortbildungen im AdB“ bot der Verband daher fünf Veranstaltungen für Fachkräfte an. In der Tagung, die sich an Hauswirtschaftsleitungen richtete, ging es um das nachhaltige Arbeiten im Küchenbereich und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Die Haustechniker informierten sich über Netzwerke und die technischen Voraussetzungen für eine moderne medienpädagogische Arbeit. Mit Fragen der rechtlichen Organisationsform setzten sich die Einrichtungsleiter/-innen auseinander und an die Pädagoginnen und Pädagogen richteten sich die Fachtagung zum AdB-Jahresthema sowie die Informationsveranstaltung zu den neuen EU-Programmen. Ziel aller Veranstaltungen war es, die unterschiedlichen Berufsgruppen in Bildungsstätten und Bildungswerken anzusprechen und zielgruppengenaufortzubilden, da nur im Zusammenspiel aller Verantwortlichen ein Bildungssetting gelingt, das dem ganzheitlichen Anspruch der Einrichtungen „Leben und Lernen unter einem Dach“ erfolgreich gerecht wird.

Unter dem Aspekt der Qualifizierung wird im AdB auch die Zentralstellenarbeit verstanden. Eine reine Weiterleitung von Fördermitteln entspricht nicht dem Anspruch des AdB, das gilt sowohl für den nationalen wie auch für den internationalen Bereich. Ziel der Arbeit im Verband ist es, durch fachliche Beratung, Begleitung, Fortbildung und Austausch die Mitgliedseinrichtungen dabei zu unterstützen, ihre Angebote qualifiziert durchführen und ihre Bildungsarbeit kontinuierlich verbessern zu können.

Auch das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ folgt dieser Logik. Zur Koordination und inhaltlichen Steuerung durch den AdB gehören die Festlegung der Bildungsarbeit auf vier Themenschwerpunkte, die Organisation regelmäßiger Austauschrunden und Projektgruppentreffen, die Durchführung von Fortbildungen sowie der jährlichen zentralen Arbeitstagung. Alle Maßnahmen haben zum Ziel, die Erfahrungen und Ergebnisse der Referentinnen und Referenten zurückzubinden in das Gesamtprogramm und dort zu reflektieren, daraus folgende besondere Herausforderungen und Fragen herauszuarbeiten und gemeinsam zu bearbeiten und auf dieser Grundlage durch bundesweite Kooperation und Vernetzung neue Vorhaben und Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

■ Themen aufgreifen

Neue Projekte zu entwickeln und damit neue Themen aufzugreifen ist ein weiterer Schwerpunkt der AdB-Aktivitäten. Dabei ist es notwendig, in mindestens zwei Richtungen sensibel zu sein: Zum

einen gilt es, nah an der Praxis zu sein und einen guten Überblick zu haben über das, was in den Mitgliedseinrichtungen diskutiert und bearbeitet wird. Welche Themen sind aktuell, welche Inhalte sind wichtig? Welche davon sollten vom AdB mit eignen Veranstaltungen aufgegriffen werden, um Unterstützung für die Praxis zu bieten? Ein weiteres Augenmerk muss darüber hinaus auf die Veränderungen der Lebensphase Jugend und auf sich wandelnde Lebensbedingungen junger Menschen und Erwachsener gerichtet werden. Diese Prozesse beeinflussen die Gestaltung, die Organisation sowie die Inhalte und Themen von Bildungsveranstaltungen. So haben sich beispielsweise durch neue Medien die Formen der Kommunikation und Interaktion gewandelt. Gleichzeitig ist eine Veränderung der Kulturen von Lernen, Wissenserwerb und Bildung zu beobachten.

Wichtig für die Bildungspraxis sind darüber hinaus aktuelle Debatten über Herausforderungen, Konzepte und Aufgaben politischer Bildung in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die Erreichbarkeit neuer Zielgruppen, die Fragen des Kompetenzerwerbs oder



der Nachweis biografischer Nachhaltigkeit politischer Bildung, wie er im gleichnamigen Forschungsvorhaben an der Universität Darmstadt untersucht worden ist, sind Beispiele dieser Debatten. Der AdB sieht es als seine Aufgabe an, in einer Art Monitoring daraus wichtige Themen zu generieren und für die Praxis in den Mitgliedseinrichtungen zugänglich zu machen.

In diesem Kontext steht das Projekt „Blended Learning Democracy“, ein Modellvorhaben, das der AdB in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen durchführte. Ziel dieses innovativen Vorhabens war es, das zentrale Thema „Beteiligungschancen junger Menschen“ mit den Möglichkeiten der neuen Medien zu verknüpfen und gleichzeitig das noch junge Format des Blended Learning zu erproben. Gerade für Bildungsstätten stellt sich die Frage, wie

zukünftig das Online-Lernen mit Präsenzphasen in den Einrichtungen wirkungsvoll verbunden werden kann.

Im Projekt „KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen“ beteiligte sich der AdB daran, das Thema der Gestaltung von Übergängen für die politische Bildung aufzuschließen. Ziel des Projekts war es, Ansätze politischer Jugendbildung zu entwickeln und zu erproben, mit denen Jugendliche in der Phase des Übergangs vom allgemeinbildenden in das berufsbildende System begleitet und unterstützt werden können. Dabei sollten insbesondere auch sozial benachteiligte Jugendliche im Übergang erreicht und bei der Realisierung eigener Lebensentwürfe gefördert werden.

Auch das Jahresthema des AdB, die themengebundenen Fortbildungsangebote und Fachtagungen, die Publikationen sowie nicht zuletzt die thematischen Schwerpunkte der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ dienten dem Ziel, die politische Bildung inhaltlich anzureichern und den Erfahrungstransfer zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik sicherzustellen.

■ Sichtbar machen

Ein dritter Schwerpunkt der AdB-Tätigkeit bestand darin, die Sichtbarkeit politischer Bildung zu verbessern. Grundsätzlich scheint es einen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung dieses Arbeitsfeldes zu geben. So formulierte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland“ (17/12428): „Politische Bildung ist eine spezifische Form der Bildung. Ihr kommt eine wichtige Rolle bei der Stärkung und Festigung unserer Demokratie zu, indem sie über Grundlagen der Demokratie und bedeutende historische und gesellschaftspolitische Fragen und Ereignisse informiert.“ Und weiter wird ihr zugetraut, „Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben zu stärken und so der Entwicklung von Extremismus sowie Vorurteils- und Gewaltkriminalität entgegenzuwirken.“

Auch wenn das in der Kleinen Anfrage formulierte Vertrauen in politische Bildung erfreulich ist, so kommt sie im Alltagshandeln der politischen Öffentlichkeit wenig bis gar nicht vor. Die zahlreichen interessanten Projekte, Träger, Einrichtungen und ihre Bildungsarbeit sind oftmals über den Kreis der interessierten Fachöffentlichkeit hinaus nicht bekannt und kaum sichtbar. Dieses Sichtbarmachen der politischen Bildung hat sich der AdB zur Aufgabe gemacht. Zentrales Instrument dafür ist die Öffentlichkeitsarbeit. Sie umfasst die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“, Veröffentlichungen wie Jahresberichte, Projektdokumentationen und Arbeitshilfen, die Homepage, Newsletter und die Pressearbeit. Adressaten der Öffentlichkeitsarbeit sind Praktiker/-innen der politischen Bildung, Fachkräfte der Jugend- und Erwachsenenbildung, Verantwortliche in Politik und Verwaltung, freie und öffentliche Träger, Wissenschaft und Forschung.

Als Kommunikationsplattform wurde die Homepage des AdB komplett überarbeitet mit dem Ziel, sie übersichtlicher, inhaltlicher und

attraktiver zu gestalten, interaktive Tools wie Kommentarfunktionen einzubauen und über eine Kalenderfunktion die anstehenden Termine – eigene und die bundesweit relevanten Daten von Mitgliedseinrichtungen – präsent zu machen.

Unter dem Stichwort „sichtbar machen“ sind auch die Aktivitäten in den Bereichen Politikberatung, Vertretungen und Vernetzung zu sehen. Zentrale zivilgesellschaftliche Netzwerke sind dabei der Bundesausschuss politische Bildung (bap) und die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI), aber auch andere Organisationen wie die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), IJAB-Fachstelle für Jugendarbeit und weitere Zusammenschlüsse, in denen der AdB aktiv ist. Wichtigster Ansprechpartner in allen jugendpolitischen Fragen ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit dem der AdB partnerschaftlich zusammenarbeitet und z.B. die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik aktiv begleitet hat. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vertritt den Bereich der politischen Erwachsenenbildung. Auch wenn der AdB

hier selbst weder Zentralstelle noch Zuwendungsempfänger ist, ist die Behörde in allen fachlichen Belangen ein zentraler Ansprechpartner, um gemeinsam mit ihr die Vielfalt und Leistungsfähigkeit politischer Bildung nach außen zu tragen, z.B. bei den Aktionstagen politische Bildung.

Alle Aktivitäten des AdB – Öffentlichkeitsarbeit, Modellprojekte, Fach- und Fortbildungsveranstaltungen, internationale Aktivitäten, Netzwerk- und Gremienarbeit sowie die Arbeit im Programm politische Jugendbildung – sind in diesem Jahresbericht in den Kapiteln 2, 3 und 4 ausführlich dargestellt. Die Schlussfolgerungen und Perspektiven aus den dargestellten Schwerpunkten für die zukünftige Arbeit des AdB finden sich im 5. Kapitel. Alle im Jahr 2013 entstandenen Positionen finden sich im Anhang. Auf einen Blick nachzulesen sind dort auch noch einmal alle Veranstaltungen des AdB sowie die Mitglieder der verbandsinternen Gremien. Eine vollständige Auflistung aller Mitgliedseinrichtungen schließt den Jahresbericht ab.

2 Vielfalt ist unsere Stärke

Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse



Programm Politische Jugendbildung im AdB

Mit dem Ende des Jahres 2013 ging bereits die erste Hälfte der 6-jährigen Laufzeit des Programms „Politische Jugendbildung“ zu Ende. Die Projektgruppen als tragende Säulen haben mit ihren vier Themenschwerpunkten ihre Arbeits- und Innovationsfähigkeit unter Beweis gestellt, die sich auch in der Gestaltung der Arbeitstagungen niederschlug. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten gestalteten mit ihrer schwerpunktbezogenen Bildungsarbeit vor Ort eine Resonanz- und Erprobungsmöglichkeit für die in den Projektgruppen entwickelten konzeptionellen Ansätze politischer Bildung. Die Koordination durch den Bundestutor, Boris Brokmeier, und die AdB-Geschäftsstelle führte zur notwendigen Programmkontinuität und leistete die wichtige Beratung und Begleitung der Fachkräfte und Projektgruppen.

Was ist ein BarCamp? – Zentrale Arbeitstagung

Was ist ein BarCamp? Und was hat ein BarCamp mit politischer Bildung zu tun? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der 5-tägigen Zentralen Arbeitstagung der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten, die vom 18. bis 22. März 2013 im Berliner wannseeFORUM stattfand.

Die Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“ bereitete das Schwerpunktthema vor und startete mit einem eigens erstellten Filmbeitrag, der in die Welt der BarCamps einführte und mit einem World Café zu verschiedenen Fragestellungen. Die dafür

benötigte Technik war umfangreich: Ohne Notebooks, Beamer, Tablets, Kameras, vielen Kabeln und einer Übertragungsanlage ist kein BarCamp zu haben. Die Technik ist notwendig, um aus der Methode „Open Space“ ein BarCamp werden zu lassen, das allerdings flexibler organisiert ist und aus Vorträgen und Diskussionsrunden besteht, die von den Teilnehmenden selbst koordiniert werden. Das geht einher mit der Erstellung von Etherpads zur gemeinschaftlichen Textbearbeitung, einer Twitterwall und weiteren technischen Feinheiten des Web 2.0. Jeder kann und soll sich mit einer Fragestellung bzw. einem Thema in den Prozess einbringen und mit den Teilnehmenden diskutieren. Außenstehende können

chen, deren Antwort der Bundesregierung inzwischen auch vorlag. Die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten begrüßten die Kleine Anfrage, bemängelten jedoch die Zuspitzung auf die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die Arbeit der geförderten freien Träger, die umfangreicher sei als die der bpb, sei nicht ausreichend nachgefragt worden. Zur Sprache kamen auch die Sonderprogramme von BMFSFJ und bpb gegen Rechtsextremismus und deren zum Teil komplizierte Förderrichtlinien. Der Wunsch nach mehr Flexibilität und Vertrauen gegenüber den Trägern wurde von Daniela Kolbe aufgenommen und wird von ihr in die politische Diskussion eingespeist.



sich über Twitter und das Etherpad beteiligen. Der Tagungsraum wird auf diese Weise virtuell vergrößert und die Beteiligung erhöht.

Einige Jugendbildungsreferentinnen und -referenten verfügten bereits über Erfahrungen in der Durchführung von BarCamps und berichteten über eine sehr gute Resonanz und gelingende Teilnehmenden-Akquise. Zum Ende des Tages waren alle Diskussionen und Foren auf einer Homepage dokumentiert und damit für alle einsehbar. Den Ansprüchen der politischen Bildung an Partizipation kommt dieser themenorientierte Beteiligungsprozess sehr entgegen.

Im Verlauf der Tagung wurde das Format genutzt, um den Prozess zur Formulierung guter Bedingungen für die politische Jugendbildung fortzusetzen, der bereits im Vorjahr begonnen wurde und im November 2013 abgeschlossen werden sollte.

Ein Gespräch im Deutschen Bundestag mit Daniela Kolbe, MdB, nutzen die Pädagoginnen und Pädagogen, um ihre Arbeit vorzustellen und um über die von ihr und der SPD-Fraktion eingebrachte Kleine Anfrage zur politischen Bildung in Deutschland zu spre-

Der Besuch des in unmittelbarer Nähe des Reichstags gelegenen Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas stellte für die Teilnehmenden eine Verbindung zum Arbeitsschwerpunkt Antiziganismus her, der im Mittelpunkt der Vorjahrestagung und der Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ stand. Das von Dani Karavan entworfene Denkmal mit seinem Brunnen und den Informationstafeln vermittelte bleibende und berührende Eindrücke bei den Betrachtenden.

Die Tagung der vier Projektgruppen, die am vierten Tag auf dem Programm stand, bot für diese die Gelegenheit, ihren weiteren Arbeitsprozess zu planen und Schwerpunktsetzungen für die kommenden dreitä-

gigen Treffen vorzunehmen. Den Abschluss der Tagung bildete ein Gespräch mit dem Vorstand des AdB, an dem Ulrich Ballhausen als Vorsitzender und Bettina Heinrich als Mitglied des Vorstands teilnahmen. Sie gaben einen Überblick über die Aktivitäten und Herausforderungen der Verbands- und Vorstandsarbeit und formulierten Wege zur Weiterentwicklung des Verbandes. So sollen Wege zur Kooperation mit sozialen Bewegungen, die ebenfalls politische Bildung oder politische Kampagnen betreiben, ausgelotet und der Prozess der Interkulturellen Öffnung des AdB und seiner Mitgliedseinrichtungen vorangebracht werden.

■ Gelingensbedingungen formuliert

Vom 11. bis 13. November 2013 fand im ABC-Tagungszentrum Drochtersen-Hüll die gemeinsame Projektgruppensitzung des Programms „Politische Bildung“ statt. Das zentrale Ergebnis dieser Tagung war die Fertigstellung und Verabschiedung des Diskussionspapiers „Gelingensbedingungen für die außerschulische politische Jugendbildung“, mit dem innerhalb und außerhalb des AdB eine Diskussion über den Erfolg und die Qualität im Arbeitsfeld angeregt und geführt werden soll.

Fünf Punkte sind den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten wichtig, angefangen von der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit der Bildungsangebote über professionelles Personal bis hin zur Erhöhung des gesellschaftlichen Stellenwerts politischer Bildung. Sie halten die Leistungsfähigkeit des Trägers und die vielfältigen Rahmenbedingungen der Bildungsarbeit für wesentliche Bedingungen, die zum Gelingen guter politischer Jugendbildungsarbeit beitragen. Sie halten den Innovationsdruck, der durch immer neue und kurzfristige Programme entsteht, für kontraproduktiv, da er zu Lasten langjähriger und kontinuierlicher Arbeit geht. Jugendbildungsreferentinnen und -referenten sollen darüber hinaus fest angestellt sein, einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz vorfinden und entsprechend der Tarifverträge vergütet werden. Zur klaren Regelung ihrer Arbeitszeit sollen Vereinbarungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen getroffen und den besonderen zeitlichen Anforderungen des Seminarbetriebs Rechnung getragen werden, so einige Kernaussagen des Papiers.

Projektgruppen

Die Projektgruppe „**Globalisierung und Medienkommunikation**“ entwickelte und adaptierte innovative Formate wie z.B. BarCamps, Alternate Reality Games oder MiniLARPS, um komplexe Themen erfahrbar zu machen und in ihrer Diversität darzustellen. Das Ziel der Projektgruppe ist es, junge Leute zu motivieren und zu befähigen, sich an den derzeitigen gesellschaftlichen Diskursen zu beteiligen und die mediale Zukunft mit zu formen.

Jugendliche nutzen zwar ausgiebig die vorhandenen Angebote, oft fehlt ihnen aber die kritische Wahrnehmung der globalisierten Medienkommunikation. Sie ist jedoch die Grundlage für eine aktive, verantwortungsvolle und kreative Teilhabe. Nur wenige Jugendliche sehen sich – über den reinen Konsum hinaus – als Gestalter/-innen ihrer Medienwelt. Aus fachlicher Sicht der Projektgruppe bedarf es daher partizipativer und attraktiver Methoden, um junge Menschen zu aktivem Handeln zu motivieren. Die Befassung mit und Gestaltung von BarCamps hat gezeigt, dass sowohl das engagierte Einbringen eigener gesellschaftspolitischer Themen wie auch der Ansatz des peer-to-peer-learning funktionieren. Inhalte von Jugendlichen selbst bestimmen zu lassen, brachte entgegen möglicher Vorbehalte die Bestätigung, dass Jugendliche den gegebenen Veranstaltungsrahmen intensiv für ihre politische Bildung nutzen. Voraussetzung dafür ist eine gute Vorbereitung, die insbesondere starke inhaltliche Inputs und einführende Methoden als Motivation einschließt. Voraussetzung ist aber auch Vertrauen in die Teilnehmenden statt Angst vor Kontrollverlust über die Themen. Für die Teilnehmenden sind insbesondere die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Spaß am Engagement von Bedeutung.

Die Aktivitäten der Projektgruppe „**Partizipation und Demokratie in und mit der Schule**“ konzentrierten sich im Jahr 2013 auf die Konzeptentwicklung, strategische Planung und Umsetzung des Praxishandbuchs „Brisant?! Wenn Schüler/-innen mitbestimmen“. Ausgehend von den jeweiligen Rollen und Aufgaben der an

und in Schule Beteiligten konkretisierte die Projektgruppe die Ziele und Zielgruppe des Handbuchs. Vor dem Hintergrund der Zielsetzung des Praxishandbuchs diskutierte und vereinbarte die Projektgruppe dann die zentralen Themen und Inhalte. Als wichtigsten Punkt stellten sich die Qualitätskriterien von Mitbestimmung und Partizipation in Schule heraus, die im Folgenden kurz dargestellt werden:

- Bereitschaft zu Partizipation von allen Beteiligten, Ressourcenbereitstellung, Sicherung der Rahmenbedingungen;
- Zugangsberechtigung „politische Bildung für alle“;
- Definition von Entscheidungsspielräumen;
- Transparenz auf allen Informationsebenen;
- für alle zugängliche und verständliche Kommunikation und Information;
- klare Kommunikationsregeln;
- Zielgruppenorientierung und Berücksichtigung von Interessen und Bedürfnissen der Beteiligten;
- motivierende und die Demokratiekompetenz fördernde Methoden;
- Verbindlichkeit, Unmittelbarkeit bei der Umsetzung, zeitnahe Ergebnisse und Dokumentation;
- Teilnehmernetzwerke, Einbindung in soziales Umfeld, Schule im Sozialraum denken;
- Qualifizierung zur Partizipation (aller Beteiligten), Beteiligung als kontinuierliches Projekt;
- Anerkennung und Öffentlichkeitsarbeit sowie
- das Recht auf Nichtbeteiligung.

Aufbauend auf diese skizzierten Qualitätskriterien für Mitbestimmung und Beteiligung in Schule wurde eine Mini-Zukunftswerkstatt durchgeführt mit dem Ziel, zukünftig Projekte und Seminare hinsichtlich dieser Kriterien zu überprüfen.

Das Praxishandbuch soll 2016 erscheinen und zielt neben der Belegung der Schülermitbestimmung auf deren Erweiterung in eine Beteiligungskultur, die den Satz von Max Frisch „Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen“ für jeden Schüler und jede Schülerin erfahrbar macht.

Die Projektgruppe „**Arbeitsweltbezogene politische Bildung**“ beschäftigte sich im Berichtsjahr 2013 intensiv mit der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der gemeinsamen Fortbildung der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten zum Themenkomplex „Arbeitswelt“ im Rahmen der Zentralen Arbeitstagung im März 2014. Zunächst wurden hierfür während der Projektgruppensitzung im Frühjahr mögliche Zielsetzungen, Themen und Methoden zusammengetragen und diskutiert. Im Ergebnis einigte sich die Projektgruppe darauf, die Reflexion der Erwerbssituationen der Kolleginnen und Kollegen als Ausgangspunkt der weiteren Arbeit



zu nehmen. Dabei sollen Fragen nach den konkreten Arbeitsbedingungen und Perspektiven, dem eigenen Arbeitsbegriff und der zu Grunde liegenden Arbeitsmoral, dem individuellen Stellenwert der Erwerbsarbeit im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen etc. bearbeitet und im Kontext der gegenwärtigen Entwicklungen der Arbeitswelt betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund wird dann eine gesamtgesellschaftliche Utopie vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Im Laufe des Jahres legte die Projektgruppe die methodische Umsetzung dieser Ziele und Inhalte fest und vereinbarte Zuständigkeiten für die Durchführung der verschiedenen Einheiten.

Mit dem Besuch der Kommune Niederkaufungen in Nordhessen verband die Projektgruppe das Ziel, mögliche Alternativen zur gegenwärtigen Erwerbsgesellschaft genauer zu untersuchen und die gewonnenen Erkenntnisse in die Bildungsarbeit aufzunehmen. Zentrale Fragestellungen während der Führung drehten sich um den Stellenwert und die Ausgestaltung der Arbeitsplätze und um das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Der Kommune sind verschiedene eigene Betriebe angegliedert, u.a. eine anerkannte Kindertagesstätte, eine Schreinerei und eine ökologische Landwirtschaft. Dadurch verfügt die Kommune über eine weitgehend autarke Versorgung. Das kollektive Arbeiten ist nach dem Selbstbestimmungsprinzip organisiert. Die Kommune Niederkaufungen belegt auf eindrucksvolle Weise, dass profitorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmodelle nicht alternativlos sind und regt damit dazu an, eigene Überlegungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Gestaltung von Arbeitswelt anzustellen, statt die momentanen Bedingungen des Arbeitsmarktes hinzunehmen.

Die Projektgruppe **„Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“** begab sich im Laufe des Berichtsjahres auf die Suche nach einer griffigen Beschreibung ihrer bereits in Praxisseminaren erprobten historischen und biografischen politischen Bildungsarbeit. Ihre erste Station nannten sie „multiperspektivisches Geschichtslernen“ und trafen dort auf Ulla Kux, Leiterin des

Programms „Geschichte in Vielfalt“ bei der Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ (EVZ). Mit Johann Martin Chladenius im Gepäck überraschte sie mit der Aussage, dass Multiperspektivität keine Erfindung der Neuzeit sei. Schon 1742 schrieb der Wegbereiter einer modernen Geschichtsschreibung über die „Sehepunkte“ auf historische Ereignisse: „Ebenso ist es mit allen Geschichten beschaffen; eine Rebellion wird anders von einem getreuen Untertanen, anders von einem Rebellen, anders von einem Ausländer, anders von einem Hofmann, anders von einem Bürger oder Bauern angesehen.“ Ergo: Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist immer multiperspektivisch, sie schließt das Eigene und das Fremde mit ein.

Getrieben von der Sorge, möglicherweise gerade bei Jugendlichen ohne historisches Grundwissen irritierende Identitätskonstruktionen zu manifestieren oder in emotional aufgeheizten Diskussionen nicht professionell genug reagieren zu können, verständigte sich die Projektgruppe auf folgende grundlegende Lernziele:

Jugendliche können in unseren Angeboten

- die Geschichtlichkeit der eigenen Existenz erfahren,
- Orientierungskompetenz erhalten und die Gewordenheit von Verhältnissen erkennen,
- Geschichte als Mentalitätsgeschichte, Verflechtungs- und Beziehungsgeschichte deuten lernen.

Wichtig ist der Projektgruppe die Auseinandersetzung mit folgenden Fragen:

- Sind alle Geschichten, die die Teilnehmenden einbringen, gleich (ge-)wichtig?
- Wie gestaltet sich die Rekonstruktion von Geschichte und kulturellem Gedächtnis?

- Wie gehe ich mit einer möglichen „Gefahr“ von Gleichsetzung um?
- Finde ich einen professionellen Umgang mit Dogmen, religiösen Überzeugungen und geschlossenen Festungsgräben?
- Was darf auf keinen Fall in einer Lerngruppe passieren?
- Können über die Auseinandersetzung soziale Beziehungen zerstört werden
- und/oder neue ethnische Zuschreibungen entstehen?

Besonders über diesen letzten Aspekt diskutierten die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten mit der Sozial- und Kulturwissenschaftlerin Nadine Golly, Mitarbeiterin am Institut für integrative Studien (infis) an der Leuphana Universität in Lüneburg. Auch sie hat einen politischen Dreisatz zur „Multidirectional Memory“ entwickelt, um migrantische Positionen und Perspektiven in den nationalen und transnationalen Erinnerungsdiskurs gleichberechtigt aufzunehmen.

- Rethink! – von deutscher Geschichte und Vergangenheit (umdenken/umdeuten)
- Reconsider! – verschiedene historische Ereignisse und Geschichte(n) bedingen und/oder ergänzen sich (neu überlegen/überdenken)
- Remember! – den „heiligen politischen Raum“ (entsinnen)

Nadine Golly empfahl den Aufbau migrantischer „Archive der Erinnerung“, die den Diskurs beeinflussen und beschleunigen

können. Sie können neue Wege der Teilhabe ermöglichen und helfen, die Vorstellung vom naturgegebenen Nationsverständnis zu überwinden.

Erfahrungen

Das Programm Politische Jugendbildung im AdB konnte im dritten Jahr der aktuellen Programmphase eine vertiefende, bundesweite Wirkungen entfalten, die durch gemeinsame Vorhaben der Projektgruppen, Seminare und Tagungen der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten sowie die Mitgestaltung der Fortbildungsangebote im Rahmen der Tagungen zum Ausdruck kamen. Die oben beschriebene Arbeit der Referentinnen und Referenten zeigt, dass über die Kurs- und Seminararbeit in den einzelnen Einrichtungen hinaus ein fachlicher Mehrwert für die politische Bildung entsteht, der über die Gesamtkoordination durch den AdB in die Struktur der politischen Bildung gebracht wird. Das hohe Maß der kontinuierlichen Arbeit in den vier Projektgruppen bestätigte die strukturelle Konstruktion des Programms, die trotz anfallender Personalwechsel bei den Jugendbildungsreferentinnen und -referenten in Folge von Elternzeitregelungen die jeweiligen Arbeitsprozesse absichert.

Nicht zuletzt führte die gemeinsame Verabschiedung des Diskussionspapiers „Gelingensbedingungen für die außerschulische politische Bildung“ zu einem internen Verständigungsprozess und einer gemeinsamen Positionierung, die den Stellenwert und die gesellschaftliche Bedeutung des Programms Politische Jugendbildung deutlich herausstellt.

Blended Learning Democracy



Mit dem Projekt „Blended Learning Democracy“, gefördert aus dem Innovationsfonds zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik durch das BMFSFJ, sollten die Beteiligungschancen von Kindern und Jugendlichen durch die Entwicklung und Erprobung geeigneter eDemocracy-Verfahren verbessert werden und in politische Bildungsprozesse integriert werden.

Das Projekt knüpfte an das in der politischen Jugendbildung bereits vorhandene Knowhow über mediengestützte Bildungsformate an, die sich insbesondere der Angebote des Web 2.0 bedienen wie z.B.

Produktionen von Podcasts und Videoclips, das Erstellen von Blogs und Homepages, und entwickelt diese weiter. An dem Projekt waren folgende Mitgliedseinrichtungen des AdB beteiligt:

- Jugendbildungsstätte LidiceHaus in Bremen
- Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden
- Bildungs- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde in Nahrendorf-Breese

Das Ausprobieren und Bewerten im Internet verfügbarer Programme, die den Online-Lernprozess in der non-formalen Bildung unterstützen könnten, stand im Mittelpunkt des zweiten Moduls der Online-Trainer-Fortbildung im Januar 2013. Non-formales Lernen wird nicht als instruktiver Lernprozess verstanden. Vielmehr sind die Teilnehmenden Co-Produzenten des Prozesses und aktiv einbezogen. Aus diesem Grund testeten die Online-Trainer insbesondere Programme, die einen hohen Grad der Mitgestaltung erfordern und Arbeitsergebnisse dokumentieren. Das Programm

„strut“ zur internetgestützten Präsentation von Texten, Fotos und Videos wurde als eine kostenfreie Alternative zu Power-Point getestet und zur Dokumentation von Arbeitsergebnissen genutzt. Anhand dieser und anderer Beispiele wurden die vielfältigen Varianten des Online-Lernens erprobt und deren Einbindung in Lernprozesse der politischen Bildung bewertet.

Die Online-Trainer/-innen diskutierten ihre Aufgabe als Pädagogen bzw. Politische Bildner/-innen bei der Gestaltung und Umsetzung online-gestützter Lernprozesse. Sie bewerteten ihre Rolle als Herausforderung, da die Teilnehmenden nicht unbedingt zusammen in einem Seminarraum sitzen, sondern ihre Mitarbeit von vielen Orten aus möglich sei.

Mit dem Überreichen der Zertifikate für eine erfolgreiche und engagierte Teilnahme endete die insgesamt sechstägige Fortbildung. Projektleiter Christoph Kröger motivierte die Teilnehmenden, das Online-Lernen zukünftig stärker in der politischen Bildungsarbeit zur berücksichtigen, um mehr Erfahrungen in diesem Feld sammeln zu können und um Bildungsarbeit für medienaffine Menschen attraktiver zu machen.

Die drei Teilprojekte

Mit dem Projekt **„Stadtteil-Checker“** der Jugendbildungsstätte Lidicehaus Bremen, sollten die Beteiligungschancen von Kindern und Jugendlichen durch die Entwicklung und Erprobung geeigneter eDemocracy-Verfahren verbessert und in politische Bildungsprozesse integriert werden. Die Projektidee entstand aufgrund der Überlegung, dass Kinder und Jugendliche Expertinnen und Experten für ihren Stadtteil sind. Im Rahmen einer Projektwoche erkundeten sie den Stadtteil im Hinblick auf Veränderungen und Verbesserungen und entwickelten Ideen dafür. Anschließend bereiteten sie diese Ergebnisse mit Hilfe von digitalen Mitteln auf und stellten sie an einem entsprechenden Präsentationstag vor. Sowohl die Moderations- und Präsentationskompetenzen als auch die Medienkompetenzen der Schüler/-innen wurden im Umgang mit digitalen Medien gestärkt. Die Schüler/-innen lernten außerdem ihren Stadtteil (und dessen Historie) besser kennen und erschlossen sich Einmischungsfelder in Schule und Stadtteil.

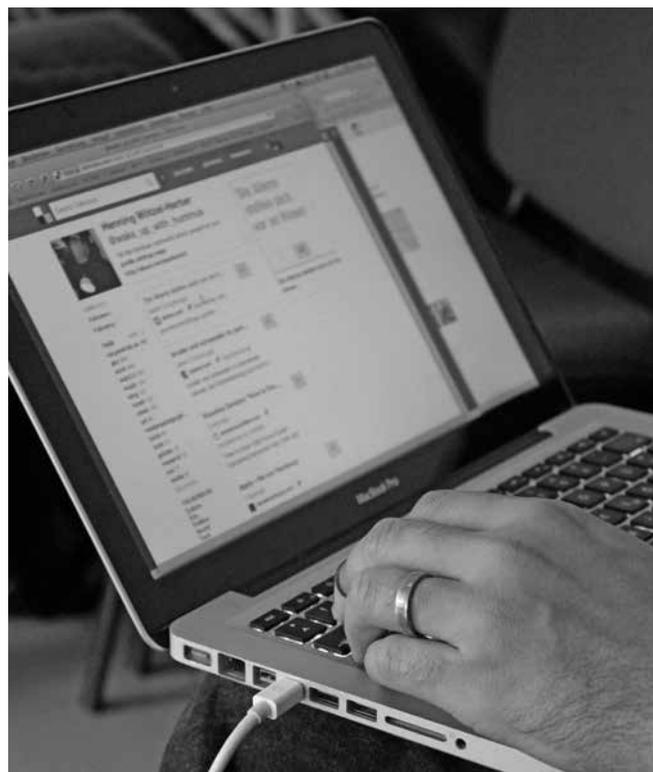
Das Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden organisierte eine **„Rolling Discussion“** – eine Straßenbahnfahrt der besonderen Art und brachte so Jugendliche ins Gespräch mit ihren Abgeordneten. Die Aktion auf Schienen fand am 14. Oktober 2013 in einem Sonderzug der Dresdener Straßenbahn statt. Dresdener Jugendliche luden Politiker/-innen aller demokratischen Fraktionen im Dresdner Stadtrat bzw. im Sächsischen Landtag ein, um mit ihnen „on the rails“ über Politik zu diskutieren. Die Politiker/-innen stellten sich den Fragen und Forderungen der jungen Menschen zu den Themen Verkehr, Drogen und Schule. Die Jugendlichen bereiteten den Aktionstag in gemeinsamen Veranstaltungen vor und hielten die Durchführung in Bild und Ton fest. Sie nutzen e-Learning-Elemente und Social Media-Angebote für die Vorbereitung und Diskussion ihrer Vorhaben.

„Podcasting § 36“, die vom Kinder- und Jugendbildungszentrum Bahnhof Göhrde umgesetzte Projektidee, wollte Jugendlichen im ländlichen Raum einen besonderen Anreiz bieten, sich mit Politik und gesellschaftlicher Partizipation zu beschäftigen. Podcasts kann man als eine Spezialform des Internetradios bezeichnen. Neben der Kommune und den Jugendlichen sollte auch die Sozialraumkonferenz, ein Zusammenschluss aller im Sozialen tätigen Organisationen in der Kommune, in das Projekt einbezogen werden. In ersten Veranstaltungen mit den Gemeinderäten und mit Schülerinnen und Schülern sollte der Rahmen des Projekts und insbesondere die Form der Kinder- und Jugendbeteiligung geklärt werden. In weiteren Schritten wurde mit den beteiligten Schülerinnen und Schülern eine mögliche Umsetzung und die Einbeziehung der Verantwortlichen aus der Kommune geklärt.

Abschlussagung

Zum Abschluss des zweijährigen AdB-Projekts „Blended Learning Democracy“ kamen die Projektakteure aus den beteiligten Bildungsstätten und weitere interessierte Fachkräfte der politischen Bildung vom 11. bis 12. Dezember 2013 in der Kreuzberger Alten Feuerwache in Berlin zusammen, um die Projektergebnisse zu diskutieren und Perspektiven für das Online-Lernen in der politischen Bildung zu entwickeln.

Der Politikwissenschaftler Daniel Roleff machte deutlich, dass die Erfahrungen mit der Nutzung der Web 2.0-Möglichkeiten für den Ausbau der eDemokratie eher ernüchternd seien. Für die erfolgreiche Umsetzung von Konzepten zur ePartizipation sei es daher





um die onlinegestützten Bildungs- und Partizipationsprozesse entsprechend zu gestalten.

Den zweiten Teil der Abschlusstagung nutzten die Teilnehmenden zur Information über ähnliche Projekte und verabredeten, dass der AdB auch zukünftig die Einbeziehung des Online-Lernens in die politische Bildungsarbeit durch geeignete Projekte vorantreiben wird.

■ Ergebnis Arbeitshilfe

Die Arbeitshilfe „Stadt – Land – Web. Jugendliche gestalten Partizipation vor Ort im Netz“ ist ein wichtiges Produkt des Projekts. Sie richtet sich an Fortbildner/-innen, Dozentinnen und Dozenten und pädagogische Mitarbeiter/-innen und versteht sich als Hilfestellung für

geboten, zunächst die Ziele und spezifischen Bedarfe an digitaler Unterstützung zu klären und nicht den Medieneinsatz in den Vordergrund zu stellen bzw. als Selbstzweck zu definieren.

Der Projektleiter Christoph Kröger stellte die zentralen Ergebnisse des zweijährigen Projekts vor. Zur Qualifizierung der Vor-Ort-Projekte erwies sich die sechstägige Fortbildung der Projektverantwortlichen zu Online-Trainerinnen und -Trainern als zielführend,

Akteure der politischen Bildung, die sich den Herausforderungen der digitalen Welt stellen wollen. Es werden praxisbezogene Anregungen und Tipps für politische Jugendbildung und den Einsatz verschiedener Methoden und Tools des Web 2.0 gegeben. Die Potenziale der digitalen Medien für politische Partizipation werden anhand konkreter Beispiele vorgestellt und reflektiert. Deutlich wird, dass eine Mischung aus herkömmlichen und netzbasierten Methoden die besten Ergebnisse ermöglicht.

KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen



Das Projekt „KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen“ war ein Verbundprojekt der GEMINI mit einer Laufzeit von 2012 bis 2013 und wurde als solches im Rahmen bundeszentraler Strukturen umgesetzt.

Ziel des Projekts war es, Ansätze politischer Jugendbildung zu entwickeln und zu erproben, mit denen Jugendliche in der Phase des Übergangs vom allgemeinbildenden in das berufsbildende System begleitet und unterstützt werden können. Dabei sollten insbesondere auch sozial benachteiligte Jugendliche im Übergang erreicht und bei der Realisierung eigener Lebensentwürfe gefördert werden.

Als übergreifender Schwerpunkt des Projekts wurde formuliert: Die Jugendlichen sollen Klarheit über ihre Lebensperspektiven und Vor-

stellungen sowie über ihre persönliche Zukunft gewinnen. Ihnen wurden Kompetenzen zur Orientierung in der Arbeitswelt und zur Bewältigung des Übergangs zwischen verschiedenen Systemen und Kulturen vermittelt. Gemeinsam wurden die Rahmenbedingungen reflektiert, die sie zur Vertretung ihrer eigenen Interessen in der Phase der Berufsvorbereitung, der beruflichen Ausbildung bzw. in der Arbeitswelt vorfinden. Es geht darum, diese Bedingungen zu verbessern, Teilhabechancen zu eröffnen und neue Ressourcen und Unterstützungssysteme im Sozialraum der Jugendlichen zu erschließen. Dieser Anspruch an das Projekt setzte sich in den Teilprojekten unterschiedlich um. Aus dem AdB waren an diesem Projekt das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW und HochDrei e.V. in Potsdam beteiligt.

In einem Gespräch mit Professor Dr. Wolfgang Schröer, der das Projekt wissenschaftlich beriet, konnte die Bedeutung des Projekts und die Relevanz politischer Bildung für junge Benachteiligte im Übergangssystem hervorgehoben werden. Die Veränderungen in der Arbeitswelt, Verschiebungen bei den Qualifikationsanforderungen sowie bei den Lebenslagen und Situationen Jugendlicher wurden diskutiert und die Notwendigkeit, diese in Bildungsprozessen

zu reflektieren, benannt. Ein wichtiger Aspekt des Projekts war es, so Wolfgang Schröer, dass Jugendliche ihre Themen in die Öffentlichkeit bringen können. Dies habe eine große Bedeutung für ihre politische Sozialisation. Es müsse erreicht werden, Employability immer mit Citizenship zusammenzudenken.

In einem Netzwerktreffen im April 2013 wurde der Prozess der kollegialen Beratung aus dem Vorjahr fortgesetzt. Hier ging es vor allem darum, die bisherigen Erfahrungen zu reflektieren und sich darüber auszutauschen, welche Anregungen durch das Pro-



Professor Dr. Wolfgang Schröer

jekt bisher gegeben wurden. Ebenfalls wurden die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die im Projekt entstanden, benannt. Bei diesem Netzwerktreffen wurden zudem die Ergebnisse des Medienwettbewerbs begutachtet und bewertet.

KIK-Medienwettbewerb

Zur Verleihung des Medienpreises des Projekts „KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen“ der GEMINI reiste das Team „workingfrida“ vollzählig nach Berlin, um am Abend des 14. Mai 2013 den Sonderpreis des Projekts KIK aus der Hand des Bundestagsabgeordneten Ernst-Dieter Rossmann in Empfang zu nehmen.



Der Sonderpreis ging an das Team „workingfrida“.

In seiner Laudatio würdigte der Bildungspolitiker das Engagement der Gruppe und des Bildungswerks der Humanistischen Union, die sich auf anregende und vielfältige Weise mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit auseinandergesetzt habe. „Das Projekt ist im Sinne Frida Levys“, sagte Rossmann und verwies auf die Namensgeberin der Essener Schule, die 1942 im Rigaer Ghetto auf ungeklärte Weise ums Leben kam.

Insgesamt 18 Jugendliche der Klassen 9 und 11 der Frida-Levy-Gesamtschule Essen setzten sich mit gesellschaftlichen Fragen zur Arbeitsgesellschaft auseinander und dokumentierten in verschiedenen kreativen Audio- und Videoworkshops Geschichte und Geschichten zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Arbeit.

Erfahrungen und Ergebnisse

Mit Hilfe eines Projektfragebogens wurde in regelmäßigen Abständen aus den Teilprojekten über die Erfahrungen und Ergebnisse berichtet.

Deutlich wurde, dass sich der lebenswelt- und subjektorientierte Ansatz politischer Jugendbildung bei der Realisierung der bisherigen Vorhaben bewährt hat. Politische Jugendbildung bestärkt, hilft den Jugendlichen, soziale Hürden zu überwinden, Kompetenzen zu entwickeln und zeigt ihnen Wege auf, mit denen sie ihre Interessen nach außen vertreten können. Ein wichtiges Ergebnis ist die Erfahrung, dass der Übergang vom allgemeinbildenden in das berufsbildende System nicht allein als individueller biographischer Übergang, sondern als Wechsel zwischen unterschiedlichen Systemen betrachtet werden muss. Dieser Aspekt muss systematisch in Konzepte politischer Jugendbildung integriert werden.

Bewährt haben sich erfahrungs- und praxisorientierte Ansätze, die ihre Verankerung im unmittelbaren Lebensumfeld der Jugendlichen haben. Dazu gehört eine partizipative Planung der Veranstaltungen, eine kooperative Planung und Gestaltung öffentlicher Räume und andere Formen der Beteiligung. Nicht unwichtig ist dabei, in welcher Weise die Ergebnisse und Erfahrungen der Jugendlichen nach außen sichtbar werden. Hier waren der Medienwettbewerb und die Webplattform wichtig, aber ebenso die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort.

Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa – AdB Jahresthema 2013

Wie demokratisch geht es eigentlich in Europa zu? Werden in den einzelnen Ländern und in der Europäischen Union die Weiterentwicklung von Demokratie, Menschenrechten, Pressefreiheit und die Beteiligung der Bürger/-innen betrieben oder ist eher deren Abbau zu beobachten? Der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon soll ein demokratisches und transparentes Europa schaffen, in dem das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente mehr Einflussmöglichkeiten haben, und in dem die Bürger/-innen sich mehr Gehör verschaffen können. Dieses Vertragswerk trug dazu bei, dass auf europäischer Ebene die parlamentarische Demokratie und damit das Europaparlament durch Kompetenzerweiterung formal gestärkt werden konnten. Gleichzeitig vollzieht sich der Abbau von Demokratie, die Einschränkung demokratischer Rechte von Bürgerinnen und Bürgern und der Pressefreiheit in einzelnen Mitgliedsstaaten. Dies hat den AdB bewogen, das Thema „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ als Jahresthema 2013 auszuwählen.

Die Entscheidung für ein AdB-Jahresthema fällt nach einem Abstimmungsprozess in den Gremien des AdB: Die Mitglieder der Fachkommissionen bringen ihre Ideen und Vorschläge ein und benennen ihre Prioritäten. Die Ergebnisse dieser Abstimmung werden dem Vorstand vorgelegt, der das Thema mit der meisten Zustimmung formuliert und in den Verband kommuniziert.

Aktivitäten im AdB

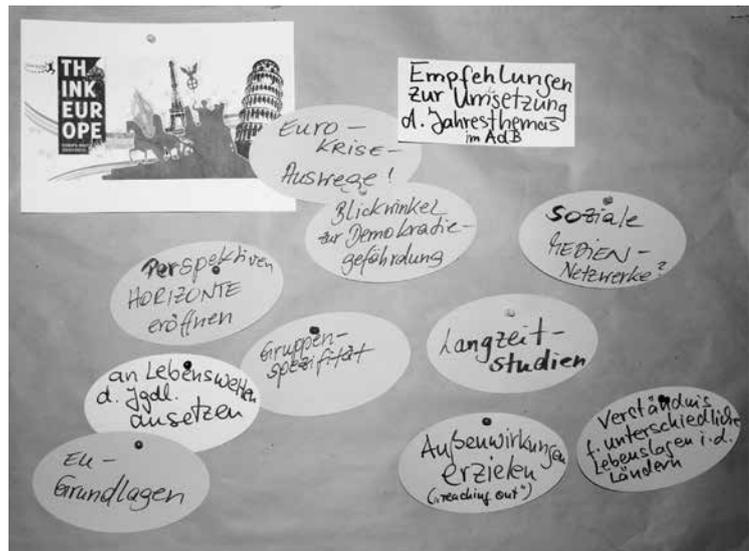
In Vorbereitung auf das Jahresthema führte der AdB Ende 2012 eine Fachtagung durch und verabschiedete eine Stellungnahme. Im Jahr 2013 wurde – dann auch auf der neuen Homepage des AdB – eine Jahresthemenseite eingerichtet. Dort ist die Fachtagung dokumentiert, die Stellungnahme eingestellt und sind weitere Informationen zu finden. Zudem veröffentlichte der AdB eine Broschüre zum Jahresthema mit dem Titel: „Politische Bildung zur Demokratieentwicklung in Europa. Broschüre zum AdB-Jahresthema 2013“. Hier konnten Erfahrungen und Ergebnisse im Kontext des Jahresthemas dargestellt und Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen präsentiert werden.

Der AdB ist überzeugt, dass das „Gemeinschaftsprojekt Europa“ nur gelingt, wenn es demokratisch und bürgernah gestaltet ist. Politische Bildung spielt dabei eine wichtige Rolle: Sie widmet sich den aktuellen Fehlentwicklungen und Herausforderungen in Europa. Sie stärkt die Demokratiefähigkeit der Bürger/-innen und zeigt einer oft politikverdrossenen europäischen Bürgerschaft Möglichkeiten auf, sich einzumischen und den europäischen Prozess mitzugestalten.

Zahlreiche AdB-Mitgliedseinrichtungen haben das Jahresthema genutzt, um die europapolitischen Bildungsangebote in ihren Einrichtungen zu stärken. Im Folgenden wird in einigen wenigen Beispielen gezeigt, wie Jugendliche und Erwachsene mit politischer Bildung zu Europa erreicht werden können und wie es gelingt, die „großen“ europäischen Themen mit der Lebenswelt der Teilnehmenden zu verknüpfen sowie mit Engagement, fachlicher Qualität und Spaß eine schwierige Materie zu vermitteln.

Strategien und Argumente gegen politischen Extremismus

Wie können junge Menschen so gestärkt und ermutigt werden, dass sie sich trauen, gegen anti-demokratische, rechtsextremistische Haltungen Position zu beziehen? In der Akademie für Politische Bildung Tutzing erprobten Berufsschüler/-innen mit Hilfe von



Rollen- und Planspielen und weiteren kreativen Methoden, wie es ist, sich zu positionieren. Ziel des Workshops war es, die jungen Menschen zu sensibilisieren, aufzuklären und ihnen das Werkzeug für zivilcouragiertes Handeln gegen Rechtsextremismus und für Demokratie zu vermitteln. Sie konnten ihre Argumente gegen Extremismus schärfen und lernen, auf populistische Parolen souverän zu reagieren.

„EuropeanYouthVoice“ – eine Stimme in Europa

Das aktuelle forum nrw, Gelsenkirchen, hat die europäische Internetzeitung „EuropeanYouthVoice“ entwickelt, weil die politischen Bildner/-innen davon überzeugt waren, dass die Internetseiten und Veröffentlichungen der EU kaum die jungen Europäer/-innen erreichen und deren Kommunikationsbedürfnisse widerspiegeln. Wenn aber die Informationen nicht die Menschen erreichen, fehlt es auch an Wissen über demokratiefördernde Beteiligungsmöglichkeiten. „EuropeanYouthVoice“ stellt Öffentlichkeit her und lädt zur Kom-

munikation und zur Meinungsbildung ein. Die Netz-Zeitung thematisiert ökonomische, gesellschaftliche und religiöse Problemlagen und macht sie in einem europäischen Kontext verstehbar. Die Website www.EuropeanYouthVoice.eu ist ein Blog, auf den die jungen Autorinnen und Autoren Artikel und andere Medien hochladen können. Sie nehmen miteinander Kontakt auf und bilden somit ein neues europäisches Netzwerk.

Innere und äußere Sicherheit in Europa

Polizistinnen und Polizisten waren die Zielgruppe eines Seminars des Gesamteuropäischen Studienwerks e.V. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Es wurden aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen in Europa und deren Folgen für die Polizeiarbeit in den Blick genommen. Zentrales Thema war der Rechtsextremismus und die Bedeutung von Neonazis in Europa. In drei Seminarmodulen und einer Exkursion zur Gedenkstätte Wewelsburg – der einstigen SS-Ordensburg – wurde der historische Zusammenhang zwischen der NS-Ideologie und den heutigen Exzessen der Neonazi-Szene hergestellt. Die gesellschaftliche Dimension rechtsextremer Gewalt und Verbrechen und die Verantwortung der Bürger/-innen wurden in diesem Seminar sehr deutlich.

Die Gestaltung einer europäischen Sozialpolitik

Der Titel des Workshops klingt nicht, als könnte das Angebot Jugendliche und junge Erwachsene begeistern. Das Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V., hat eine andere Erfahrung gemacht: Möglichkeiten der Mitgestaltung, Raum und Gelegenheit, die eigenen Vorstellungen zu entwickeln und zu diskutieren haben bei den jugendlichen Teilnehmenden Interesse an der Auseinandersetzung mit dieser komplizierten Materie geweckt. Themen wie die Harmonisierung der

europäischen Rentenpolitik haben sehr viel mit der Lebenswelt junger Menschen zu tun. Als besonders motivierendes Element erwies sich der Einsatz der Planspieltechnik. Ziel des Workshops war es, grundlegende Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der europäischen Institutionenlandschaft für Jugendliche und junge Erwachsene erfahrbar zu machen und ein Nachdenken über die Perspektiven einer demokratischen Union anzuregen.

Erfahrungen

Mit dem Jahresthema „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ wurden im AdB drängende und aktuelle Fragen in den Vordergrund sowohl der verbandsinternen Diskussion als auch der konkreten Praxis politischer Bildung gerückt. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Verunsicherung durch die Euro-Krise, durch die wirtschaftlichen Entwicklungen und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas, aber auch durch ein zunehmendes Erstarken europafeindlicher und rechtspopulistischer Strömungen konnte mit den unterschiedlichen Veranstaltungsformaten, mit den Publikationen und Positionen Menschen erreicht werden, die sich diesen Fragen und Problemen stellen wollen. Es konnten Verbindungen zwischen dem alltäglichen Lebensumfeld und der oft sehr weit entfernt scheinenden europäischen Politik und Entwicklung geknüpft werden. Die vier kurz angerissenen Beispiele von Veranstaltungen politischer Bildung zeigen einen Ausschnitt der vielfältigen Themen, Zielgruppen und Methoden.

Die Dynamik der Entwicklungen – sowohl der demokratischen als auch der Demokratie gefährdenden Strömungen – brauchen mündige Bürger/-innen, die für die demokratischen Werte in Europa einstehen.



Europäischer Jugendkongress der Heinrich-Böll-Stiftung 2013

Grenzen überwinden – politische Bildung international

Austauschmaßnahmen für Jugendliche in Mitgliedseinrichtungen, bilaterale Fachkräfteprogramme, Fortbildungen für Mitarbeitende, Qualifikationen für Teamer/-innen, internationaler Austausch über Herausforderungen demokratischer Jugend- und Erwachsenenbildung, Austausch im nationalen Kontext zu Fragestellungen internationaler politischer Bildungsarbeit, Beratungsangebote für Verbandsmitglieder in konzeptionellen und förderrechtlichen Fragen, politische Vertretungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene: Dies ist eine kurze Zusammenschau der internationalen Arbeit im AdB. Im Mittelpunkt steht das Anliegen, mehr jungen Menschen und Erwachsenen die Begegnung und den Austausch mit Menschen aus anderen Ländern zu ermöglichen und auf diese Weise Mobilität zur Erweiterung des eigenen Lebens- und Lernraumes mitzugestalten. Im Kontext politischer Bildung bedeutet das, sich gemeinsam zu Themen wie Menschenrechte, Solidarität, Vielfalt, Teilhabe, Diskriminierung und Erinnerung auseinanderzusetzen. Die Rahmenbedingungen für die internationalen Lernerfahrungen sind einem dauernden Wandel unterzogen, deshalb müssen die Angebote selbst immer wieder neu überdacht und geschaffen werden. Auch aktuelle Themen und Entwicklungen der internationalen Politik tragen dazu bei, neue Themen und Schwerpunkte zu erarbeiten und für die politische Bildung aufzubereiten.

Internationale Zentralstellenarbeit

Der AdB begleitet internationale Kontakte und Initiativen seiner Mitglieder im Jugend- und Fachkräfteaustausch als Zentralstelle. Dies geschieht insbesondere bei der Verstetigung von Programmen und (Erst-)Kontakten, um so das fachliche Profil der internationalen Arbeit im Verband weiterzuentwickeln und das Zusammenwirken von Mitgliedseinrichtung und Geschäftsstelle sichtbar zu machen.

2013 begleitete der AdB als Zentralstelle Maßnahmen seiner Mitglieder im deutsch-russischen, deutsch-tschechischen, deutsch-israelischen und deutsch-chinesischen sowie im deutsch-mongolischen Austausch. Mitglieder des AdB sind in allen Programmen der Jugendwerke und Koordinierungsstellen für Jugendaustausch tätig.

Die enge Kooperation zwischen Geschäftsstelle und Mitgliedsorganisationen bedeutet einen Gewinn an Expertise und fachlicher Kompetenz und leistet einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung internationaler Bildungsarbeit. Dies wird mittlerweile auch an zahlreichen Mitwirkungen des Verbands und der Mitglieder am Fachdiskurs zur internationalen Bildungsarbeit sichtbar.

Demokratiebildung in der Diktatur

Seit 2012 kooperiert der AdB mit der belarussischen Organisation CDSI (Center for Students Initiatives) in kleinen Projekten, die eine demokratische Entwicklung im Umfeld von Studium und

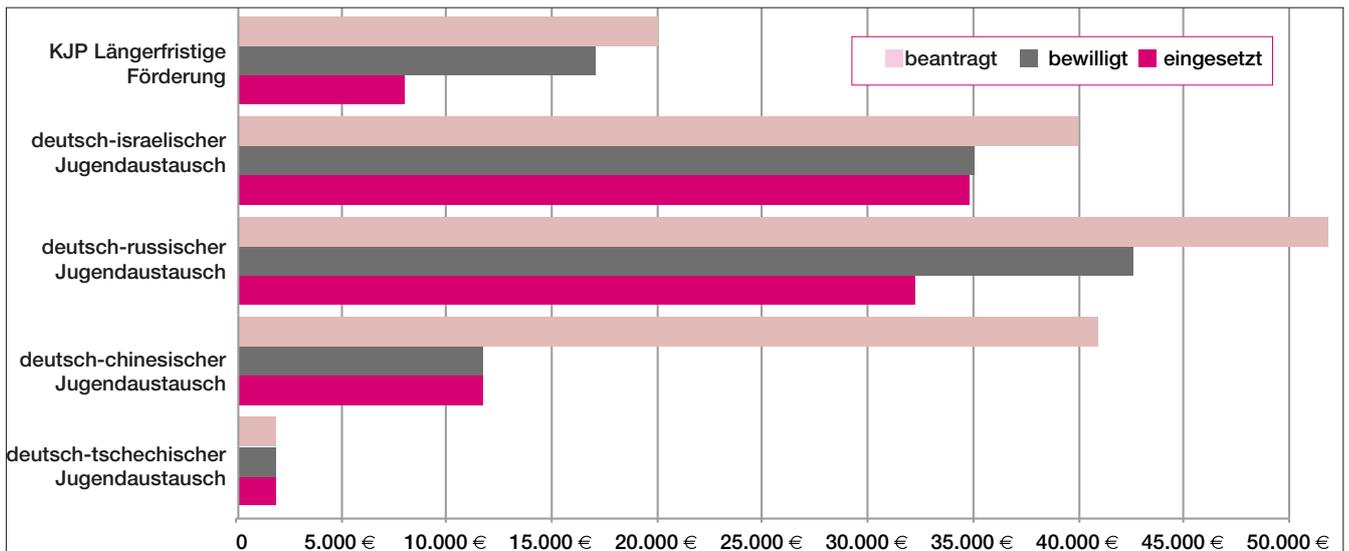
Hochschule zum Ziel haben, beispielsweise in der Studierendenselbstorganisation. Andere Einrichtungen im AdB kooperieren ebenfalls mit belarussischen NGO. Vom 28. Januar bis 2. Februar 2013 war eine Gruppe belarussischer Studierender in Berlin, um sich mit dem Thema „Partizipation im Kontext von Hochschularbeit“ zu beschäftigen. Das Programm wurde vom AdB und einem weiteren deutschen Partner betreut und umfasste Gespräche mit Vertreter/-innen von Studierendenselbstorganisationen und das Kennenlernen von Rahmenbedingungen und Strukturen studentischer Selbstverwaltung mit dem Ziel, eine Reflexion über eigene Möglichkeiten des Engagements in Gang zu bringen, aber auch, um die Teilnehmenden zu befähigen, sich auf die Umsetzung eigener Kleingruppenprojekte vorzubereiten. Mit dem seit 2012 laufenden Internetprojekt www.17-11.info nutzen einige der Teilnehmenden die Gelegenheit, über ihre Veranstaltungen und Aktivitäten zu informieren.

Zweites deutsch-tunesisches Fachforum

Stand bei der ersten gemeinsamen Begegnung in Tunesien 2012 noch das Kennenlernen von Arbeitsfeldern der tunesischen Bildungsorganisationen im Mittelpunkt, so ging es im zweiten Forum, das im März 2013 in Berlin stattfand, um die Vorbereitung konkreter Kooperationen. 2013 war die politische Entwicklung in Tunesien durch den schleppenden Verfassungsprozess sehr ungewiss. Die Lage wurde immer unübersichtlicher und war zunehmend von Gewalt geprägt. Dies wirkte sich stark auf die Arbeitssituation der tunesischen Partnerorganisationen aus. Auch für die deutschen Beteiligten stellten sich viele neue Fragen. So fieberten alle Partner/-innen dem zweiten Teil des Programms in Deutschland entgegen, um gemeinsam weiterarbeiten zu können.

Analog zum Programm in Tunesien sollten die tunesischen Teilnehmenden einen Einblick in strukturelle Voraussetzungen demokratischer Jugendbildungsarbeit in Deutschland erhalten und gemeinsam mit den deutschen Partnerinnen und Partnern fachlich zu Themen politischer Jugendbildung arbeiten. Die als Resultat des ersten Forums von beiden Seiten als relevant und wichtig für die künftige Zusammenarbeit erachteten Themen wurden von den deutschen Partnern in Form von Workshops gestaltet.

Gertrud Gandenberger (Internationales Forum Burg Liebenzell) arbeitete mit den Teilnehmenden zum Thema **Menschenrechte und Bildungsarbeit**. In Kleingruppen wurden Frauenrechte, Religion und Wertigkeit unterschiedlicher Menschenrechte erörtert. Marina Grasse von OWEN (Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.) war Gesprächspartnerin zum Thema Frauenrechte im Kontext von Demokratiebildung durch NGO. Dabei interessierte die Teilnehmenden der von ihr gewählte biographische Ansatz, der es erleichterte, Motivationen für Bildungsarbeit nachzuvollziehen. Gleichzeitig bot der Erfah-



Internationale Zentralstellenarbeit im ADB
Mittel aus dem KJP International und Fachprogramme im Jugendaustausch

runghintergrund von OWEN Anlass für eine kontroverse Diskussion, in der es um das Selbstverständnis von NGO in Abgrenzung zu sozialen Bewegungen ging.

Historisch-politische Bildung vor allem zum Holocaust beleuchtete Patrick Siegele am Beispiel des Anne Frank Zentrums. Die Erfahrung zeigt, dass der Holocaust ein Schlüssel zum Selbstverständnis politischer Bildungsarbeit in Deutschland ist. Vor dem Hintergrund der arabisch-deutschen Gruppenkonstellation begab man sich dabei in eine schwierige Diskussion über die Unterscheidung zwischen Kritik an israelischer Politik und damit einhergehendem Antisemitismus. Mit Gabriele Camphausen, Referentin für politische Bildung an der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU), wurde die DDR-Geschichte und die Aufarbeitung von DDR-Unrecht diskutiert. Die Arbeit dieser Behörde als einer aus zivilgesellschaftlichem Engagement heraus entstandenen Institution kennenzulernen, war eine wertvolle Erfahrung. Die Teilnehmer/-innen erhielten dabei Einblicke in die vielfältigen Brüche in den Narrativen zur DDR aus ost- und westdeutscher Sicht und lernten verschiedene pädagogische Konzepte kennen.

Klaus Waldmann von der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung war der Gruppe ein wertvoller Gesprächspartner für das Verständnis von **politischer Jugendbildung und Religion**. Da die tunesischen Teilnehmenden in ihrem eigenen Land erleben, dass sich starke religiös geleitete Interessengruppen den Staat zu eigen machen, stellten sie viele Rückfragen zu Auftrag, Selbstverständnis und Hintergrund wie auch potentiellen Interessenskonflikten. Ein weiterer Workshop zum Umgang mit Extremismus und Islamophobie, der das gesamte Programm abgeschlossen hätte, konnte leider nicht wie geplant durchgeführt werden. Es bestand große Einigkeit, dass an diesem Thema künftig weitergearbeitet werden müsse, zumal

sich hier für die deutsche und tunesische Bildungspraxis viele Parallelen ergaben.

Mit Rüdiger Kappes vom Auswärtigen Amt sprachen beide Gruppen über Perspektiven der künftigen Zusammenarbeit. Dieses gemeinsame Fachgespräch brachte zum einen die Wertschätzung der staatlichen Seite gegenüber dieser von ihr geförderten Koopera-



tion zum Ausdruck, zum anderen bot es dem Auswärtigen Amt auch eine Gelegenheit, sich fachlich aus der Perspektive der außerschulischen Bildungsarbeit beraten zu lassen.

Die abschließende Diskussion der Zukunftsperspektiven machte deutlich, dass es einer Verstetigung des Programms bedarf, wenn nachhaltige Ergebnisse erzielt werden sollen. Gefordert wurde, dass die Förderung zukünftiger Kooperation vorerst beim Auswärtigen Amt verbleiben sollte, auch um sinnvoll in das Gesamtspektrum an politischen Unterstützungsmaßnahmen der tunesischen Transformation eingebettet werden zu können.

In der Broschüre „Know How? Education for Democracy, Human Rights and Civil Society with Young People“ sind die Ergebnisse und Erfahrungen der deutsch-tunesischen Kooperation zwischen dem AdB und der Unite Euromed IV Jeunesse, Tunis dokumentiert. Es wird über den Fachkräfteaustausch sowie über die sechs Projekte, die von Mitgliedern des AdB im Jahr 2013 durchgeführt wurden, berichtet. Deutlich wird, dass die Bildungsstätten politischer Jugendbildung als Orte pädagogischer Kompetenz eine besondere Bedeutung bekamen: Sie boten den jungen Menschen während der Kooperationen einen geschützten Lernort, an denen Ideen der demokratischen Teilhabe Jugendlicher in Tunesien entwickelt und junge tunesische NGO beim Aufbau einer eigenen politischen Jugendbildung unterstützt werden konnten.



„Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ im deutsch-russischen Austausch

Vom 27. bis 31. Mai 2013 war eine Gruppe von Mitarbeiter/-innen der russischen Partnerorganisation Doroga beim AdB in Berlin zu Gast, um sich über die Umsetzung des Themas „Nachhaltigkeit“ in ausgewählten Bildungsstätten des AdB zu informieren. Im Mittelpunkt standen sowohl pädagogische Fragen, Methoden und Seminarbeispiele als auch (infra-)strukturelle Herausforderungen für Bildungsstätten, die im Themenkomplex „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ arbeiten (z.B. Bauweise, Verkehrsanbindung, Naturerfahrung, Ernährung).

Doroga baut in Karelien derzeit das Projekt Matkachi auf, eine außerschulische Bildungsstätte mit dem Profil ökologischer und zivilgesellschaftlicher Jugendbildung. Diese Jugendbildungsstätte soll sich am Modell der außerschulischen Jugendbildungsstätten im AdB orientieren. Ziel des Studienbesuchs war es, Einblicke in Inhalte und Strukturen der außerschulischen Jugendbildung im AdB zu erhalten und gemeinsam an Fragestellungen entlang der Schnittstelle von politischer Jugendbildung und „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu arbeiten.

Werner Bövingloh, Geschäftsführer der Villa Fohrde, stellte auf einer Exkursion das Konzept des Lehmbaus und die Ernährungsleitlinien der Villa Fohrde vor. Außerdem diskutierte er mit den Teilnehmenden die Verbindungen des Konzepts der Villa Fohrde mit dem Programm politische Jugendbildung im AdB.

Auf einer weiteren Station standen die Bildungsreferentin Anne-Laure Leroy und EVS-Freiwillige Mara Lubuze von der Jugendbildungsstätte Blossin als Gesprächspartnerinnen für Seminare und Workshops zum Thema Naturerfahrung und Nachhaltigkeit zur Verfügung. Sie erläuterten in Theorie und Praxis verschiedene Seminarkonzepte, die Outdoor-Erlebnispädagogik mit Elementen von „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ verknüpfen.

Mit Dr. Steffen Grothe vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) tauschte sich die Gruppe intensiv über die Erfahrungen

aus, die das DPJW mit seinem Arbeitsschwerpunkt „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ 2012-2015 bislang im Jugendaustausch gemacht hat. Hierbei ging es insbesondere darum, den Begriff „Gestaltungskompetenzen“, der in Deutschland in diesem Zusammenhang entwickelt wurde, auf seine Transferfähigkeit in den Kontext außerschulischer Bildung in Russland zu überprüfen. Zum Abschluss besichtigten die Teilnehmenden zusammen mit Ulrich Nowikow von der Grünen Liga Berlin ein grünes Klassenzimmer, das derzeit mitten in Berlin auf einem Friedhofsgelände entsteht.

Bildungsraum Austausch – Ein deutsch-russisches Projekt

Kurz vor Jahresende starteten der AdB und die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) ihr deutsch-russisches Qualifizierungsprojekt „Bildungsraum Austausch“ mit dem ersten der drei geplanten Module.

Das unter Federführung von Eric Wrasse (pädagogischer Leiter der EJBW, Weimar) durchgeführte Projekt befähigt deutsche und russische Partner zu Kooperationen unter demokratiepädagogischen Fragestellungen in der internationalen Zusammenarbeit. Ausgehend von interkulturellen Methoden, die besonders die Diversität in den Blick nehmen, erarbeiteten sich die Teilnehmenden ein Fundament für Zugänge zu politischer Jugendbildungsarbeit,

**BILDUNGSRAUM
AUSTAUSCH** ●●
●●QUALIFIZIERUNG FÜR LEITUNG
UND TEAM IM INTERNATIONALEN
SCHÜLER- UND JUGENDAUSTAUSCH

um gemeinsame Kooperationen zu vertiefen. Dabei spielen drei Aspekte eine wichtige Rolle: Erstens der Umgang mit dem politischen Wandel als Herausforderung und Chance für gemeinsame Bildungsprojekte, zweitens die vertiefte Kooperation außerschulischer und schulischer Bildungsarbeit, drittens der Umgang mit

Validierungs- und Zertifizierungsinstrumenten zur Darstellung von Lernprozessen und die dementsprechende Einbettung von demokratiepädagogischen Settings. Über 40 Vertreter/-innen aus der außerschulischen und schulischen Bildungsarbeit in Deutschland und Russland nahmen am ersten Seminarmodul vom 3. bis 8. Dezember 2014 in der EJBW teil.

Das Projekt „Bildungsraum Austausch“ baut auf den Erfahrungen des gleichnamigen Pilotprojekts der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (DRJA) auf und soll dabei helfen, mehr deutsch-russische Austauschmaßnahmen im Themenfeld der politischen Bildung zu initiieren. Trotz vielfältiger Ansätze, die der AdB in der Begleitung und Initiierung von Projekten zum Austausch mit Russland unternimmt, muss festgehalten werden, dass es nach wie vor kompliziert ist, die Begegnungen konstant und stetig durchzuführen. Daher werden absehbar weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um dieses Kooperationsfeld in der Mitgliedschaft des AdB breiter aufzustellen.

Beratung, Austausch und Vernetzung

Neben den Maßnahmen und Projekten, die der AdB mit und für seine Mitglieder organisiert, gehören zur internationalen Arbeit auch die Beratung von Mitgliedereinrichtungen und Politik sowie der Austausch, die Zusammenarbeit und die Vernetzung zu Themen und Anliegen internationaler politischer Bildungsarbeit im deutschen, europäischen und internationalen Kontext.

Es ist in diesem Zusammenhang erfreulich, dass mit dem deutschen Vertreter des Europarat-EDC-Koordinatorienetzwerks, Herr Kurt Edler vom Landesinstitut für Lehrerfortbildung in Hamburg, eine partnerschaftliche, perspektivöffnende und vertrauensvolle Zusammenarbeit etabliert werden konnte. Der regelmäßige Austausch zwischen AdB und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) ist in diesem Kontext eine vom Europarat als beispielhaft angeführte Kooperation zwischen formaler und non-formaler politischer Bildung.

Weitere Partner, an deren Arbeit der AdB 2013 mitwirkte, waren beispielsweise die bilateralen Jugendwerke, insbesondere das DPJW mit seinem Kooperationsprojekt „Schule und Bildungsstätten“, oder IJAB, wo sich Vertreter des AdB an verschiedenen Fachgruppen (politische Dimension der Internationalen Jugendarbeit, Rechtsextremismus und internationale Jugendarbeit) im Rahmen des Innovationsforums Jugend Global beteiligten. Auch im Rahmen der von der Nationalagentur Jugend für Europa für das BMFSFJ durchgeführten Leitinitiativen zur Mobilität junger Menschen haben sich der AdB und seine Mitgliedsorganisationen betei-

ligt. Der jugendpolitische Diskurs in diesen Teilbereichen wurde maßgeblich aus der Trägerschaft des AdB geführt und gestaltet und stellt die gewachsene Kompetenz des gesamten Verbands in diesen Felder eindrucksvoll dar.

Die Expertise im AdB wurde auch 2013 wiederholt von externen Institutionen herangezogen, so vom Program Civic Education in Action der Robert Bosch Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) oder im Gespräch mit Fachdelegationen aus der Mongolei und weiterer Länder.

Ausblick

Im Jahr 2013 konnten AdB-Mitglieder neue Programme in Partnerschaft mit Organisationen aus Israel und Tunesien starten und dabei auf die Ergebnisse der intensiven und aufwändigen Fachprogramme in den letzten zwei Jahren zurückgreifen. Dies ist erfreulich, zumal mit den Kooperationen jeweils unmittelbare Entwicklungen auf der Verbandsebene und darüber hinaus angestoßen werden, die auch das Feld der politischen Bildungsarbeit als solches vorangebracht haben. Ermöglicht wurde dies durch den weiteren schrittweisen Ausbau der Zentralstellenarbeit und eine komplementäre Aufgabenteilung zwischen Geschäftsstelle und Verbandsmitgliedern, wie sie in den Kooperationen mit Russland, der Mongolei und China realisiert wird.

Etwa ein Drittel der AdB-Mitglieder beteiligte sich direkt an den gemeinsamen internationalen Projekten und Fachprogrammen des AdB. Für den AdB und das Feld der außerschulischen politischen Bildung bedeutet dies einen großen fachlichen Gewinn, da es gelang, internationale Kompetenz weiter in der Breite des Verbands zu verankern und auf diese Weise die Expertise im Verband besser zu vernetzen, zu steigern und den Beitrag internationaler politischer Bildung im Kontext von Jugend- und Fachkräftemobilität zu profilieren.

Aufgrund der aktuellen Fördersituation im KJP International konnten nur 75 % der beim AdB beantragten Maßnahmen durchgeführt werden. Stünden mehr Mittel zur Verfügung und würde der AdB über mehr Mittel aus dem Bereich des KJP-Programms Internationale Jugendarbeit verfügen, könnten erheblich mehr Maßnahmen durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang muss erneut auf das Engagement von Herrn Dieter Fiesinger, dem Leiter der Jugendakademie Segeberg verwiesen werden, der mit hohem personellen und finanziellen Einsatz die Verbandszusammenarbeit mit den mongolischen Partnerorganisationen Sunrise und Childrens Educational Centre under the Mayor of the City of Ulan Bataar unterstützt.

Bildung für Demokratie und Menschenrechte – DARE



2013 war das Europäische Jahr der Bürger/-innen. Die EU finanzierte mit einer Million Euro Aktivitäten. Das DARE-Netzwerk (Democracy and Human Rights Education in Europe) beteiligte sich nicht mit einem eigenen Schwerpunkt, brachte sich aber intensiv in die Diskussion über die europäische Bürgerschaft und bürgerschaftliche Bildung ein.

Aus Anlass des europäischen Jahres wurde DARE als europäisches Netzwerk zweifach ausgezeichnet: erstens über das ENTER-Netzwerk (European Network for Transfer and Exploitation of EU Project Results) als beispielhaftes Modell eines erfolgreichen und nachhaltigen EU-Projekts im Bereich von Citizenship Education und zweitens durch die EAEA im Rahmen des GRUNDTVIG Awards 2013 zum Thema „Active Citizenship and Transnational Solidarity“. Über diese Auszeichnungen sind die Mitglieder sehr erfreut, dokumentieren sie doch die Resonanz der Arbeit des Netzwerks im zehnten Jahr seiner Existenz.

Kooperationen und Vertretungen

Auf der politischen Ebene mischte sich DARE 2013 mit drei Statements ein: Ein erstes betraf die Ausgestaltung der dritten Phase des Weltprogramms zur Menschenrechtsbildung, zu deren Fortführung die UN um konkrete Vorschläge gebeten hatte. Der Vorschlag von DARE bezog sich darauf, Menschenrechtsbildung im internationalen Kontext zu verstätigen und auf eine staatliche Verpflichtung hinzuwirken. Wie wichtig dieses Statement von DARE war, zeigte sich beim Vorhaben der spanischen Regierung, EDC/HRE aus den Schulcurricula zu entfernen. DARE wandte sich mit einem Memorandum an den Europarat, um auf die besorgniserregende Entwicklung aufmerksam zu machen. In mehreren europäischen Staaten machen sich die oftmals konservativen Regierungen auf den Weg, unter dem Deckmantel der Budgetbereinigung ihre Verpflichtungen zur Unterstützung von Anliegen politischer Bildung zurückzuschrauben. Des Weiteren beteiligte sich das Netzwerk an der Diskussion um die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Politiken bis 2020 mit einer kritischen Stellungnahme zur Kommunikation „Rethinking Education“ der Europäischen Kommission.

Vertreter/-innen des DARE-Boards waren an den Treffen der Grundrechteplattform der Europäischen Grundrechteagentur,

der europäischen Grundrechtskonferenz, des Education and Training Stakeholder Forums der Europäischen Kommission sowie an Arbeitsgruppensitzungen verschiedener Europaratsorgane beteiligt und haben die Interessen von DARE kommuniziert und dargestellt.

DARE ist zudem der internationalen NGO-Strategiegruppe HRE 2020 beigetreten, die die Umsetzung des UN-World Programme for Human Rights Education kritisch begleitet.

Zentrale Aktivitäten

Im Rahmen der Generalversammlung der European Civil Society Platform on Lifelong Learning (EUCIS-LLL) moderierte Georg Pirker für DARE vom 13. bis 15. Mai 2013 in Vilnius einen Workshop zum Thema „Citizenship Education in LLL – the Missing Link“ und beteiligte sich am 4. Dezember 2013 zudem im Rahmen der europäischen LLL-Woche in Brüssel an einem Panel für Europapolitiker/-innen zum Thema „Making the Case for European Civic Education“ im Europäischen Parlament, wo er auf die Diskrepanz zwischen der Zielsetzung europäischer Programme und den Anliegen politischer Bildung hinwies.

Bei dem Expertengespräch ging es um die Frage, welchen Platz die europäische Demokratiebildung künftig in der EU haben wird. Renate Weber (MEP ALDE) leitete das Gespräch mit einem Eingangsstatement zur Lage der Demokratie und Zivilgesellschaft ein. Es wurde offenkundig, dass die Vertreter/-innen des Europäischen Parlaments mit Blick auf die Europawahlen befürchten, dass es den rechtspopulistischen Bewegungen europaweit gelingen wird, ins Europäische Parlament einzuziehen.

Renato Girelli, Vertreter der Europäischen Kommission/Generaldirektorat für Bildung und Kultur (DG EC), pflichtete der Analyse Renate Webers bei. Eine Reduzierung der Europäischen Union auf wirtschaftliche Angelegenheiten gehe, so Girelli, am Bedarf Europas völlig vorbei. Angesichts der Desintegrationsprozesse müsse die Kommission dringend auf demokratische Defizite und Fehlentwicklungen eingehen. Inwieweit dies mit der Fokussierung der neuen europäischen Förderprogramm-Generation gelingen kann, sei allerdings fraglich, so der Kommissionsvertreter.

Von Seiten des Europäischen Parlaments wurde die besondere Rolle der Bildungsarbeit bei der Erhöhung der Wahlbeteiligung eingefordert. Georg Pirker kommentierte die Forderung mit den Ergebnissen aus der Evaluation des EU-Programms „Jugend in Aktion“, bei der eine signifikant höhere Bereitschaft junger Menschen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, sichtbar wurde. Er verwies jedoch auch auf die Frage, die sich aus den SINUS-Milieustudien und Shell-Studien ergibt, ob ein verändertes Verständnis von Politik und Beteiligung bei den Jugendlichen nicht dazu führen müsse, politische Partizipation neu zu denken.

Im Rahmen der Diskussion wurden unterschiedliche europapolitische Bildungssettings aus dem non-formalen und formalen Bereich vorgestellt. Deutlich wurde, dass die Standards europapolitischer Bildungsarbeit im formalen Bildungssektor hinter die der non-formalen außerschulischen Bildung zurückfallen. Ein stärkeres und konzeptionell kohärenteres Zusammenwirken außerschulischer und formaler Bildung wäre wünschenswert.

Diskutiert wurden auch die Messbarkeit von Bildungsleistung im Bereich Europäischer Citizenship Education und der Widerspruch zwischen Langzeitwirkung und kurzfristiger Projektförderung. Georg Pirker plädierte für einen kohärenten Ansatz in der EU-Grundrechtspolitik, die Diskriminierung im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betrachtet.

Am 9. Dezember 2013 vertrat Daniela Kolarova (Partners Bulgaria Foundation) das DARE-Netzwerk beim Programmausschuss zum europäischen Jahr 2013 des EU-Ausschusses der Regionen. Aufbauend auf die Gesprächsrunde im Europäischen Parlament stellte sie die Einschätzung des DARE-Netzwerks zur Umsetzung des Europäischen Jahrs vor und verwies auf die Notwendigkeit einer politischen Strategie, bürgerschaftliche Teilhabe in der EU umfassend und neu zu denken und diese stärker an die Fragestellungen der Grundrechtecharta rückzubinden.

In etwa sechswöchigem Abstand erschien der Newsletter e-DARE, der aktuell über Vorhaben und Angelegenheiten von politischer und Menschenrechtsbildung informiert. Ebenfalls konnten zwei neue Ausgaben der DARE Blue Lines fertiggestellt werden, die über die Publikationssektion auf der DARE-Webseite www.dare-network.eu heruntergeladen werden können.

Als Fortbildungen konnten eine Spring Academy zum Thema „Innovative Approaches in EDC/HRE to Overcome Discrimination of Vulnerable Groups“ in Maribor/Slowenien und eine Sommerschule zum Thema „Raising Awareness for Youth unemployment and Connected Social Exclusion“ in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein/Werftpfuhl angeboten werden.

Ausblick

Der Bericht zeigt ein breites Spektrum an Aktivitäten dieses nur über bescheidene Mitgliedsbeiträge finanzierten Zusammenschlusses, der auch im zehnten Jahr seines Bestehens ohne bezahlte Geschäftsstelle arbeitet und durch den AdB betreut wird. DARE ist nach 10 Jahren weiterhin die einzige Adresse für Anliegen non-formaler Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Europa. Aber das Netzwerk sieht sich zunehmend starker Konkurrenz durch gut ausgestattete staatliche Initiativen und Agenturen ausgesetzt, so der NECE-Initiative, wie auch der Arbeit des European Wergeland Centres, die viele Initiativen von DARE aufnehmen.

Auf der Vollversammlung von DARE am 18. und 19. November 2013 in Rom stimmten die Mitglieder für eine Neuausrichtung der strategischen Arbeit des Netzwerks, die dazu dienen soll, die Positionen von DARE stärker kenntlich zu machen, aber auch, die Leistungen und Bedarfe der NGO sichtbarer zu machen. Dies wird 2014 einige Neuerungen zur Folge haben.

Der AdB als Gründungsmitglied verfügt mit dem DARE-Netzwerk über einen europäischen Zusammenschluss, der für eine europäisierte Verbandsarbeit ein großer Gewinn ist.

Qualität sichern – Fortbildungen und Fachtagungen im AdB

Neben den im Programm „Politische Jugendbildung“ und im Rahmen der Modellprojekte durchgeführten Tagungen und Aktivitäten realisierte der AdB im Jahr 2013 fünf weitere Veranstaltungen, die sich mit unterschiedlichen Themen und Fragestellungen an einen breiten Kreis von Teilnehmenden wandten. Diese Fortbildungen und Fachtagungen werden im Folgenden mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten und fachpolitischen Anliegen vorgestellt. Allen Veranstaltungen liegt der Anspruch zugrunde, politische Bildung in den Mitgliedseinrichtungen weiterzuentwickeln, die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen zu sichern, innovative Ideen zu implementieren und sichtbar zu machen. Sie haben zudem das Ziel, die unterschiedlichen Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen zu qualifizieren und miteinander ins Gespräch zu bringen.



Zu gut für die Tonne? Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen

Vom 26. Februar bis zum 1. März 2013 trafen sich die Hauswirtschaftsleitungen aus verschiedenen Mitgliedseinrichtungen des AdB in der JugendAkademie Segeberg in Bad Segeberg und diskutierten darüber, wie Lebensmittelabfälle in Bildungsstätten vermieden werden können. Sie entwickelten Strategien für eine erfolgreiche Umsetzung der Ideen unter wirtschaftlichen und ethischen Vorgaben.

Eine Studie der Universität Stuttgart sorgte bei den Teilnehmenden für Aufsehen. Die Wissenschaftler hatten die weggeworfene Lebensmittelmenge in der Produktion, im Handel und Verbrauch ermittelt. Sie errechneten eine schwindelerregende Menge von nahezu 11 Mio. Tonnen Lebensmitteln, die jährlich in Deutschland weggeworfen werden. Die privaten Haushalte sind mit 61 Prozent und 6,6 Mio. Tonnen die größte „Wegwerfer-Gruppe“. Die Studie stellte auch Ergebnisse aus dem Bereich der Großverbraucher dar, die mit 17 Prozent die zweitgrößten Wegwerfer sind, und konnte für die Kategorie „Schulungsheime“ Lebensmittelabfälle von 310 g pro Person und Übernachtung ausmachen. Dieser Wert wurde von den Tagungsteilnehmenden als praxisrelevanter Wert auch für Bildungsstätten bestätigt. Hochgerechnet kommt bei 10.000 Übernachtungen pro Jahr eine beträchtliche Menge von 3,1 Tonnen zusammen.

Im Verlauf der Tagung entwickelten die Haushaltsfachkräfte Strategien zur Verringerung von Lebensmittelabfällen in ihren Einrichtungen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine genauere Information über die Anzahl der zu beköstigenden Teilnehmer/-innen und die Zusammensetzung der Gruppe (z.B. Jugendgruppe oder Erwachsenengruppe). Für die möglichst exakte Kalkulation von Speisemengen ist dies ein zentraler Faktor. Hier muss mitunter die Kommunikation zwischen Rezeption und Küche oder den Gästen und der Küche optimiert werden.

Bei der Speisenzubereitung gilt es, organisatorische Probleme – wie z.B. die Herstellung nicht zur Gruppe passender Gerichte, die Verringerung von Schälabfällen oder den mengenintensiven Einsatz von Lebensmitteln durch den Tischservice – zu lösen. Intensiv diskutierten die Teilnehmenden, ob die Einzelausgabe von Essen, die Darreichung als Büfett oder die tischweise Ausgabe am sinnvollsten sei. Anhand ausgewählter spielerischer Beispiele erprobten die Teilnehmenden Möglichkeiten zur Information und Sensibilisierung von Gästen über dieses Thema und diskutierten zielführende Einsatzmöglichkeiten in ihren Einrichtungen.

W-LAN statt langer Leitung. Fortbildungstagung für Haustechniker

Die Nutzung eines W-LAN-Netzwerks gehört in Bildungsstätten genauso zum Standard wie Beamer oder Notebook. Die Haustechniker – alles männliche Teilnehmer aus 16 Bildungsstätten des AdB – tauschten sich während ihrer diesjährigen Fachtagung

vom 10. bis 13. September 2013 in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) darüber aus, welche technischen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen müssen, um ein W-LAN-Netzwerk zu betreiben oder wie ein „Ad-hoc-Netzwerk“ spontan für ein Seminar eingerichtet werden kann. Viele Teilnehmer konnten ihre bereits umfangreichen Praxiserfahrungen einbringen und den anderen Kollegen mit Tipps weiterhelfen. Der Referent Christoph Kröger stellte den Teilnehmern darüber hinaus eine Reihe nützlicher Internet-Tools vor, die den Informationsprozess in Bildungsstätten verbessern können. Hierzu zählen u.a. Informationen zur Einrichtung einer Twitterwall oder die gemeinsame Nutzung von Dateien.

Das Älterwerden und die altersgerechte Arbeitsgestaltung im Job bildeten einen zweiten Schwerpunkt der Tagung. Damit konnte die Situation der Haustechniker aufgegriffen werden, die überwiegend körperlich arbeiten und deren Leistung auch bei zunehmendem Alter erwartet wird. Zunächst diskutierten die Teilnehmenden ihre persönliche Situation und konnten mit Hilfe eines Fragebogens ihren persönlichen Work-Ability Index (WAI) ermitteln. Dieser Index dient als Messinstrument zur Erfassung der Arbeitsfähigkeit und versucht, die selbst wahrgenommene Verfassung zu objektivieren. Ein Betriebs-Gesundheitsberater stellte das Instrument des Betrieblichen Gesundheitsmanagements vor. Dieses setzt bei der gesamten Belegschaft an und beinhaltet neben einer zu entwickelnden Strategie ganz konkrete Möglichkeiten der Umsetzung von Gesundheitsförderung. Faktoren für eine Erhaltung und Förderung der Arbeitsbewältigung sind demnach die individuelle Gesundheit, die Arbeitsbedingungen, die Kompetenzen und die Führung bzw. Arbeitsorganisation eines Betriebes.

Die neue Trinkwasserverordnung stand im Mittelpunkt des Programmpunkts der „Aktuellen Stunde“. Während einige Teilnehmer bereits erste Erfahrungen mit den erforderlichen Messungen austauschen konnten, war dieses Thema für Andere noch Neuland. Letztere konnten daher von den bereits gewonnenen Erfahrungen in anderen Häusern profitieren. Diskutiert wurde die Frage, wer in einer Bildungsstätte für die Beschaffung dieser Informationen zuständig ist. Die Haustechniker sehen sich in erster Linie als Umsetzer dieser Verordnungen, nicht als Verantwortliche. Dennoch betrachten sie es als ihre fachspezifische Aufgabe, bei Kenntnis solcher Regelungen die Hausleitung bei der Umsetzung zu beraten. Die neue Trinkwasserverordnung sieht die jährliche, systemische Untersuchung auf Legionellen vor, die von einem fachkundigen Labor durchgeführt und dem örtlichen Gesundheitsamt angezeigt werden muss.

Organisationsformen und Steuerpflichten für Bildungseinrichtungen

Vom 18. bis 19. September 2013 fand die Fachtagung „e.V.? gGmbH? Stiftung? oder was? – Organisationsformen und Steuerpflichten für Bildungseinrichtungen“ statt. Insgesamt 30 Teilnehmende aus verschiedenen Bildungseinrichtungen waren der Einladung des AdB ins Haus Rissen nach Hamburg gefolgt.

Die Referentin Anja Knoop und die Referenten Dr. Torsten Glockemann und Dr. Jörg Verstl von der Hamburger Sozietät „ASG/Asche Stein Glockemann Verstl Wiezoreck“ führten kompetent durch die Fachtagung. Nach einer kurzen Darstellung der möglichen Rechtsformen von Bildungseinrichtungen und deren Besteuerung folgten Informationen zur Gemeinnützigkeit.



Die Referentin Anja Knoop von der Hamburger Sozietät „ASG/Asche Stein Glockemann Verstl Wiezoreck“ bei ihrem Vortrag

„Jede Körperschaft kann als gemeinnützig anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen der Abgabenordnung erfüllt sind.“ – so lautet der Grundsatz des Gemeinnützigkeitsrechts. Diese Aussage wurde anhand abgabenrechtlicher Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit – die Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke, die Selbstlosigkeit, die Ausschließlichkeit und die Unmittelbarkeit – erläutert und mit Beispielen zur zeitnahen Mittelverwendung und Rücklagenbildung unterlegt. Die vier Sphären einer gemeinnützigen Körperschaft – ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb – wurden anhand von praxisnahen Beispielen erklärt. Zum Abschluss des ersten Tages zeigten die Referierenden Möglichkeiten und Grenzen von Umstrukturierungen zur Kostenverlagerung und Kosteneinsparung auf, erörterten die Möglichkeit der

Kostenreduzierung durch Kooperationen und wiesen auf die wichtigsten Änderungen im Ehrenamtsstärkungsgesetz hin.

Der zweite Tag war der Umsatzbesteuerung von Bildungseinrichtungen gewidmet. Nach Erläuterung der Grundsätze im Umsatzsteuergesetz konnten die Teilnehmenden anhand von Fallbeispielen Kenntnisse zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Teilnahmegebühren, Unterkunft und Verpflegung erarbeiten und lernten Gestaltungsmöglichkeiten durch Vorsteuerabzug kennen. Mit Ausführungen zum Zusammenspiel von EU-Normen und nationalem Recht und einem Ausblick auf aktuelle Trends in der Gesetzgebung und Rechtsprechung endete die informative Tagung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich hoch zufrieden und selbst die in rechtlichen und steuerlichen Angelegenheiten versierten Einrichtungsleiter/-innen gaben an, viel gelernt und neue Kenntnisse gewonnen zu haben.

1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa

Die Jahrestagung des AdB fand vom 26. bis 27. November 2013 in der JugendAkademie Segeberg statt. Sie markiert den Auftakt für das Jahresthema 2014 „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa – Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung“. Mit dem Tagungsthema wurde ein weiter Bogen gespannt: 100 Jahre Entwicklung in Europa, Frieden, Friedenspädagogik und Friedensbildung, die Bedeutung von Erinnerung und historisch-politischem Lernen in einer heterogenen Gesellschaft.

Professor Dr. Wolfgang Kruse von der Fernuni Hagen nahm in seinem Vortrag eine historische Einordnung vor. Unter dem Titel „Mythos Kriegsbegeisterung oder im Westen nichts Neues? Aktuelle Forschungen zu Ursachen des 1. Weltkriegs“ machte er deutlich, wie sich die wissenschaftliche Einschätzung und Bewertung des 1. Weltkriegs über die Jahre hin verändert hat, sich bestimmte Mythen aber hartnäckig halten, auch wenn es dafür kaum historische Belege gibt. Für die politische Bildung ist es wichtig zu erkennen, dass sich die nationalen Narrative und Identitäten auch aus diesen tradierten Mythen speisen und die Sicht der Menschen auf die Ereignisse prägen.

In drei Arbeitsgruppen zur friedenspädagogischen Arbeit in der politischen Bildung wurden Ansätze politischer Bildungsarbeit zu folgenden Themen vorgestellt: „Der 1. Weltkrieg als Thema politischer Bildung an den Lernorten Gedenkstätten und Kriegsgräber“; „Der 1. Weltkrieg als Thema in Europa“ sowie „Der 1. Weltkrieg in der politischen Bildung – ein blinder Fleck?“ Es wurden Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Jahresthema auf verbandlicher Ebene und als didaktische Unterstützung für die Bildungsarbeit formuliert.

Matthias Krupa, Korrespondent DIE ZEIT Büro Brüssel, nahm in seinem Vortrag zum Thema „Der Friedensnobelpreis als Verpflichtung“



tung?“ die europäische Friedenspolitik im Europawahljahr 2014 in den Blick. Er beschrieb Europa als Ergebnis einer Friedenssehnsucht und als eine echte friedenspolitische Alternative.

Zentrale Themen bei der Europawahl werden die Euro- und Wirtschaftskrise, die Jugendarbeitslosigkeit und die politischen Erschütterungen in verschiedenen Ländern Europas sein (Populismus, Zuwachs der rechten Parteien, Extremismus, Europaskeptizismus). Matthias Krupa fragt, welche Konsequenzen die Krise für die Institutionen hat: Brauchen wir mehr Europa? Brauchen wir Europa überhaupt? Und er sagt: „Nur wenn es der Europäischen Union gelingt, ihre Werte nach innen zu leben, kann sie die Werte nach außen tragen.“

In einer Podiumsdiskussion wurden die angesprochenen Themen unter der Frage „Wie kann Frieden gelernt werden?“ noch einmal aufgegriffen. Gesprächspartner/-in waren Anette Klasing (Lidicehaus Bremen), Dieter Lünse (Institut für konstruktive Konfliktaus-



Professor Dr. Wolfgang Kruse bei seiner historischen Einordnung des 1. Weltkriegs

tragung und Mediation, Hamburg), Peter Matthiesen (Oberstleutnant a. D.) und Dr. Christan Wachs (Haus Rissen, Hamburg). In der Diskussion wurde deutlich, dass eine Friedenspädagogik und Friedensarbeit heute andere Schwerpunkte setzen muss, als noch in den 70er und 80er Jahren, da die Konflikte andere geworden sind. Friedensbildung kann nur dann Früchte tragen, wenn sie in einen politischen Diskurs eingebunden wird. Langfristige Partnerschaften zwischen verschiedenen gesellschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren – auch im internationalen Kontext – sind notwendig. Der internationale Jugendaustausch spielt dabei eine wichtige Rolle. Die politische Bildung kann zudem in anderen europäischen Ländern Anregungen für eine gelingende Friedensarbeit gewinnen.

In ihrem Schlusswort fasste Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, die Diskussionen zusammen und gab einen Ausblick auf das kommende Jahr. 2014 will der AdB die Träger politischer Bildung anregen, Angebote historisch-politischer Bildung auszubauen, Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur zu thematisieren und damit alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen. In der Stellungnahme zum Jahresthema (siehe Anhang) heißt



Matthias Krupa, Korrespondent DIE ZEIT, Büro Brüssel, bei seinem Vortrag

es dazu: „Die Vermittlung der Bedeutung von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage für eine wirkungsvolle Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte stellen ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit dar.“

Die neue Generation der EU-Programme 2014–2020

Wie können wir rechtzeitig fit werden für die zukünftige Generation der EU-Programme, die zum ersten Januar 2014 startet und uns bis Ende 2020 begleitet? Das war die Fragestellung, unter der sich 25 Interessierte aus den AdB-Mitgliedereinrichtungen und darüber hinaus am 2. Dezember 2013 in der Alten Feuerwache Berlin unter dem Thema: „Es rumpelt in der Kiste ... Politische Bildung in der neuen Generation der EU-Programme 2014–2020“ zusammenfanden.

Seit eineinhalb Jahren grummelt es vernehmlich im europäischen Maschinenraum, fällt doch zum ersten Januar der Startschuss für die neue Generation der EU-Förderprogramme. Das hat Auswirkungen auf die politische Bildungsarbeit, in fördertechnischer wie auch in inhaltlicher Hinsicht. Welche europäischen Förderprogramme können ab 2014 für die politische Bildungsarbeit genutzt werden? Was ändert sich im Vergleich zu den bisherigen Programmen?

Die neuen EU-Programme sollen alle einen konkreten Beitrag zu den drei Kernzielen der EU 2020-Strategie leisten: „smart, sustain-

nable and inclusive growth“. Wie kann sich politische Bildung auf den Weg machen, ihren Beitrag dazu herauszustellen? Wird die Verzweckung (im Sinne der beruflichen Verwertbarkeit unserer Angebote) weiter voranschreiten? Wo bestehen Möglichkeiten und Chancen für die Inhalte politischer Bildungsarbeit und wo wird es eng(er)?

Die Referentin Dr. Helle Becker (Expertise & Kommunikation) und Georg Pirker (AdB) wagten mit den Teilnehmenden einen Blick hinter die Kulissen und ins zum Teil noch Spekulative, Ungewisse der zukünftigen Programme. Es wurden verschiedene Politikbereiche der EU beleuchtet und die neuen Strukturen der Förderprogramme vorgestellt (ERASMUS + [bisher: LEONARDO, GRUNDTVIG, JUGEND IN AKTION, COMENIUS ...]; Europa für Bürgerinnen und Bürger; Grundrechte und Unionsbürgerschaft; Sozialfonds).

EU-geförderte Angebote gehören für viele Bildungsstätten zu einem Kernbestandteil ihrer Bildungsarbeit. Mit der neuen Generation der EU-Programme wird sich dies nicht wesentlich ändern, wohl aber ist absehbar, dass sich Veränderungen in den grundsätzlichen Fragestellungen zur Förderung anbahnen. Auf die sollte man rechtzeitig vorbereitet sein. Seminarförderung durch EU-Mittel als Substitution wird absehbar nicht mehr lange funktionieren. Daher geht es darum, sich rechtzeitig strategisch auf die Logik der neuen Programme vorzubereiten. Einige Eckpunkte bieten dabei europäische Entwicklungspläne und die für alle Bereiche gleiche Programmlogik und Ausdifferenzierung. Qualitätsmanagement und Fragen der Anerkennung von Lernprozessen kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Dies führte im Rahmen des Workshops zu munteren Grundsatzdiskussionen, die wieder einmal aufzeigten, dass das Thema Anerkennung und Validierung non-formalen Lernens für die politische Bildung ein Dauerbrenner ist.

Verwirrung unter den Teilnehmenden waren zwar ob der vielen Neuerungen nicht auszuschließen, jedoch konnten die Referentin und der Referent im Verlauf des Seminars einen guten Überblick geben und den Teilnehmenden helfen, sich operational auf die neuen Programme vorzubereiten.

■ Erfahrungen und Ergebnisse

Mit den fünf Fortbildungen und Fachtagungen, die der AdB 2013 realisierte, wurden für verschiedene Zielgruppen aktuelle Themen und zentrale Fragestellungen aufgegriffen und bearbeitet. Es wurden konkrete Fragen beantwortet, die die Mitarbeitenden in den Bildungseinrichtungen beschäftigten. Die Veranstaltungen richteten sich an Vertreter/-innen der Mitgliedseinrichtungen des AdB und waren gleichzeitig geöffnet für Interessierte aus anderen Bildungseinrichtungen. Es wurden insgesamt ca. 135 Teilnehmende erreicht.

In den Auswertungsrunden am Ende der Veranstaltungen wurde deutlich, dass der AdB mit den gesetzten Zielen wichtige Punkte in die Diskussion gebracht hat und die Teilnehmenden vielfältige Anregungen in ihren Berufsalltag mitnehmen konnten:

- In der Tagung für die Hauswirtschaftsleitungen wurde z.B. mit dem Thema Lebensmittelabfälle ein Aspekt der Arbeit in den Fokus gerückt, der die Verantwortlichen tagtäglich beschäftigt. Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die ökologischen und ethischen Fragen konnten dabei in den Blick genommen werden. Es wurde diskutiert, wie und unter welchen Bedingungen eine in jeder Hinsicht optimale Versorgung der Gäste in den Bildungsstätten zu realisieren ist.
- Für die Haustechniker in den Bildungsstätten hat sich mit Blick auf die technischen Möglichkeiten in den letzten Jahren viel verändert. Hier geht es nicht nur um das technische Knowhow, das die Verantwortlichen erwerben müssen, sondern ebenso auch um rechtliche Fragen. Deutlich wurde: Es reicht nicht aus, den Teilnehmenden lediglich alle Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung, die sich mit den Rechtsformen von Bildungseinrichtungen, deren Besteuerung und mit dem Thema Gemeinnützigkeit auseinandersetzten, waren überwiegend Leiter/-innen aus Bildungsstätten, die sich mit vielen rechtlichen Themen durchaus gut auskennen. Dennoch konnten ihnen die Referenten und die Referentin neue Aspekte benennen und neue Perspektiven eröffnen. Besonders wichtig war dabei, an Fallbeispielen in Bezug auf Teilnahmegebühren, Unterkunft und Verpflegung sehr nah an den alltäglichen Fragen im eigenen Berufsleben entlang zu diskutieren.
- Mit der Jahrestagung des AdB wurde das Jahresthema des kommenden Jahres eingeführt und wurden seine verschiedenen Facetten beleuchtet. Deutlich wurde, dass das historisch-politische Thema „Ausbruch des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren“ ein Thema ist, das bis in die unmittelbare Gegenwart hinein spielt und das europäische Zusammenleben entscheidend mitprägt. Die Teilnehmenden dieser Fachtagung hatten die Möglichkeit, neue Erkenntnisse zu gewinnen und zu diskutieren, sie hatten aber auch die Möglichkeit, in unmittelbarem Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen ihre eigene Praxis historisch-politischer Bildung zu qualifizieren. Das Thema der Fachtagung wird die Mitglieder des AdB im Jahr 2014 intensiv begleiten.
- Mit der Veranstaltung zu den neuen EU-Förderprogrammen wurde den Teilnehmenden ein erster, wichtiger Einblick in die neue Struktur, die Voraussetzungen und Bedingungen für eine Förderung im europäischen Kontext geboten.

Deutlich wurde bei allen Tagungen, wie wichtig der Input von Experten und Expertinnen, aber auch die in den Bildungseinrichtungen vorhandene Expertise ist und welche Bedeutung die Praxisnähe, der kollegiale Austausch und der Transfer von Wissen und Erfahrungen aus den Bildungsstätten haben. Hierfür bietet der AdB mit seinen Angeboten einen sehr guten Rahmen und eine Plattform, um Bildungspraxis, theoretisches, wissenschaftliches Knowhow sowie politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu diskutieren und für die eigene Bildungsarbeit zu nutzen.

Kommunikation und Kompetenz – Fachkommissionen im AdB

Das Netzwerk des AdB lebt vom fachlichen Austausch der Mitglieder, von der kollegialen Beratung sowie von der Weiterbildung und Qualifizierung der in den Mitgliedseinrichtungen tätigen Menschen. Die Umsetzung dieser Zielsetzung ist eine zentrale Aufgabe und wesentlicher Teil der bundeszentralen Infrastrukturaufgaben eines bundesweiten Verbandes politischer Jugend- und Erwachsenenbildung. Die beschriebenen Fachtagungen und Fortbildungen gehören ebenso dazu, wie die Fachkommissionen im AdB. In der Satzung des AdB heißt es dazu: „Der Verein verwirklicht den Satzungszweck als Fachverband insbesondere durch Fach- und Fortbildungstagungen und Projekte im In- und Ausland, durch Entwicklung und Erprobung von Modellen und Konzepten der außerschulischen politischen Bildung und Jugendhilfe, durch Fachkommissionen und Arbeitsgruppen sowie Publikationen.“ Der AdB schafft den angemessenen Rahmen dafür, dass ein Erfahrungsaustausch gewährleistet und die Zusammenarbeit der Mitglieder gestärkt wird.

Im Folgenden wird auf die Arbeit der Fachkommissionen des AdB näher eingegangen. Dazu gehören die Fachkommissionen Jugendbildung, Erwachsenenbildung, europäische und internationale Bildung, Mädchen- und Frauenbildung sowie Verwaltung und Finanzen. Sie setzen jeweils eigene thematische Schwerpunkte, entwickeln die Themen und Aufgaben in ihrem Bereich weiter und spiegeln ihre Erkenntnisse und die Ergebnisse ihrer Beratungen in die Strukturen des Verbands zurück.

Alle vier Jahre wird die Mitarbeit in diesen Gremien neu ausgeschrieben. Pädagoginnen und Pädagogen in den Mitgliedseinrichtungen, Einrichtungsleiter/-innen und Verwaltungsleiter/-innen haben die Möglichkeit, sich um eine aktive Mitarbeit zu bewerben. Die derzeitige Legislatur startete 2012 und geht bis Ende 2015. Die Kommissionen tagen zwei Mal jährlich, in der Regel mit einer zweitägigen und einer dreitägigen Veranstaltung. Die Arbeitsschwerpunkte für die jeweilige Legislatur werden in der ersten Sitzung festgelegt. Sie können aber immer auch an aktuelle Themen und Diskussionen angepasst werden.

■ Kommission Jugendbildung

Die Kommission Jugendbildung hatte sich im Jahr 2012 das Schwerpunktthema „Migration und Erinnerungskultur“ gesetzt und bereits darüber diskutiert. In der Frühjahrssitzung 2013 wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Papier zu diesem Thema erarbeiten sollte. Ziel war es, Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung mit Migrantinnen und Migranten zu erarbeiten. Es ging um die Frage von Erinnerungskultur(en) und um die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte. Diese Arbeitsgruppe tagte im Juni 2013 und erstellte für die Herbstsitzung der Kommission „Jugendbildung“ einen ersten Entwurf des Diskussionspapiers.

In der ersten Sitzung der Kommission in 2013 wurde durch Christoph Kröger, Projektleiter des AdB-Projekts „Blended Learning Democracy“, die Anlage und erste Erfahrungen des Projekts vorgestellt, das aus Mitteln des Innovationsfonds des BMFSFJ zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik gefördert wurde. Christoph Kröger stellte in seiner Präsentation den Begriff eParticipation in den Vordergrund und die Möglichkeiten, Partizipation durch Prozesse politischer Bildung und Online-Tools zu bestärken. Er stellte die Vorhaben der am Projekt beteiligten AdB-Mitglieder Bahnhof Göhrde, LidiceHaus in Bremen und das Herbert-Wehner-Bildungswerk in Dresden vor. Es wurden Träger aus städtischen und ländlichen Kontexten ausgewählt, um unterschiedliche Lebensumfelder junger Menschen zu berücksichtigen.

Die Kommission verabschiedete gemeinsam mit der Projektgruppe „Blended Learning Democracy“ ein Positionspapier zur Eigenständigen Jugendpolitik der Bundesregierung und unterstrich die Notwendigkeit, ein kohärentes Politikfeld zu schaffen, das den Interessen der Jugendlichen gerecht wird, Generationengerechtigkeit thematisiert und für gute Bedingungen zum Einstieg in das Erwerbsleben sorgt. In dem Papier wird weiter darauf hingewiesen, dass Jugendpolitik von Jugendlichen mitgestaltet werden muss und der Anspruch einer Eigenständigen Jugendpolitik nur so umgesetzt werden kann (Positionspapier siehe Anhang).

Das von der Arbeitsgruppe erarbeitete Diskussionspapier zur historisch-politischen Bildung „Migration Macht Geschichte“ wurde in der zweiten Sitzung der Kommission von ihr verabschiedet. Mit dem Diskussionspapier soll ein Impuls für die historisch-politische Bildungsarbeit gegeben werden. Es möchte anregen, Ansätze multiperspektivischer Geschichtsbearbeitung stärker in Seminaren und bei Exkursionen zu historischen Lernorten zu berücksichtigen und die Diskussion darüber zu befördern. Die Kommission macht damit deutlich, dass es in einer Migrationsgesellschaft keine homogenen Lerngruppen gibt, sondern die Konstruktion von Geschichte vielmehr einer partizipativen Dimension bedarf. Persönliche Biografien müssen Eingang in die gesellschaftliche Geschichtsschreibung erhalten, um eine gegenseitige Bereitschaft der Integration bzw. Inklusion zu ermöglichen.

Des Weiteren befasste sich die Kommission mit dem Auftrag des AdB-Vorstands, ein Meinungsbild über die Notwendigkeit der Dokumentation individueller Lernergebnisse zu erstellen. Sie griff damit die aktuelle Diskussion in der außerschulischen Jugendbildung auf, die sich mit der Verwertbarkeit non-formaler und informell erworbener Kompetenzen befasst. Die Mitglieder äußerten eher kritische Aspekte und halten eine Trennung von Lernangebot und Ort der Kompetenzermittlung für geboten. Die Verwertbarkeit und Ausrichtung von Zertifikaten erscheint der Kommission zu unklar. Die Kernkompetenz politischer Bildungsarbeit wird überwiegend in der Vermittlung gesellschaftspolitischer Handlungs-

und Partizipationskompetenz gesehen, die weder als prüfbar noch zertifizierungsfähig erscheint. Es wird darauf hingewiesen, dass politische Bildung auch zukünftig zweckfrei sein sollte.

Kommission Erwachsenenbildung

Die Kommission Erwachsenenbildung diskutierte in ihrer Frühjahrs-sitzung die bildungspolitischen Vorgaben zur Entwicklung von Referenzsystemen zur Erfassung und Anerkennung von Kompetenzen, die im Rahmen des Lebenslangen Lernens erworben werden. Die Kommission hatte sich bereits auf ihrer konstituierenden Sitzung mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) befasst und das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt, um sich über bestehende Verfahren zur Dokumentation von Kompetenzen zu informieren und über die Anwendung solcher – ursprünglich für die Vergleichbarkeit in unterschiedlichen Ausbildungssystemen erworbenen Abschlüsse entwickelten – Systeme in der eigenen Bildungspraxis nachzudenken.

Mit Prof. Dr. Dieter Gnahs (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung) und dem Kommissionsmitglied Rasmus Grobe (Bewegungsakademie e.V.) standen zu diesem Thema zwei Gesprächspartner zur Verfügung. Während Rasmus Grobe den ProfilPASS zur eigenen Dokumentation individuell und auf den verschiedenen Ebenen (formal, non-formal und informell) erworbener Kompetenzen erläuterte, konzentrierte Dieter Gnahs seinen Vortrag auf die politischen Voraussetzungen und Ziele zur Einführung eines Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und die Bemühungen, auf nationaler Ebene ein Äquivalent zu schaffen.

Dieter Gnahs erinnerte an Traditionslinien der Bildungsdiskussion und an einen Bildungsbegriff, der mehr umfasste als Intelligenz, Qualifikation und Kompetenz. Er forderte eine Renaissance dieses Bildungsbegriffs, mit Blick auf die Traditionslinien des Curriculum-Ansatzes und der Teilnehmerorientierung für die non-formale Bildung, aber auch die Prüfung der Effektivität organisierter Bildung, den Aufbau eines Validierungssystems und den Ausbau von Kompetenzberatung. Dass non-formale Bildung, sofern sie öffentlich gefördert werde, sich den Forderungen nach Einbeziehung in ein Validierungssystem kaum werde entziehen können, sei wahrscheinlich, nicht zuletzt wegen der im Herbst 2012 beschlossenen Empfehlung des Rates der Europäischen Kommission zur Validierung der Ergebnisse nicht-formalen und informellen Lernens in den Mitgliedsländern. Den Weiterbildungsanbietern sei deshalb zu empfehlen, sich auf diese Erwartungen einzustellen und ihre Bildungsangebote mit einem den verschiedenen Niveaustufen jeweils anzupassenden Label zu versehen.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass es Vorbehalte gegen eine systematische Form der Ermittlung und Dokumentation von Lernerfolgen gibt, da geeignete Instrumentarien für den non-

formalen Bildungsbereich mit seinen Kurzzeitangeboten nicht hinreichend eingeführt sind und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (auch in bewusster Abgrenzung zur schulischen Bildung) Leistungsnachweise von Teilnehmenden ablehnt.

Bei der Herbstsitzung der Kommission konnte der Tagungsort Dresden genutzt werden, um mit Expertinnen und Experten über die Bedingungen, Herausforderungen und über besondere Konzepte der politischen Bildung in Sachsen zu diskutieren. Die Sitzung stand unter dem Schwerpunkt „Professionalität in der Prekarität“. Es wurde aus unterschiedlichen Perspektiven der politischen Bildungspraxis auf dieses Thema geblickt. Bei allen Beiträgen und Diskussionen wurde die „hohe extremistische Belastungsquote“, die die Forschung dem Freistaat Sachsen bescheinigt, mitgedacht und die Frage, was politische Bildung in dieser Situation leisten kann.

Deutlich wurde, dass die politische Lage in Sachsen besondere Anforderungen an die Bildungsarbeit und die politischen Bildner/-innen stellt. Die Akteurinnen und Akteure haben darauf reagiert und neue Konzepte und Ideen für das Engagement gegen Rechtsextremismus entwickelt. Das Herbert-Wehner-Bildungswerk konnte sich in den letzten Jahren als Marke für die politische Bildung in Sachsen und darüber hinaus etablieren.

In allen Bereichen der politischen Bildung ist – so wurde in den Gesprächen deutlich – die Kooperation mit anderen Trägern, Organisationen, Schulen und Netzwerken zentral. Auch die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung ist als Vermittlerin für Vernetzungsprozesse gefragt. Der Direktor der Landeszentrale moderiert z.B. die Arbeitsgruppe „13. Februar“. Die Erinnerung an diesen Tag ist in Dresden in besonderer Weise kultiviert und von verschiedenen Gruppen besetzt worden. Die von der Oberbürgermeisterin ins Leben gerufene Arbeitsgruppe versucht nun, die Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, Vertrauen aufzubauen und den 13. Februar gemeinsam mit allen demokratischen Gruppen friedlicher zu gestalten.



dungsarbeit derzeit als notwendig erachten und ansiedeln. Diese sind:

- Internationale politische Bildungsarbeit als Mehrwert für ein demokratisches Gemeinwesen;
- Anerkennung/Darstellung non-formalen Lernens und die Sichtbarkeit von Lernleistungen internationaler Begegnungsarbeit;
- Qualifizierung für Demokratiebildung vor dem Hintergrund internationaler Transformationsprozesse (hin zur Demokratie und weg von Demokratie);
- Freiwilligkeit und Teilhabe vs. Fokus auf spezielle Zielgruppen vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Auftrags;
- Wahrnehmung des AdB/der Bildungsstätten und insbesondere die Rolle der internationalen Arbeit.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Sitzung war die Vorstellung des aktuellen Stands der Evaluation des KJP Programms 14.1 (Globalmittel International) durch die stellvertretende Vorsitzende der EIA-Kommission, Daniela Keeß. Hierbei ging es vor allem um die Bewertung der geförderten Zentralstellenarbeit (beim AdB nicht der Fall), wie auch um ein Zwischenresümee zur Umgestaltung der Richtlinien und Fördersätze.

Ein Kurzbericht vom Abschluss des Modellprojekts des Deutsch-polnischen Jugendwerks (DPJW) „Kooperationen von Bildungsstätten und Schulen“ durch Kerstin Dallmann vom Tagungshaus Bredbeck bot einen guten Anlass, sich über die Kriterien von Kooperationen mit Schulen zu verständigen.

Während des eintägigen Fachtags beschäftigte sich die Kommission mit Anliegen historisch-politischer Bildung in der internationalen Begegnungsarbeit. In der Hauptsache wurden die Herangehensweisen an eine heterogene Erinnerungskultur in einem sich immer stärker ausdifferenzierenden europäischen Kontext diskutiert. Leitbegriffe waren u.a.: Totalitarismus, Faktenwissen vs. Erfahrung, inszenierte Geschichtswahrnehmung. Es wurde deutlich, dass internationale Begegnungsarbeit immer mit historisch-politischen Elementen verbunden ist, auch wenn diese nicht explizit Thema der Begegnungen sind.

Abschließend arbeiteten die Kommissionsmitglieder am Thema Eigenständige Jugendpolitik. Einhellige Meinung der Kommissionsmitglieder war, dass die Zielrichtung „Jugend“ begrüßenswert sei. Dennoch herrschte eine ziemliche Ratlosigkeit über die Intention des Ministeriums zur Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik, da die Ideen zu unkonkret formuliert seien. Der Entwurf einer Stellungnahme des AdB fand großen Anklang. Die Mitglieder arbeiteten Kommentare und Änderungsvorschläge direkt in die Vorlage ein.

Auf ihrer Herbstsitzung beschäftigte sich die Kommission für europäische und internationale Bildungsarbeit im wannseeFORUM für Jugendarbeit in Berlin mit der Frage „Don't play with the dictator?“

Es ging um die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern in autoritären Staaten.

Hintergrund war die gemeinsame Erfahrung der Mitglieder, dass in den letzten Jahren Programme mit Partneereinrichtungen in autoritären Staaten zunehmen. Die Kommissionsmitglieder nutzten die Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch und diskutierten mit Dr. Astrid Sahn (IBB Dortmund, ehemalige Leiterin der Begegnungsstätte Johannes Rau in Minsk) Fragen der Zusammenarbeit mit Partneereinrichtungen in Belarus. Astrid Sahn erläuterte im Gespräch die Gelingensbedingungen, unter denen das IBB Johannes Rau in Minsk arbeitet und verwies auf die Erfolgskriterien einer



Minsk, Weißrussland

Kooperation, die staatliche Strukturen bewusst einzubinden sucht. Diese sind z.B. festzumachen am Statut des Begegnungszentrums, der aus der Vor-Lukaschenko-Periode herrührt, und von den jetzigen Rahmenbedingungen einer Diktatur nicht außer Kraft gesetzt werden kann.

Sie stellte regionale und lokale Projekte vor, die im Nahraum agieren und darüber hinaus politisch wirken. Mehrere Kommissionsmitglieder berichteten von ihren Kooperationserfahrungen in ganz unterschiedlichen Partnerkonstellationen. Sie berichteten u.a. über innereuropäische Kooperationen zu Fragen von Demokratie, über Erfahrungen im deutsch-chinesischen wie auch deutsch-russischen Austausch.

■ Kommission Verwaltung und Finanzen

Zu ihrer Frühjahrssitzung trafen sich die Mitglieder der Kommission Verwaltung und Finanzen Mitte März auf der Burg Fürsteneck in Eiterfeld. Von 31 Mitgliedern konnten aufgrund des schlechten Wetters nur 16 Mitglieder auf die tief verschneite Burg kommen.

Die Sitzung wurde mit einem ausführlichen Austausch der Kommissionsmitglieder über die Situation in ihren Einrichtungen gestartet. Neben weiteren Berichten und Informationen aus dem AdB, z.B. zur Evaluation des Programms Politische Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes, zu den neuen Förderrichtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung, beschäftigten sich die Anwesenden mit den anstehenden Schwerpunktthemen der nächsten Sitzung. Um das umfangreiche Thema „Betriebs- und Organisationsformen von Bildungsstätten“ einzugrenzen, wurde im Vorfeld der Sitzung durch den Kommissionsvorsitzenden Bernd Vaupel eine Umfrage gestartet, an der sich 62 Prozent der Kommissionsmitglieder beteiligten. Auf die Frage „Welche sind die organisatorischen Merkmale von Bildungsstätten?“ wurden einzelne Themen wie z.B. Arbeitsrecht, Personalmanagement, Tarifstruktur genannt. Viele dieser Themen sollen mit Best Practice-Beispielen aus den Einrichtungen der Kommissionsmitglieder aufgearbeitet werden.

Zur Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Fachtagung zu Betriebs- und Organisationsformen in Bildungsstätten stellte die Kommission einen Fragenkatalog zusammen: Welche Rechtsformen, Organisationsformen und Strukturen kommen für Bildungseinrichtungen in Frage? Welche Risikoverteilung besteht zwischen den Organen je nach Rechtsform? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen Steuerpflicht und Organisationsform? Diese Fragen sollten in der Fachtagung behandelt werden.

Ein ständiges Arbeitsfeld der Kommission sind die Arbeitshilfen, die im internen Bereich der Homepage eingestellt werden. Zur kontinuierlichen, inhaltlichen Aktualisierung und Pflege dieser Dokumente haben sich Mitglieder der Kommission zu ständiger Patenschaft bereit erklärt.

Die Herbstsitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen fand Mitte September im Haus Rissen in Hamburg statt. Nach offenen und aufschlussreichen Berichten aus den Einrichtungen sowie den Informationen aus den Bundesländern und dem AdB wurde dem Erfahrungsaustausch über den Umgang mit den neuen Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Raum gegeben. Im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Runden Tisches Trägerförderung der bpb wurden Erfahrungen zusammengetragen, die als Rückmeldungen aus den Mitgliedereinrichtungen des AdB an dieses Gremium gegeben werden sollen.

Als zusätzlicher Tagesordnungspunkt wurde die Unterstützungsanfrage des AdB-Vorstands zu Fragen des Kompetenzerwerbs und zur Dokumentation von Kompetenzen in der politischen Bildung eingebracht. Die Teilnehmenden diskutierten Fragen der Zertifizierung und sammelten erste Aspekte zur Entwicklung einer verbandlichen Positionierung.

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Sitzung bildete das Thema „Grundsätzliche Organisationsmerkmale von Einrichtungen“ aus dem Themenbereich „Betriebs- und Organisationsformen“. Drei Mitglieder der Kommission stellten die institutionellen, strukturellen und personellen Merkmale ihrer Bildungseinrichtungen vor

und wiesen auf Besonderheiten in ihren Häusern hin. So betonten alle drei Vertreter die Bedeutung der Vernetzung ihrer Einrichtungen in der Region und darüber hinaus. Als ein Instrument für die Bindung von „Brückenpersonen“ wurde die Bildung von Beiräten genannt.

Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in einigen Häusern ein Generationenwechsel ansteht, der bewusst gestaltet werden muss. Wie solche personellen Wechsel zu managen sind und wie dem Verlust von Erfahrungswissen begegnet werden kann, soll ein Thema der nächsten Sitzung sein.

Rückblick auf die Sitzungsperiode – Erfahrungen und Ergebnisse

Die Arbeit in den AdB-Kommissionen hat für die Verbandsentwicklung und die interne Kommunikation einen wichtigen Stellenwert. Dies wurde auch im Berichtsjahr 2013 deutlich. Die Kommissionen trafen sich – je nach Absprache und Bedarf – zu jeweils zwei ein- bis dreitägigen Sitzungen, diskutierten die im Arbeitsprogramm festgelegten Themen, holten sich externe Expertise und nutzten ebenso die Expertise der Mitglieder, um Empfehlungen und Positionen in den Verband zurückzuspielen.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit den Kommissionen hat eine hohe Bedeutung. Dies drückt sich zum einen durch den Informationsfluss vom Vorstand in die Kommissionen aus, zum anderen aber auch in der beratenden Funktion der Kommissionen für den Vorstand. Das ist in fast allen Kommissionen durch eine kontinuierliche Vertretung eines Vorstandsmitglieds in den Sitzungen der Kommissionen sehr gut gelungen. Lediglich in der Kommission Erwachsenenbildung gab es im Berichtsjahr keine permanente Präsenz, auch wenn zu jeder Sitzung ein/e Vertreter/-in aus dem Vorstand anwesend war. Dies wird sich im Jahr 2014 – nach der Wahl des neuen Vorstands – verändern.

In den Arbeitstagen der Kommissionen konnten viele unterschiedliche Themen aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Ein Thema – zusammenhängend mit einem Arbeitsauftrag des Vorstands – zog sich dabei durch alle Kommissionen: Der Vorstand verwies in einem Schreiben an die Kommissionen auf die aktuelle Diskussion in der bildungspolitischen Öffentlichkeit und im Kontext des Bundesausschuss politische Bildung (bap) zu Fragen des Kompetenzerwerbs in der außerschulischen Bildungsarbeit sowie des Nachweises dieser Kompetenzen und deren Beschreibung/Dokumentation. Aus diesem Anlass wurden die Kommissionen gebeten diese Themen in ihren Sitzungen aufzugreifen und zu diskutieren.

Die Diskussionen zu diesen Fragen nahmen in den Herbstsitzungen der Kommissionen einen größeren Raum ein. Die Ergebnisse wurden in der Geschäftsstelle gesammelt und in einer Synopse zusammengeführt. Aus dieser Synopse wird ein Positionspapier für den Verband erstellt.

Gutes sichtbar machen – Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Das Jahr 2013 war für die Öffentlichkeitsarbeit des AdB in verschiedener Hinsicht durch Umbrüche und Neuanfänge gekennzeichnet: Die Mitarbeiterin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ging Ende März in Elternzeit und eine neue Kollegin wurde in diesen Bereich eingearbeitet. Die neue Homepage des AdB wurde Ende Mai 2013 freigeschaltet und Ende August ging die langjährige Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Redakteurin der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“, Ingeborg Pistohl, in den Ruhestand. Die Stelle wurde neu ausgeschrieben und das Auswahlverfahren wurde durchgeführt. Die Stelle konnte zum 1. September 2013 neu besetzt werden. Mit dieser Neubesetzung der Stelle ging eine Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit des AdB einher. Es wurde ein Konzept entwickelt, das alle Bereiche – Publikationen, Webseite, Newsletter, Erscheinungsbild, Kommunikationswege, Marketing und auch die Zeitschrift

Geschäftsführerin des AdB und die Redakteurin. Die Zeitschrift erscheint in einer Auflage von 1.000 Exemplaren und kann im Abonnement oder als Einzelheft bezogen werden.

Der Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ traf sich im Jahr 2013 zu zwei Sitzungen, im Januar im Haus der Jugendarbeit in Berlin und im Juni im Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg. In den Sitzungen wurden jeweils die zuletzt erschienenen Ausgaben der Fachzeitschrift kritisch in den Blick genommen und die Feinplanung der nächsten Ausgaben umgesetzt: Themen wurden präzisiert und mögliche Autorinnen und Autoren benannt. In der Sommersitzung wurde über die Themen des nächsten Jahrgangs beraten und ein Vorschlag an den AdB-Vorstand erarbeitet. Es wurde hier auch bereits die Feinplanung der ersten beiden Ausgaben des neuen Jahrgangs vorgenommen.



„Außerschulische Bildung“ – einschließt. Auf der Basis der bereits vorhandenen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit im AdB wurden verschiedene Arbeitspakete beschrieben, die nun nach und nach umgesetzt werden müssen. Das Konzept wurde vom Vorstand in seiner Sitzung im November 2013 verabschiedet.

■ Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Die Verbandszeitschrift „Außerschulische Bildung“ erschien im Jahr 2013 in vier Ausgaben mit einem Umfang von insgesamt 394 Seiten. Die Verantwortung für die inhaltliche Gestaltung liegt beim Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift, dem neben den beiden Herausgebern (Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann) fünf Vertreter/innen aus Mitglieðereinrichtungen des AdB angehören sowie die

Im Jahrgang 2013 erschienen die Ausgaben mit folgenden thematischen Schwerpunkten:

AB 1-13: Politische und soziale Dimensionen von Ernährung

In den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Hemisphäre ist Essen inzwischen zu einem Element der Lebensgestaltung avanciert, das weit über eine bloße, möglichst genussvolle Nahrungsaufnahme hinausgeht. Davon zeugen nicht nur die Flut von immer aufwändiger gestalteten Kochbüchern und die Allgegenwart von Kochsendungen im TV; die aktuelle Auseinandersetzung über gutes und nachhaltiges Essen berührt sehr viel politischere und grundsätzlichere Fragen als die nach dem besten Öl für die Salatsauce.

Die politischen und sozialen Dimensionen des Essens waren Schwerpunkte der ersten Ausgabe der Zeitschrift im Jahr 2013. In den Beiträgen ging es um ethische Fragen, die sich bei der Erzeugung und dem Konsum von Nahrungsmitteln stellen, um den Umgang mit Lebewesen, die wir für unsere Ernährung nutzen, und um die Ernährungslage in verschiedenen Teilen der Welt. Es wurde ebenso gezeigt, welche Alternativen zu den konventionellen Ernährungsgewohnheiten sich inzwischen etabliert haben, wie kritische Konsumentinnen und Konsumenten nach neuen Möglichkeiten nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion suchen und sich in Initiativen und gemeinsamen Projekten für einen die Umwelt und die Verbraucher/-innen schonenden Anbau von Pflanzen und eine artgerechte Haltung von Tieren engagieren. Darüber hinaus wurde ein Beispiel aus der Praxis politischer Bildung zum Thema Essen vorgestellt und verdeutlicht, welche Bedeutung Essen auch als Teil der Alltagskultur im Betrieb von Bildungsstätten hat.

AB 2/13: Regiert Geld die Welt?

„Über Geld spricht man nicht, man hat es.“ In Zeiten, in denen ganze Staaten vor dem Bankrott stehen und Menschen durch riskante Geldgeschäfte ihr Ersparnis verlieren, ist eine solche Einstellung nicht angesagt. Über Geld zu sprechen, bedeutet vor allem, sich mit den Gründen für die in immer schnellerer Folge sich wiederholenden Finanzkrisen auseinanderzusetzen und über Alternativen zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik nachzudenken, die für die aktuelle Krise Mitverantwortung trägt. Die zweite Ausgabe stellte die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Geldwirtschaft und politischer Gestaltungskraft.

In den Beiträgen ging es um die Auswirkungen der Deregulierung globaler Finanzmärkte auf die Entwicklung der Realwirtschaft und die nationale und europäische Politik, um die Versäumnisse der Politik bei der Kontrolle der Finanzwirtschaft, um Möglichkeiten der Gegensteuerung durch eine Reform des Geldsystems und eine alternative Form der Staatsfinanzierung. Und es ging nicht zuletzt um die Frage, wie solche komplexen und für Laien oft schwer verständlichen Sachverhalte in der politischen Bildung geklärt und diskutiert werden können.

AB 3/13: Jugendliche Protestbewegungen und demokratische Entwicklung

Die dritte Ausgabe beschäftigte sich in ihrem thematischen Schwerpunkt mit den Jugendprotesten, die seit einiger Zeit in Europa und anderen Teilen der Welt zu beobachten sind, und mit der Hoffnung der jungen Menschen in das Versprechen der Demokratie. Die Autorinnen und Autoren fragten in den Beiträgen nach den Beweggründen für die Proteste und nach den Zielen



der Menschen, die auf die Straßen gehen. Sie beschrieben neue Aktions- und Partizipationsformen, wie sie z.B. durch die Besetzung zentraler Plätze entstehen oder auch durch Online-Kommunikation und social media beeinflusst werden. Jugendliche eignen sich Politik auf eigene Weise an und fordern, als Bürger/-innen ernstgenommen zu werden.

In der Zeitschrift kommen junge Menschen aus Deutschland und dem Nahen Osten zu Wort und berichten von ihren Erfahrungen

und Hoffnungen. Wichtiges Anliegen dieser Ausgabe der Außerschulischen Bildung war es zu beschreiben, welche Bedeutung diese Entwicklungen für die politische Sozialisation der Beteiligten haben und welche Herausforderungen – z.B. bei der internationalen Zusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens – für die politische Bildung entstehen.

**AB 4/13: Wohin steuert das Projekt Europa?**

Die vierte Ausgabe widmete sich in ihrem thematischen Schwerpunkt dem „Projekt Europa“. Im Jahr 2014 stehen viele europäische Themen und Ereignisse auf der Agenda: die Europawahl am 25. Mai 2014 und die Sorge vor dem Erstarken rechtspopulistischer und europafeindlicher Parteien; die Auswirkungen der Wirtschafts- und Eurokrise, aber auch historische Gedenktage, die insbesondere die europäischen Länder bewegen. Viele Probleme bedürfen dringend der Aufmerksamkeit europäischer Politik und mutiger Lösungen, wie z.B. die Frage nach der Flüchtlingspolitik an den EU-Außengrenzen oder die Jugendarbeitslosigkeit. Mit den Beiträgen der Außerschulischen Bildung wurde daran erinnert, wie sich das Zusammenleben zwischen den Nationen durch die europäische Integration verändert hat, welche Errungenschaften bewahrt und welche Anstrengungen immer wieder unternommen werden müssen, um das „Projekt Europa“ nicht zu gefährden. Es wird deutlich, warum die Europäische Union vielleicht nicht das beste denkbare, aber das beste zur Verfügung stehende Konstrukt für das Zusammenleben in Europa ist.

Die politische Bildung im AdB schafft in ihren Veranstaltungen und Projekten Räume, in denen eine differenzierte Auseinandersetzung mit europapolitischen Fragen möglich ist und in denen auch kontrovers über die Zukunft der Europäischen Union nachgedacht werden kann. Sie engagiert sich in europäischen Netzwerken und initiiert internationale Begegnungen. Auch von diesen Aktivitäten wurde in dieser Ausgabe berichtet.

Jahresberichte und weitere Veröffentlichungen

Der im Jahr 2013 erschienene **AdB-Jahresbericht 2012** trägt den Titel: **„Politische Bildung ist Lebensbildung“**. Er gibt einen Überblick über die verschiedenen Arbeitsfelder des AdB im entsprechenden Berichtsjahr. Neben dem Programm „Politische Jugendbildung“ stehen die Fortbildungen, die Kommissionsarbeit, der internationale Austausch und die Öffentlichkeitsarbeit des AdB im Fokus. Es werden die Aktivitäten, Erfahrungen und Ergebnisse präsentiert. Weitere Aspekte sind die Querschnittsthemen „Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung“ und Gender Mainstreaming, die Verbandsentwicklung sowie die Struktur des AdB. Die Berichte lassen das Ziel deutlich werden, die Politische Bildung in den Mitgliedseinrichtungen zu qualifizieren, Innovationen anzuregen und die Mitglieder in ihrem Bemühen um den Erhalt von Bildungsstätten als Lernorte politischer Bildung zu unterstützen.

Der Jahresbericht 2012 zum Programm **„Politische Jugendbildung“** im AdB erschien mit dem Titel **„Migration und Antiziganismus“**. Dieses Thema stand 2012 im Mittelpunkt des Programms, das aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert wird. Daran beteiligt sind 24 Einrichtungen aus dem AdB und 18 Jugendbildungsreferentinnen und -referenten.

Der Jahresbericht stellt die Auseinandersetzung mit dem Antiziganismus in der politischen Bildung in den Mittelpunkt und dokumentiert didaktische und konzeptionelle Überlegungen dazu. Weiterhin stellt er die Arbeit an den zentralen Themen der vier Projektgruppen vor, in denen die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten zusammenarbeiten:

- Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft;
- Partizipation und Demokratie in und mit der Schule;
- Arbeitsweltbezogene politische Jugendbildung;
- Globalisierung und Medienkonsum.

In allen Projektgruppen spielten Fragen des Umgangs mit Unterschieden in der politischen Jugendbildung eine große Rolle, wengleich die Akzente unterschiedlich gesetzt wurden. Der Bericht vermittelt fachkundige Einblicke in die didaktischen Überlegungen der jeweiligen Projektgruppen und deren Bildungspraxis. Er enthält darüber hinaus einen statistischen Überblick über die Programmentwicklung und „Steckbriefe“ der Jugendbildungsreferenten und -referentinnen im Jahr 2012.

Das **Jahresthema 2013** des AdB lautete **„Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“**. In einer Broschüre konnten Ergebnisse der Fachtagung „Freiheit, schöner Götterfunken. Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ vorgestellt werden, die vom 27. bis 28. November 2012 in Weimar stattfand. Der Tagungsbericht informiert über Vorträge, Diskussionsprozesse und Arbeitsergebnisse. Auch die Stellungnahme



der Mitgliederversammlung zum Jahresthema wurde in die Broschüre aufgenommen. Im Zentrum der Publikation stehen aber die Bildungsangebote der AdB-Mitgliedseinrichtungen. Zahlreiche Beispiele beschreiben, wie die abstrakte Metaebene politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen mit der Mikroebene politischer Bildungspraxis in Verbindung gebracht werden kann und wie Jugendliche und Erwachsene mit politischer Bildung zu Europa erreicht werden können.

Der AdB hat zudem eine **Projektdokumentation** zum deutsch-tunesischen Austausch unter dem Titel **„Know How? Politische Jugendbildung mit Tunesien“** veröffentlicht. Die Broschüre präsentiert Ergebnisse und Erfahrungen der deutsch-tunesischen Kooperation zwischen dem AdB und der Unite Euromed IV Jeunesse, Tunis.

Um den arabischen Frühling, der 2011 in Tunesien seinen Anfang fand, ist es still geworden. Präsent ist der Bürgerkrieg in Syrien, sind die dramatischen Ereignisse in Ägypten und das nicht enden wollende Flüchtlingsdrama an den Küsten Südeuropas. Der gegenwärtige politische Prozess in Tunesien ist zäh, das Feilschen um die Verfassung stockt und mittendrin steht die Zivilgesellschaft als Wächterin und Hüterin des Umbruchs. Inmitten dieser Aushandlungsprozesse suchten der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen 2012 den Kontakt zu tunesischen NGO. Auf zwei deutsch-tunesischen Fachforen wurden Entwicklungsoptionen und Themenfelder der demokratischen Jugendbildung ausgelotet sowie Jugendaustausche und Projekte demokratischer Jugendbildung angeregt. Daraus entstanden sechs Projekte, die von Mitgliedern des AdB im Jahr 2013 durchgeführt wurden.

Die **Handlungshilfe „Stadt – Land – Web. Jugendliche gestalten Partizipation vor Ort im Netz“** ist ein Produkt aus dem zweijährigen AdB-Projekt „Blended Learning Democracy“. Sie richtet sich an Fortbildner/-innen, Dozentinnen und Dozenten und pädagogische Mitarbeiter/-innen. Es werden praxisbezogene Anregungen und Tipps für politische Jugendbildung und den Einsatz verschiedener Methoden und Tools des Web 2.0 gegeben.



Die Broschüre versteht sich als Hilfestellung für diejenigen, die sich den neuen Herausforderungen nicht verschließen, die das Neuland als Chance für politische Partizipation sehen und motiviert sind, diese Welt zu erkunden.

Hier werden Informationen über die Arbeit im AdB gegeben, auf Veranstaltungen der Mitglieder und auf weitere Veranstaltungen hingewiesen sowie auf interessante Studien, Themen und Termine aufmerksam gemacht.

AdB online – die neue Homepage

Seit Mai 2013 hat der AdB eine neue Homepage. Die Informationen über den Verband und seine Mitglieder werden in neuem Design, mit einer neuen Struktur und mit neuen Funktionen präsentiert. Über die sechs Menüpunkte: Arbeitsfelder, Der Verband, Publikationen, Mitglieder, Termine, Aktuelles/Presse gelangt man zu allen Informationen. Neu ist auch der Veranstaltungskalender mit der Möglichkeit der Online-Anmeldung, der alle Sitzungen, Tagungen und (Kooperations-)Veranstaltungen des AdB anzeigt. Der Kalender verweist auf Fort- und Weiterbildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Veranstaltungen von AdB-Mitgliedern zum aktuellen Jahresthema. Auf der Jahresthemen-seite selbst werden die jeweiligen Stellungnahmen zum Jahresthema, Hinweise auf interessante Links, Literatur, Ausstellungen etc. gegeben sowie wird auf Veranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen in diesem Kontext verwiesen.

Pressearbeit

Im Jahr 2013 sind 14 Pressemitteilungen erschienen, mit denen der AdB auf Aktivitäten, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog. Unter anderem meldete sich der AdB zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses zu Wort und begrüßte die dort erhobenen Forderungen nach einer kontinuierlichen Unterstützung der Demokratieförderung. Die Pressemitteilungen werden an Medienvertreter/-innen, an Kooperationspartner/-innen, politische Akteure und die AdB-Mitglieder verschickt.

Perspektiven der Öffentlichkeitsarbeit

Die neuen Herausforderungen in der Öffentlichkeitsarbeit des AdB haben das Jahr 2013 in diesem Bereich geprägt. Die öffentliche Präsenz des AdB hat durch den Relaunch der Homepage eine neue Qualität erreicht. Die Aktualität der Meldungen und die Vernetzung mit den Mitgliedseinrichtungen konnte verbessert werden.

Die Homepage verfügt über einen internen Bereich, in dem die AdB-Mitglieder die Möglichkeit haben, auf weitere Dokumente zuzugreifen, Kommentare abzugeben und in der Mitglieder-datenbank das Profil ihrer Einrichtung anzulegen und zu bearbeiten. Die Homepage wird kontinuierlich weiterentwickelt. Wesentliche Ziele der Überarbeitung waren eine aktuellere sowie übersichtlichere Darstellung von Themen und Aktivitäten, die Verknüpfung der Informationen, die Einbeziehung neuer Elemente und die bessere Lesbarkeit der Homepage auf mobilen Endgeräten.

Newsletter „AdB-Intern“

Der Newsletter „AdB-Intern“ erscheint sechsmal im Jahr und richtet sich als verbandsinternes Kommunikationsmittel an die Mitglieder im AdB sowie an die Mitarbeiter/-innen in den Einrichtungen.



Durch die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit können die verschiedenen Aufgabenbereiche besser miteinander verknüpft und die Ergebnisse sichtbarer gemacht werden. Mit der Umsetzung der neu geschnürten Arbeitspakete konnte auf der Basis der bereits vorhandenen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit in 2013 begonnen werden. Die Weiterentwicklung wird als kontinuierlicher Prozess fortgeführt. Als Herausforderungen für die kommende Zeit können u.a. benannt werden:

- Weiterentwicklung der internen und der externen Kommunikation;

- Weiterentwicklung der Fachzeitschrift „Außerschulischen Bildung“ (inhaltlich-konzeptionell, Layout, Marketing);
- Weiterentwicklung der Kampagnen- und Maßnahmenplanung zur politischen Kommunikation des AdB;
- Weiterentwicklung und Gestaltung von Informations- und Kommunikationsangeboten für AdB-Mitglieder und Fachöffentlichkeit (z.B. Verstärkung der Zusammenarbeit mit den für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Mitarbeiter/-innen in den Mitgliedseinrichtungen; weiterer Ausbau und Pflege eines stabilen, tragfähigen Netzwerks).

Netzwerken – Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Jugend- und Bildungspolitik sind Politikfelder, die für die gesellschaftliche und demokratische Entwicklung eines Landes von zentraler Bedeutung sind. Leider spielen sie im Alltagsgeschäft von Politik und Medien nicht immer die Rolle, die ihnen aufgrund ihrer Wichtigkeit zukommen sollte. Daher ist es von besonderer Bedeutung für die jugend- und bildungspolitischen Akteure, sich untereinander zu vernetzen, um Informationen weiterzugeben, Abstimmungen zu ermöglichen und gemeinsame Vorhaben zu planen. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten versteht sich als jugend- und bildungspolitischer Akteur, der vernetzt arbeitet, um die Anliegen des eigenen Arbeitsfeldes zu stärken. Wichtige Netzwerkpartner sind in diesem Zusammenhang als zivilgesellschaftliche Akteure der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) und die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) sowie als Ansprechpartner auf staatlicher Seite das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Auf der Mitgliederversammlung im November 2013 wurde Ina Bienenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, zur stellvertretenden Vorsitzenden des bap gewählt. Den Vorsitz übernahm Klaus Waldmann, stellvertretender Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland. Zudem wurden als Beisitzerin Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin des

Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben, und als Beisitzer Hanns Christhard Eichhorst, Vorsitzender der Gesellschaft der Europäischen Akademien, sowie Lothar Harles, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, gewählt.

Wie in jedem Jahr standen auch 2013 die Aktionstage Politische Bildung an. Die entsprechende Webseite wurde vom DGB-Bildungswerk betreut, hier konnten sich alle Träger mit ihren Aktivitäten eintragen, so dass ein überzeugendes Bild von der Vielfalt der Angebote, Themen und Aktionen der Träger politischer Bildung entstand.

Im Rahmen der Aktionstage wurde am 14. Mai 2013 in Berlin auch der „Preis Politische Bildung“ verliehen, der dieses Mal unter dem Thema „Politik – Das verstehen wir darunter!“ stand. Über 100 Bewerbungen waren dafür eingegangen. Eine Jury stellte sich der Qual der Wahl und ermittelte die drei Preisträger. Der mit 10.000 Euro dotierte erste Preis ging an „Laut! Partizipation von Jugendlichen in Nürnberg“, ein Kooperationsprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg, des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt und des Medienzentrums Parabol. Den zweiten Preis und damit 5.000 Euro nahm das Projekt „Jugend im Landtag“ des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern e.V. entgegen. Mit dem dritten Preis wurde die Lebenshilfe gGmbH in Berlin für das Filmprojekt „Politik geht uns alle etwas an!“ prämiert.

Das „Journal für politische Bildung“ ist die Fachzeitschrift, die vom Bundesausschuss und dem Wochenschau Verlag gemeinsam herausgegeben wird. Sie erscheint vierteljährlich und versteht sich als Forum für den fachlichen Diskurs der außerschulischen politischen Bildung. Das Journal bietet die Möglichkeit, Praxis zu dokumentieren und zu reflektieren, bildungs- und förderungspolitische Entwicklungen zu diskutieren, Schnittstellen zu anderen Praxisfeldern zu thematisieren und Debatten aus Wissenschaft oder Medien aufzugreifen. Ein weiteres zentrales Thema im Bundesausschuss bildete das Thema „Kompetenzen in der politischen Bildung“. In der AG Grundsatzfragen beschäftigten sich deren Mitglieder, zu

denen für den AdB Dr. Paul Ciupke vom Bildungswerk der Humanistischen Union gehört, mit der Frage, wie der „Streitfall Kompetenzen“ innerhalb der Profession diskutiert werden kann. Auf Anraten der Arbeitsgruppe wurden zwei Expertisen in Auftrag gegeben, um das Thema fachlich auszuleuchten und die wichtige Diskussion in die Verbände und Einrichtungen zu tragen.

GEMINI

Der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung gehören neben dem AdB folgende Verbände an: Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AuL), Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET), Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die GEMINI ist das zentrale Austauschgremium der bundesweit tätigen Verbände im Bereich der politischen Jugendbildung. Die Vertreter/-innen trafen sich zu drei Sitzungen im Berichtsjahr, tauschten sich zu fachlichen und (förder-)politischen Entwicklungen aus, planten gemeinsame Vorhaben und bereiteten die Sitzungen zur Evaluation des KJP-Programms Politische Bildung vor und nach.

Angestoßen durch den Prozess der Evaluation und der im Zuge dieser Evaluation diskutierten Frage, wie sich „Bundeszuständigkeit“ definiert, was unter „bundeszentraler Infrastruktur“ zu verstehen ist und welche Aufgaben die bundeszentrale Infrastruktur wahrzunehmen hat, hat die GEMINI entschieden, eine eigene schriftliche Ausarbeitung für den Bereich der politischen Bildung in die Diskussion einzubringen. Unter der Überschrift „Positionen der GEMINI zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP)“ haben die Träger ihre Überlegungen formuliert, den KJP weiterzuentwickeln in Richtung eines einfach zu handhabenden, wirkungsvollen Förderinstruments, das es ermöglicht, flexibel und konzeptionell begründet auf sich verändernde Bedingungen der Lebensphasen von Kindheit und Jugend sowie auf Herausforderungen aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu reagieren.

Das Papier wurde an das BMFSFJ übermittelt sowie in die Programmübergreifende Arbeitsgruppe eingebracht und wird dort Grundlage für weitere Diskussionen sein.

Die einhundertste Wiederkehr des Beginns des 1. Weltkriegs war Anlass für die Träger der GEMINI, sich auf einer Fachtagung ausführlich über den Einfluss und die Folgen des Großen Kriegs für die Entwicklungen im 20. Jahrhundert auszutauschen und zu diskutieren, wie diese Thematik heute von der politischen Bildung aufgegriffen werden kann. Im Rahmen dieser Fachtagung „Der Große Krieg – La Grande Guerre – The Great War. Der 1. Weltkrieg als Thema der politischen (Jugend)Bildung“, die vom 28. bis 29. Oktober 2013 in Bonn stattfand, moderierten Boris Brokmeier und Dr. Friedrun Erben vom AdB einen Workshop. Praxisbezogen ging es hier um Fragen des Umgangs mit Denkmälern zum 1. Weltkrieg: Können Denkmäler des 1. Weltkriegs als Lernorte der politischen Jugendbildung fungieren? Wie kann eine kritische

Auseinandersetzung mit den Formen, Symbolen und Inschriften der Denkmäler gelingen? Auf welche Weise können die Zeichen der Erinnerungskultur in einen historischen Kontext gestellt werden? Gemeinsam mit den Teilnehmenden wurden Ideen für einen zeitgemäßen Umgang mit den Erinnerungsorten in der politischen Bildung entwickelt.

Ein weiteres großes Ereignis warf im Berichtsjahr bereits seinen Schatten voraus. Die GEMINI beschäftigte sich mit der Vorbereitung des 15. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags, der im Juni 2014 in Berlin stattfinden wird. Eine Arbeitsgruppe entwickelte ein Konzept für den gemeinsamen Stand sowie für die geplanten Veranstaltungen. Die unterschiedlichen Aktivitäten sollen unter dem Titel „(Mehr)Wert politische Jugendbildung – Bürgerkompetenz in der Arbeitsgesellschaft“ stehen und die positiven Effekte einer arbeitsweltbezogenen politischen Jugendbildung sichtbar machen. Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Projekt „KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen“ einfließen (siehe dazu auch den Bericht in diesem Heft).

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ

Wichtigster Ansprechpartner in allen jugendpolitischen Fragen ist für den AdB das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Neben bilateralen Gesprächen mit den zuständigen Fachreferaten bot die Programmspezifische Arbeitsgruppe den Raum für Kommunikation und Austausch. Die AG tagte am 15. Oktober 2013. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Haushaltsentwicklung des aktuellen und des kommenden Jahres, Informationen über die Demographie-Strategie der Bundesregierung sowie über die Fortsetzung der Extremismus-Programme. Die Vertreterinnen des Fachreferates informierten zudem über die Neuauflage des Innovationsfonds im Rahmen der Eigenständigen Jugendpolitik.

Das Bemühen um die Ausgestaltung der Eigenständigen Jugendpolitik wurde, wie schon in den Jahren zuvor, vom AdB unterstützt. Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle waren bei den Fachforen „Erstmal den Abschluss machen – und dann? Junge Menschen in Ausbildung und beim Berufseinstieg“ in Frankfurt/Main sowie „Von der Jugend aus gedacht: Für ein neues Zusammenspiel von Schule und außerschulischen Lern- und Bildungsorten“ in Nürnberg anwesend. Bei der Zwischenbilanztagung „Auf dem Weg zu einer Allianz für Jugend“ im April moderierte Ina Bielenberg den Workshop „Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft“. Ebenfalls mit der Moderation eines Workshops war die Geschäftsführerin des AdB beim Fachforum „Beteiligung macht Demokratie: Partizipation junger Menschen im politischen und öffentlichen Raum“ im Dezember in Hamburg engagiert.

Berufen vom BMFSFJ arbeitete Ina Bielenberg zudem in der Expertengruppe „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen

und öffentlichen Raum“ mit. Aufgabe der Expertengruppe war es, Herausforderung und Handlungsbedarf zu identifizieren, die sich aus der Themenstellung ergeben, und entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten. Dieses Ziel wurde erreicht, es entstand die Broschüre „Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen“ mit Handlungsempfehlungen für die kommunale, die Landes- und Bundesebene sowie mit konkreten Vorschlägen zur Änderung des SGB VIII, um die Beteiligung junger Menschen auch gesetzlich zu verankern.

Die Evaluation des Programms Politische Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes ging im Berichtsjahr in die zweite Erhebungsstufe. Nach der Befragung der Träger und Auswertung der Sachberichte im Hinblick auf die Erfahrungen mit dem Förderinstrument und dem KJP-Förderverfahren wurde 2013 die so genannte „Resonanzortbefragung“ durchgeführt. Interviewt wurden verschiedenste Kooperationspartner der aus dem Programm geförderten Träger – Vertreter/-innen von Verbänden, Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen, Wissenschaftler/-innen u.a. –, um Aussagen über den Nutzen der KJP-finanzierten Leistungen zu gewinnen. Die Steuerungsgruppe, zu der auch eine AdB-Vertreterin gehört, begleitete den gesamten Prozess, machte Vorschläge für geeignete Interviewpartner/-innen, diskutierte und ergänzte den vom Deutschen Jugendinstitut vorgelegten Zwischenbericht.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

AdB-Vorstand und Geschäftsführung trafen sich am 23. Mai 2013 zu einem Informationsaustausch mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin. Der Umgang mit Rechtsextremismus nach der Aufdeckung der NSU-Morde und dem Abschluss des NSU-Untersuchungsausschusses sowie die Bemühungen der Bundeszentrale und der Träger politischer Bildung standen im Mittelpunkt des Gesprächs.

Im Verlauf des Gesprächs wurden Möglichkeiten für weitere Kooperationen zwischen bpb und AdB ausgelotet. Außerdem wurde vor dem Hintergrund der Umstrukturierung der Förderabteilung in der Bundeszentrale für politische Bildung sowie neuer Förderrichtlinien die Bedeutung der Träger politischer Bildung und ihre Förderung durch die Bundeszentrale diskutiert.

Die im Gespräch mit Thomas Krüger angesprochenen Kooperationsvorhaben wurden in einem zweiten Gespräch des Vorstands mit Ulrich Dovermann, Leiter des Fachbereichs Förderung, am 4. September 2013 in Berlin konkretisiert. Verabredet wurde die Erarbeitung einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Zivilgesellschaft und politische Bildung“, die im Kern der Frage nachgehen soll, welche Auswirkungen die sich verändernde Zivilgesellschaft auf die Inhalte und Themen politischer Bildung, auf die Zielgruppen und Kooperationspartner hat. Darüber hinaus wurde eine Fachtagung zur interkulturellen Öffnung der politischen Bildung in die Planung aufgenommen.

Ein weiterer Besuch der bpb beim AdB fand im Rahmen des Stipendiaten-Programms „Europa gestalten – Politische Bildung in Aktion“ statt. Insgesamt 16 Stipendiatinnen und Stipendiaten informierten sich im Rahmen ihres Einführungsseminars über die Arbeit des AdB und die Struktur der Träger politischer Bildung in Deutschland. Die jungen Fachkräfte aus Südost- und Mitteleuropa haben im Rahmen eines Stipendiums, vergeben von der bpb und der Robert Bosch Stiftung, die Möglichkeit, zwei bis drei Monate an einer deutschen Bildungseinrichtung zu hospitieren, mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, Projekte zu entwickeln und Kontakte für künftige grenzüberschreitende Kooperationen zu knüpfen. Mitgliedseinrichtungen des AdB sind als Gastinstitutionen wesentlich an diesem Programm beteiligt. Ina Bielenberg ist Mitglied der Auswahljury.

Der Runde Tisch, das Austauschgremium von bpb und Trägervertreter/-innen, tagte im Mai und im Oktober. Auf der Tagesordnung standen erneut die Richtlinien, die zu Beginn des Jahres eingeführt worden waren. Die Arbeitsgruppe Richtlinien des bap hatte unter Leitung von Ina Bielenberg Rückmeldungen der Einrichtungen über Probleme sowie Anregungen zum Umgang mit den neuen Richtlinien gesammelt und in einem Gespräch mit dem Fachbereich Förderung der bpb diskutiert. Die Ergebnisse des konstruktiven Austausches wurden beim Runden Tisch präsentiert. Es entstanden ein Katalog mit zentralen Fragen und deren Antworten sowie eine Auflistung der mitteilungsrechtlichen Änderungen als Arbeitshilfe für die Träger, die mit dem Protokoll zum Runden Tisch allen Interessierten zur Verfügung gestellt wurden. Weitere Diskussionspunkte am Runden Tisch waren der Umgang mit Rechtsextremismus in der politischen Bildung, innovative Methoden und Formate zur Gewinnung neuer Zielgruppen, das Selbstverständnis des Runden Tisches, Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Gremiums sowie Informationen über aktuelle Vorhaben der bpb.

Im Oktober 2013 konnte die Geschäftsführerin auf Einladung des Präsidenten der bpb an einer Delegationsreise nach Israel anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der bpb-Studienreisen teilnehmen. In Tel Aviv, Jerusalem und Ramallah traf die Delegiertengruppe auf hochkarätige Gesprächspartner wie den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Andreas Michaelis, den Journalisten und Autor Dr. Gil Yaron, den Historiker Prof. Moshe I. Zimmermann oder den Mitbegründer der NGO „Breaking the Silence“, Noam Chayut. In vielen weiteren interessanten Gesprächen, Vorträgen und Begegnungen mit Künstlerinnen und Künstlern, jungen Vertreterinnen von „young fatah“, Holocaust-Überlebenden, Vertreter/-innen von Militär und Zivilgesellschaft wurde aus unterschiedlichen Perspektiven die komplexe und komplizierte historische, politische und gesellschaftliche Entwicklung Israels beleuchtet. Die hohe Qualität der Studienfahrten der bpb nach Israel sowie die Bedeutung für die Vermittlung eines differenzierten Bildes der israelischen Lebenswirklichkeit an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung wurden beim zentralen Festakt in Tel Aviv von allen Beteiligten hervorgehoben.

3 Querschnittsthemen



Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist seit vielen Jahren als verbandliches Querschnittsthema in der Arbeit des AdB verankert. Dies schlägt sich in vielfältigen Situationen nieder, z.B. bei der Durchführung von Fachtagen, Projekten und Seminaren, bei denen eine paritätische Zusammensetzung des Leitungsteams und der Referierenden angestrebt wird; bei der Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache, aber auch bei der Setzung und Beachtung von Themen und Schwerpunkten für die Arbeit. Die politische Bildung des AdB hat das Ziel, die Geschlechterdemokratie im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe zu befördern und Diskriminierung abzubauen.

Im Jahr 2011 beschloss die Mitgliederversammlung die Einsetzung von Gender-Beauftragten in den Fachkommissionen des AdB. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Die Beauftragten verstehen sich als Ansprechpartner/-innen für alle Gender-Fragen. Sie begleiten die Arbeitstagungen mit einem bewussten Blick auf Gender Mainstreaming. In der Kommission Europäische und internationale Bildung fand in diesem Zusammenhang während einer Sitzung im Jahr 2013 eine Selbstbeobachtung statt. Diese wurde von der Genderbeauftragten Klaudia Schümann (Brücke-Most-Stiftung) angeleitet und gemeinsam mit den Mitgliedern am Ende der Sitzung ausge-

wertet. Eine Selbstbeobachtung sensibilisiert die Beteiligten für das eigene Verhalten und das Verhalten der Anderen, es macht das Redeverhalten der Teilnehmenden deutlich und ermöglicht einen differenzierten Blick auf die Körpersprache. In der hier beschriebenen Sitzung zeigten sich die Kommissionsmitglieder im Großen und Ganzen zufrieden und attestierten sich ein gutes Genderbewusstsein. Dennoch gab es einzelne Aspekte, die von den Frauen und Männern in der Kommission unterschiedlich bewertet wurden, wie z.B. die Körpersprache oder das Redeverhalten.

Für den Vorstand ist Birgit Weidemann und für die Geschäftsstelle Boris Brokmeier die/der jeweilige Gender-Beauftragte. Sie sind Ansprechpartner/-in für die Mitglieder des AdB, vertreten das Anliegen des Gender Mainstreaming aber auch über den Verband hinaus. Zudem wurden eine Expertin und ein Experte als Ansprechpartner/-in für die Mitglieder und besonders für die Genderbeauftragten benannt. Sie können zu Kommissionssitzungen eingeladen werden. Diese Experten-Funktion haben derzeit Claudia Lutze (Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg) und Michael Drogand-Strud (Institut für Gender-Perspektiven) inne.

Interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in seinem Migrationsbericht einen Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland gegeben. Die Ergebnisse dokumentieren erneut, wie sehr Deutschland zum Einwanderungsland geworden ist. Die Details der statistischen Daten verraten, dass vor allem Fachkräfte z.B. aus Spanien, Italien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Türkei, aber auch aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, nach Deutschland einwandern. Eine schnell wachsende Immigrantengruppe stellen zudem die Chinesen dar, die vor allem im Hochschulsektor präsent sind.

Willkommenskultur entwickeln

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung scheint eine Umorientierung des deutschen Migrationsdiskurses angebracht. Neben dem Blick auf die starke türkischstämmige Gemeinschaft müssen neue Einwanderergruppen besser in den Blick genommen werden. Am wichtigsten ist es jedoch, dafür zu werben, Zuwanderung als Bereicherung zu verstehen und entsprechend zu handeln. Der Migrationsbericht spricht in diesem Zusammenhang davon, eine Anerkennungs- und Willkommenskultur zu entwickeln: „Wenn Deutschland langfristig als Lebensstandort für Menschen aus anderen Ländern attraktiv werden und bleiben soll, muss es uns noch stärker gelingen, eine Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren, die signalisiert: Deutschland braucht Vielfalt.“ Die Bundesregierung hat sich dieser Forderung angeschlossen und im Koalitionsvertrag formuliert: „Zur Willkommens- und Anerkennungskultur gehört die interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft. Wir setzen uns dafür in allen Lebensbereichen ein.“

Die politische Bildung als zentrale Akteurin ist gefordert, die angemahnte Anerkennungs- und Willkommenskultur mit zu entwickeln und zu gestalten. Der AdB hat sich schon vor längerem auf den Weg gemacht, den Verband in diese Richtung weiterzuentwickeln. Dabei hat sich der Prozess stark auf die Ebene der Ansprache, Zusammenarbeit und Kooperation mit Migrant*innenorganisationen und entsprechenden Personen bezogen. Diese Zielstrategie, so hat es der Vorstand im Berichtsjahr festgelegt, soll auch weiterhin verfolgt werden, sie soll jedoch zukünftig eingebettet werden in die Diskussion um Vielfalt, Diversität und Inklusion. Interkulturelle Öffnung – im engen und weiten Sinne – ist damit ein wichtiger, aber kein ausreichender Bestandteil von Vielfalt. Perspektivisch wird es daher im Rahmen eines gesamtverbandlichen Prozesses notwendig sein, hierzu für den AdB ein Leitbild bzw. ein Grundverständnis zu entwickeln. Auf der Grundlage der Erkenntnisse eines Workshops mit einem Experten der Heinrich-Böll-Stiftung hat eine vorstandsinterne Arbeitsgruppe ein solches Grundverständnis als Arbeitsgrundlage vorformuliert, das im weiteren Prozess weiterentwickelt und angereichert werden soll:

„Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten repräsentiert Vielfalt und gestaltet diese aktiv auf allen Ebenen des Verbandes und der Mitgliedseinrichtungen. Die aktuellen Begriffe und Debatten um Inklusion, Diversität, interkulturelle Öffnung u.a. sind integraler Bestandteil dieser Vision/dieses Leitbildes. Als Fachverband der Politischen Bildung ist es dem AdB insbesondere wichtig, die Begriffe und die damit verbundenen Strategien politisch zu durchdringen und zu kommunizieren.“

Handlungsebenen für interkulturelle Öffnung

Im Fokus der weiteren Arbeit des AdB steht die Repräsentanz von Vielfalt auf den verschiedensten Ebenen des Verbandes und in den unterschiedlichen Handlungsfeldern, in denen sich Vielfalt repräsentiert und in denen diese aktiv gestaltet werden kann. Die Arbeitsgruppe des Vorstands hat die Handlungsfelder identifiziert, beschrieben und mit einer konkreten Handlungsplanung versehen. Die Handlungsfelder des AdB sind

- das Programm (Themen, Schwerpunktsetzungen, Veranstaltungen etc.);
- das Publikum (Fachöffentlichkeit, Teilnehmende an Veranstaltungen, Leser/-innen etc.);
- das Personal (Mitarbeiter/-innen, Ehrenamtliche, Jugendbildungsreferentinnen und -referenten etc.);
- die Partner (Kooperationspartner, Wissenschaftler/-innen, Fördergeber etc.);
- die Kommunikation (Darstellung nach innen und außen, Transport von Themen etc.);
- die Mitgliederstruktur (Gewinnung neuer Mitglieder, Qualifizierungsangebote etc.).

In einer Matrix sind die Aspekte des jeweiligen Handlungsfeldes (was umfasst es), die Handlungsplanung im Bereich des Verbandes und im Bereich der Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen sowie die Identifikation erster Schritte aufgelistet. Für 2014 ist geplant, die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung“ neu einzuberufen und mit dem Arbeitsauftrag zu betreiben, Handlungsempfehlungen für Mitgliedseinrichtungen zu entwickeln und diese in Form einer Arbeitshilfe zu dokumentieren. In Planung ist darüber hinaus eine Fachtagung zur Thematik. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Interesse angemeldet, eine solche Tagung in Kooperation mit dem AdB durchzuführen.

4 Verbandsentwicklungen



Vorstand

Der Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten tagte unter dem neuen Vorsitzenden Ulrich Ballhausen (Weimar-Jena-Akademie, Verein für Bildung). Zum Vorstand gehörten weiterhin Ulrike Steimann (Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter/Köln), stellv. Vorsitzende, Udo Dittmann (Akademie Biggensee), Bettina Heinrich (Stiftung wannseeFORUM, Berlin), Martin Kaiser (Gustav-Stresemann-Institut, Bad Bevensen), Petra Tabakovic (Internationaler Bund, Frankfurt am Main) und Birgit Weidemann (HochDrei, Bildung und Begegnen in Brandenburg, Potsdam).

Neubesetzung der Öffentlichkeitsarbeit

Auf seiner ersten Sitzung im Februar verständigte sich das Gremium über anstehende Arbeitsschwerpunkte und Aufgabenverteilungen. Zentrales Anliegen waren dabei die Ausschreibung und Neubesetzung der Stelle für Kommunikation und Medien im AdB aufgrund des Ruhestandes der langjährigen Stelleninhaberin Ingeborg Pistoht. Nach intensiven Diskussionen über die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit im Verband und sorgfältiger Formulierung der Ausschreibung mussten bis zum Frühjahr über zweihundert Bewerbungen gesichtet werden. Insgesamt neun Bewerberinnen und Bewerber stellten sich anschließend in einem Gespräch dem Vorstand vor. Drei Bewerber/-innen wurden zu einem zweiten Gespräch gebeten. Schließlich entschied der Vor-

stand, Dr. Friedrun Erben als neue Referentin für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit einzustellen. Frau Dr. Erben nahm ihre Arbeit in der Geschäftsstelle am 1. September 2013 auf.

Ingeborg Pistoht wurde auf der Mitgliederversammlung im November offiziell verabschiedet. Der Vorsitzende dankte ihr im Namen des gesamten Verbandes für ihre langjährige hervorragende Tätigkeit.



Ingeborg Pistoht zusammen mit dem Mit-Herausgeber der AB Dr. Paul Ciupke bei ihrer Verabschiedung

Gespräche mit der bpb

Die Vorstandssitzungen im Mai und im September konnten für Gespräche mit der Bundeszentrale für politische Bildung genutzt werden. Auf der Frühjahrssitzung war der Präsident der bpb anwesend. Der Vorstand informierte über Vorhaben des AdB, Thomas Krüger berichtete aus der Arbeit der Bundeszentrale. Weiterhin standen die Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die Erreichbarkeit bildungsferner Zielgruppen sowie die neuen Richtlinien auf der Tagesordnung. Der AdB-Vorstand regte zudem die bessere Nutzung der Evaluation der Träger durch die bpb an. Krüger bot an zu prüfen, ob die Berichte aufbereitet werden und Eingang in die Zweijahresberichte der bpb finden könnten. Aufgeschlossen zeigte sich der Präsident zudem für die Idee, gemeinsame Fachveranstaltungen zum Thema „Politische Bildung und Zivilgesellschaft“ sowie „Politische Bildung und Interkulturelle Öffnung“ durchzuführen. Diese Vorhaben wurden im Gespräch mit dem Leiter des Fachbereichs Förderung, Ulrich Dovermann, auf der Vorstandssitzung im September weiter diskutiert und ausgelotet.

Förderfragen

Einen intensiven Austausch führte der Vorstand auch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Aufgrund der Ankündigung des BMFSFJ, den bisher bestehenden Fördervertrag nicht mehr verlängern zu wollen, waren Abstimmungen zur zukünftigen Förderung des AdB notwendig. Die Abteilungsleiterin im BMFSFJ bestätigte dem Vorstand die Bedeutung des AdB als bundeszentrale Infrastruktur und sicherte die auf Dauer angelegte Förderung zu. Der Vorstand bedauerte dennoch die Entscheidung des Hauses, ein sehr erfolgreiches Instrument der Förderung nicht mehr weiter zu nutzen. Die Förderung auf der Grundlage des Fördervertrags hat aufgrund seiner Planungssicherheit für den AdB, der Flexibilität und des geringen Verwaltungsaufwands mit dazu beigetragen, dass der Verband über Jahre eine gute und erfolgreiche Arbeit machen konnte.

Einen intensiven Austausch führte der Vorstand auch zum Thema „KJP-Bauprogramm“. Nachdem die Anträge mehrerer Mitglieder abgelehnt worden waren, wandte sich der Vorsitzende in einem Schreiben an den Staatssekretär und erläuterte die Bedenken des AdB hinsichtlich der Förderkriterien. Statt der Notwendigkeit, Teilnehmende aus mindestens fünf Bundesländern zu erreichen, schlug der Vorstand vor, anhand der Konzeption des Antragstellers, der Zielsetzung und deren Umsetzung die bundesweite Bedeutung des Vorhabens sichtbar zu machen. In einem Gespräch im BMFSFJ mit dem zuständigen Referatsleiter wurde diese Idee weiter diskutiert und es wurde vereinbart, dass der AdB einen schriftlichen Vorschlag für mögliche zukünftige Kriterien ausarbeitet.

Entwicklung einer Verbandsposition

Inhaltlich beschäftigte sich der Vorstand weiterhin mit dem Thema des Kompetenzerwerbs in der außerschulischen politischen Bildung sowie mit Fragen nach dem Nachweis dieser Kompetenzen

und deren Beschreibung. Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) wurde im Bundesausschuss Politische Bildung bereits diskutiert, ob und wenn ja, wie sich non-formal und informell erworbene Kompetenzen in diesem System abbilden lassen. Um zu einer Verbandsposition für den AdB zu gelangen, hat der Vorstand drei Fragen an alle Fachkommissionen gerichtet mit der Bitte um Beantwortung, um ein Meinungsbild einzuholen. Gefragt wurde:

1. Welche Argumente lassen sich aus Sicht der Kommission benennen, die aus der Perspektive der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung für bzw. gegen eine Beschreibung/Dokumentation von Lern- und Bildungsprozessen sprechen?
2. Gibt es Angebotsformen, Zielgruppen, Themenfelder, bei denen eine Beschreibung/Dokumentation von Lern- und Bildungsprozessen angebracht bzw. definitiv auszuschließen wäre?
3. Welche Erwartungen hätten Sie an eine fixierte und veröffentlichte Verbandsposition?

Die Geschäftsstelle hat alle Antworten in einer Matrix zusammengetragen. Auch wenn das Bild nicht einheitlich war, waren doch alle Kommissionen grundsätzlich davon überzeugt, dass in der politischen Bildung spezifische Kompetenzen erworben werden können und dass es sinnvoll sein kann, bei ausgewählten Angeboten diese Kompetenzen auch zu dokumentieren. Einheitlich ablehnend standen alle Befragten einer Messung oder gar Benotung von Lernleistungen gegenüber. Eine verbandliche Positionierung zum Thema Kompetenzen hielten ebenfalls alle für sinnvoll. Für den Vorstand erwuchs daraus die Aufgabe, einen Vorschlag für einen AdB-Standpunkt in dieser Frage zu entwickeln.

Ein Thema, das den Vorstand bereits über Jahre beschäftigte und ebenfalls mit der Sichtbarkeit politischer Bildung zu tun hat, ist die Teilnahme des AdB an der Weiterbildungsstatistik im Verbund des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE). Leider war es auch nach Veränderungen des Fragebogens nicht gelungen, die abgefragten Daten so zu ändern, dass sie passgenau dem Angebot der Mitgliedereinrichtungen entsprachen. Die damit einhergehende geringe Beteiligung führte im Ergebnis dazu, dass das Anliegen, die politische Bildung im AdB im Rahmen der Weiterbildung sichtbar zu machen, nicht gelang. Nach langer Diskussion hat sich der AdB-Vorstand daher entschieden, der Mitgliederversammlung den Ausstieg aus dem Verbund vorzuschlagen. Auf der Mitgliederversammlung im November in Bad Segeberg haben die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter diesem Vorschlag zugestimmt.

Der Vorstand traf sich zu insgesamt vier Vorstandssitzungen, zwei davon zweitägig. Weitere Punkte auf den Tagesordnungen waren – neben den oben ausgeführten – die Arbeit der Kommissionen, die Steuerung des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ sowie der internationalen Zentralstellenarbeit, die Haushalts- und Jahresplanung für 2014, die Vorbereitung von Jahrestagung und Mitgliederversammlung.



Der neu gewählte AdB-Vorstand (von links nach rechts) 1. Reihe: Ulrich Ballhausen (Vorsitzender), Udo Dittmann, Petra Tabakovic; 2. Reihe: Ulrike Steimann (stellvertretende Vorsitzende), Bettina Heinrich; 3. Reihe: Martin Kaiser, Albert Fußmann. Auf dem Foto fehlt Birgit Weidemann.

Vorstandswahl

Auf der Mitgliederversammlung im November 2013 standen erneut Vorstandswahlen auf dem Programm. Die amtierenden Vorstandsmitglieder wurden von der Mitgliederversammlung in ihren Ämtern bestätigt. Als neues Mitglied stand Albert Fußmann,

Direktor des Instituts für Jugendarbeit in Gauting, zur Wahl. Er stellte der Versammlung sich und seine Arbeit vor und wurde ebenfalls mit großer Mehrheit gewählt. Albert Fußmann komplettiert nun das Gremium und beendet die Vakanz im Vorstand, die durch den Rücktritt von Peter Ogrzall entstanden war. Der Vorstand freut sich auf die Zusammenarbeit.

Mitgliederentwicklung

Der AdB ist ein Fachverband der politischen Bildung, dem bundesweit Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, internationale Begegnungsstätten, Europahäuser und Akademien angehören. Trotz der Heterogenität ihrer weltanschaulichen, konzeptionellen und pädagogischen Ausrichtungen arbeiten sie im AdB in Gremien, Modellprojekten, auf Fachtagungen und in Fortbildungen vertrauensvoll zusammen und sorgen für die fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung in Deutschland und darüber hinaus.

Jubiläen

Auch im Berichtsjahr konnten wieder einige Mitgliedseinrichtungen einen runden Geburtstag feiern. Die Einrichtungen im Westen der Republik können dabei oft auf eine 50- oder gar 60-jährige Tradition zurückblicken. Im Osten des Landes gab es Neugründungen nach dem Fall der Mauer, die mittlerweile auf zwanzig erfolgreiche Jahre verweisen können. Jedes Jubiläum ist ein Anlass zur Freude, zeigt es doch, dass Bildungsstätten nach wie vor Orte sind, die für das Leben und Lernen unter einem Dach aufgesucht werden, dass die Einrichtungen mit Erfolg Teilnehmerinnen und

Teilnehmer für ihre Angebote interessieren und deren Fragen und Themenwünsche aufgreifen. Der AdB konnte 2013 folgenden Einrichtungen gratulieren:

- **Internationales Forum Burg Liebenzell**
Die Akademie für politische Bildung und internationale Jugendbegegnung im Schwarzwald wurde 60 Jahre.
- **Burg Fürsteneck**
Die Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung in Eiterfeld in Hessen feierte ebenfalls 60. Geburtstag.
- **Europäische Akademie Berlin**
„Hier findet Europa statt!“ Ist das Motto des Hauses, das auf eine 50-jährige Geschichte zurückblicken kann.
- **Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der außerschulischen Bildung IKAB**
Das Institut mit Sitz in Bonn, das durch Interkulturelle Politische Bildung zum Gelingen einer Europäischen Bürgergesellschaft beiträgt, wurde 35.

- **Historisch-Ökologische Bildungsstätte**

Die HÖB in Papenburg steht für die gelungene Verbindung von historischer, politischer und ökologischer Bildung und wurde 25 Jahre alt.

- **Jugendbildungszentrum Blossin**

Die Bildungsstätte in Brandenburg mit den Schwerpunkten soziale, sportliche, gesundheitliche, interkulturelle und politische Bildung konnte ihren 20sten Geburtstag feiern.

- **Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern**

Die Weiterbildungseinrichtung für politische und allgemeine Bildung im Herzen Schwerins wurde 20 Jahre.

■ Beständigkeit und Wandel

Die Mitgliederzahlen im AdB haben sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Immer wieder konnten neue Einrichtungen für die Mitarbeit im „Netzwerk AdB“ gewonnen werden, haben sich neue Einrichtungen dafür interessiert, in den Gremien und Arbeitsgruppen des Verbandes mitzuwirken, von dem Knowhow und dem Austausch zu profitieren und gleichzeitig die eigene Expertise und Erfahrung einzubringen. Leider sind auch immer wieder Einrichtungen ausgeschieden, die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich. Oft standen finanzielle Gründe im Vordergrund, steigende Kosten bei gleichzeitig fehlender finanzieller Unterstützung

führten in einigen Fällen dazu, Einrichtungen zu schließen. Dies betraf im Berichtsjahr die Einrichtung Sambachshof in Bad Königshofen, die zum 1. November geschlossen wurde.

Auch Veränderungen des inhaltlichen Profils können dazu führen, dass Häuser in einem Fachverband der politischen Bildung nicht mehr richtig aufgehoben sind und sich anderweitig orientieren. Das Haus Steinstraße e.V. in Leipzig kündigte aus diesem Grund seine Mitgliedschaft im AdB zum Jahresende.

Eine neuere Entwicklung zeigt zudem, dass auch in Bildungseinrichtungen der Generationenwechsel gestaltet werden muss. Für einige Einrichtungen erweist es sich als schwierig, geeignete Personen zu finden, die bereit sind, die Arbeit fortzusetzen. Dies hängt sicher auch an den oft schwierigen Rahmenbedingungen wie fehlende Fördermittel, geringe Planungssicherheit, aufwändige Antragstellungen, steigender Verwaltungsaufwand u.Ä., die die Motivation zur Übernahme dieser Aufgaben hemmen. Aus diesem Grund musste auch das Seminar-Forum in Berlin schließen. Blandine Lutz teilte dem AdB mit, dass sich keine Nachfolge gefunden hat, um das Seminar-Forum aufrechtzuerhalten.

Eine weitere Veränderung betrifft die Jakob-Kaiser-Stiftung in Königswinter. Sie wird ihre Bildungsarbeit fortsetzen, hat sich aber von der Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus getrennt. Das Haus wird verkauft werden.

5 Politische Bildung für eine starke Demokratie

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat im Berichtsjahr zur fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung beigetragen. Tagungen und Fortbildungsangebote, Modellprojekte, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, europäische und internationale Bildungsmaßnahmen dienten dazu, Fachkräfte zu qualifizieren, neue Themen aufzugreifen, fachliche Impulse zu setzen, tragfähige Strukturen zu schaffen, Innovationen anzuregen, dem fachlichen, kollegialen Austausch Raum zu geben sowie nicht zuletzt die gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Hinter all diesen Aktivitäten steht die Überzeugung des AdB, dass politische Bildung wirkt, dass sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Seminaren und Projekten Bildungserlebnisse ermöglicht, die ihnen neue Erfahrungen und neue Kenntnisse eröffnen, die sie in Kontakt mit anderen Menschen und neuen Themen bringen, die sie in ihrem demokratischen Bewusstsein stärken und sie ermutigen, sich aktiv in Politik und Gesellschaft einzubringen.

Der AdB sieht sich in dieser Überzeugung gestärkt, denn eine neue, im Jahr 2013 erschienene qualitative Studie belegt erneut eindrucksvoll, dass politische Bildung im oben beschriebenen Sinne wirkt.

Politische Bildung wirkt

Jeder Träger ist interessiert daran zu wissen, was Jugendliche und Erwachsene aus einem Seminar der politischen Bildung mitnehmen. Haben die Teilnehmer/-innen Neues gelernt, einen entscheidenden Impuls für ihr Leben erhalten? In der Wirkungsstudie „Biographische Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung“ hat ein Team um Prof. Dr. Achim Schröder an der Hochschule Darmstadt zwei Jahre lang untersucht, wie Jugendliche und junge Erwachsene von außerschulischer politischer Jugendbildung auf nachhaltige Weise erreicht werden. Hierzu wurden ehemalige Teilnehmende, auch von AdB-Veranstaltungen, in biographisch-narrativen Interviews und Gruppendiskussionen danach befragt, welche Impulse die Veranstaltungen bei ihnen ausgelöst haben, sich für das Politische zu interessieren und das Gelernte und Erfahrende im weiteren Verlauf ihrer Biographie aufzugreifen und fortzuführen.

Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Juni 2013 in Berlin im Rahmen einer Fachtagung präsentiert. Das Forschungsteam (Achim Schröder, Nadine Balzter, Yan Ristau) stellte vielfältige biographisch nachhaltige Wirkungen politischer Jugendbildung fest, die sie in vier Kategorien zusammenfassten:

- Politisches Engagement;
- Berufliche Orientierung;
- Politisch aufgeklärte Haltung;
- Erwerb politisch aktivierbarer Grundfähigkeiten.

Darüber hinaus konnten interessante übergreifende Aspekte politischer Bildung ausgemacht werden, die für die Profession und die Weiterentwicklung der Bildungsarbeit von großem Interesse sind. So wurden aufschlussreiche Aussagen getroffen, z.B. zum prägenden Einfluss der familiären Sozialisation auf die sozialen und politischen Einstellungen und Haltungen der Jugendlichen. Außerdem wurde die zentrale Bedeutung des pädagogischen Personals unterstrichen. Gewinnbringend war zudem die systematische Betrachtungsweise der unterschiedlichen Bildungsorte, die die Notwendigkeit von „nahen“ und „fernen“ Bildungsorten hervorhebt. Zu den „fernen“ Bildungsorten gehören auch Bildungsstätten, denen attestiert wurde, durch ihre Distanz zum Alltag einen Zugang zu neuen Inhalten und Themen, eine Erweiterung bisheriger Haltungen und ein Abbau von Vorurteilen zu ermöglichen.

Der AdB und insbesondere die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten im AdB haben das Wissenschaftlerteam aktiv bei der Studie unterstützt. Auf diese Weise konnte der Verband nicht nur dazu beitragen, belastbare Ergebnisse für die Wirksamkeit politischer Bildung zu erhalten, sondern auch, den Wissenschaft-Praxis-Dialog voranzubringen. Die Aufgabe des AdB wird es nun sein, mit den Ergebnissen weiterzuarbeiten und sie offensiv zu kommunizieren, um die Qualitäten politischer Bildung sichtbar zu machen und eine Verhaltensänderung im politischen Raum zu erwirken – hin zu mehr Anerkennung und Unterstützung der Leistung außerschulischer politischer Bildung.

Notwendigkeit politischer Bildung

Wie wichtig gerade dieser letzte Punkt, die Kommunikation der Ergebnisse und die Unterstützung der politischen Bildung, ist, hat auch der Bundestag eingeräumt, der in einer Sondersitzung den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses einstimmig angenommen und damit auch den weitgehenden Forderungen der Autorinnen und Autoren des Berichts zugestimmt hat, eine kontinuierliche Unterstützung der Demokratieförderung zu leisten.

Der Bericht des am 26. Januar 2012 eingesetzten Gremiums ist das Ergebnis eines intensiven demokratischen Prozesses von Vertreterinnen und Vertretern aller im Parlament vertretenen Parteien, das der Aufklärung diene und die Herausforderungen für die Demokratie sichtbar mache. Insbesondere die im Bericht formulierte Anerkennung der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus als staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist für den AdB von zentraler Bedeutung. Bildungsstätten und Bildungsträger leisten eine wertvolle Arbeit gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, für die sie Verlässlichkeit und Planungssicherheit brauchen.

Qualität für politische Bildung

Die förderlichen Rahmenbedingungen garantieren auch die Qualität der politischen Bildung, die notwendig ist, um Wirkung im oben beschriebenen Sinne zu entfalten. Der AdB hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch unterschiedliche Aktivitäten zur Qualifizierung und damit zur Qualitätssicherung der politischen Bildung beizutragen. Mit fünf Fortbildungsangeboten hat sich der Verband an die unterschiedlichen Berufsgruppen in den Einrichtungen gewandt, um mit zielgruppengenaue Veranstaltungen dem ganzheitlichen Bildungsanspruch gerecht zu werden. Alle Fortbildungstagungen waren gut und sehr gut besucht, das Feedback der Teilnehmer/innen durchweg positiv, so dass der Schluss gezogen werden kann, mit dem Angebot die Interessen der Mitgliedseinrichtungen und darüber hinaus getroffen zu haben.

Ganz besonders großes Interesse weckte die Veranstaltung „Es rumpelt in der Kiste ... Politische Bildung in der neuen Generation der EU-Programme 2014-2020“. Ziel der Veranstaltung war es, die spezifischen Interessen der politischen Bildung in den neuen EU-Programmen sichtbar zu machen und Nutzungsstrategien dafür zu entwickeln. Die Anmeldezahlen waren so hoch, dass leider nicht alle Interessentinnen und Interessenten berücksichtigt werden konnten, so dass der AdB über eine Wiederholung des Angebotes nachdenkt.

Parallel zur Absicht, ein zweites Seminar anzubieten, entstand die Idee, auch über neue Formen von Fortbildungsangeboten nachzudenken, um möglichst viele Mitarbeiter/-innen in den Einrichtungen zu erreichen. Bei der klassischen Seminarform hat sich immer wieder der hohe Bedarf an Beratung im Hinblick auf Einzelvorhaben und Projekte der Mitgliedseinrichtungen gezeigt, der im Rahmen der Veranstaltung mit rund 25 Teilnehmenden nicht

befriedigt werden kann. Daher plant der AdB zum einen, eine Beratungswoche anzubieten, in der in Einzelgesprächen – persönlich oder telefonisch – nach vorheriger Terminabsprache konkrete Vorhaben ausführlich besprochen, geplant und unterstützt werden können. Zum anderen sind so genannte „Webinare“ in Planung, Seminare, die online durchgeführt werden und die eine dezentrale Zuschaltung der Mitglieder ermöglichen.

Zur Qualifizierung der politischen Bildung hat erneut auch das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ beigetragen. Auf der Grundlage ihres zu Beginn der Programmlaufzeit eingereichten Konzepts erprobten die Jugendbildungsreferentinnen und -referenten



in den Maßnahmen vor Ort Themen, Inhalte, Methoden und Formate. Im Zusammenwirken mit dem Bundestutor in der AdB-Geschäftsstelle gewährleisteten diese damit ein bundesweites, vielfältiges Angebot an Aktivitäten politischer Jugendbildung für junge Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und trugen damit dazu bei, die auf das Bundesgebiet als Ganzes bezogenen Aufgaben des AdB zu realisieren. Zu diesen bundeszentralen Aufgaben gehören auch die Erarbeitung und Zusammenstellung von Arbeitsmaterialien, der Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen in die Strukturen politischer Bildung und die Anregung von Fachdiskussionen zur Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes. In diesem Zusammenhang ist das Papier über Gelingensbedingungen für politische Bildung zu verstehen, das die Mitwirkenden im Programm erstellt haben. Hier haben sie einerseits ihre Erfahrungen und andererseits ihre Forderungen formuliert, die ihrer Einschätzung nach eine gelingende politische Bildung ausmachen.

Das Papier der Jugendbildungsreferentinnen und -referenten bietet eine gute Grundlage, um eine Diskussion im Gesamtverband über die Frage zu führen, welche Bedingungen eigentlich notwendig sind, damit politische Bildung gelingt. Der AdB wird die Anregung

aus dem Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ nutzen, um die Ausführungen in den verschiedenen Gremien des Verbandes zu diskutieren. Perspektivisch kann die Vorlage genutzt werden, um grundsätzlich Qualitätskriterien des AdB für die politische Bildungsarbeit zu entwickeln und transparent zu machen.

■ Innovationen für politische Bildung

Ein Bestandteil von Qualität ist es, eine gute Mischung aus Bewährtem und Innovativem zu erreichen. Die kontinuierliche Weiterarbeit an erfolgreichen Themen, Inhalten und Formaten ist ebenso wichtig wie die Erprobung neuer Ideen. Hier hat es sich für den AdB bewährt, dass das BMFSFJ einen Innovationsfonds aufgelegt hat, der es ermöglicht, mit zusätzlichen Finanzmitteln neue Wege zu beschreiten und abseits der Regalarbeit Neues zu erproben.

Im Modellprojekt „Blended Learning Democracy“ wurde die verbesserte Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen mit neuen Medien verknüpft und im Rahmen von online-Lernphasen erprobt. Im Modellprojekt „KIK – Kompetenzen, Interessen, Kooperationen“ ging es um die Gestaltung von Übergängen durch politische Bildung. Beide Projekte konnten erfolgreich abgeschlossen werden; u.a. ist eine Arbeitshilfe für pädagogischer Mitarbeiter/-innen erschienen. Unter dem Titel „Stadt – Land – Web. Jugendliche gestalten Partizipation vor Ort im Netz“ werden Projektideen sowie Methoden und Tools zum Einsatz sozialer Medien in der politischen Bildung vorgestellt.

Ein weiteres gelungenes Beispiel für nachhaltige Innovationen im AdB, die sich in diesem Fall mit der Aufgabe verknüpften, zum Aufbau demokratischer Strukturen beizutragen, ist das Projekt „Know How? Deutsch – tunesischer Dialog zu Demokratie, Menschenrechten und Zivilgesellschaft in der außerschulischen Jugendbildung“. Von einem ersten „Study Visit“ in Tunesien in 2011 zur Sondierung der Situation über die gemeinsame Ausschreibung des Programms 2012 in Deutschland und Tunesien bis hin zum ersten Forum in Tunesien und einem zweiten in Berlin sind bis heute fünf konkrete Folgeprojekte entstanden, wesentlich in Verantwortung von AdB-Mitgliedseinrichtungen. Die Aufgabe des AdB wird es sein, die hier entstandenen Netzwerkbeziehungen zu einer stabilen Struktur weiterzuentwickeln und Folgeanträge zu unterstützen. „Know How? Deutsch – tunesischer Dialog zu Demokratie, Menschenrechten und Zivilgesellschaft in der außerschulischen Jugendbildung“ ist ein Beleg für die erfolgreiche internationale Arbeit des AdB, die

- Mitgliedseinrichtungen den Anstoß gibt für neue Maßnahmen mit neuen Partnern;
- Trägern neue Fördermittel erschließt;
- den Horizont der eigenen politischen Bildungsarbeit erweitert und eine neue Perspektive hinzufügt;
- Partnerschaftlichkeit und Austausch auf Augenhöhe fördert;
- ein Verständnis für demokratische Prozesse eröffnet.

■ Sichtbarkeit politischer Bildung

Wie bereits erwähnt, wird es zukünftig noch mehr als bisher von entscheidender Bedeutung sein, die beschriebenen Erfolge der Arbeit des AdB und der Bedeutung politischer Bildung erkennbar zu machen. Der AdB hat sich die bessere Sichtbarkeit der politischen Bildung und ihrer Leistungen vorgenommen und wird seine Öffentlichkeitsarbeit dafür nutzen und weiterentwickeln. Die Homepage wird weiter ausgebaut werden zu einem zentralen Kommunikationsort. Orientiert an den Themen der politischen Bildung soll sie allen Interessenten die notwendigen Informationen, Dokumente, Hinweise und Verweise bieten, soll aber auch interaktiv zu Kommentierung und Diskussion einladen.

Die Zeitschrift „Außerschulischen Bildung“ wird überarbeitet, ebenso wie das Marketingkonzept für die Zeitschrift. Dafür ist eine Befragung der Leser/-innen geplant, die Auskunft über den Bedarf, die Interessen und Erwartungen liefern soll. Neue Kategorien, eine modernere Gestaltung und die Verknüpfung mit den anderen Medien des AdB wird die Lesefreundlichkeit erhöhen und den fachlichen Anspruch der Zeitschrift als zentrales Medium für die Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung und den Austausch zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik, unterstreichen. Eine eigens einberufene Arbeitsgruppe wird den Prozess begleiten.

Auch die Entwicklung einer eigenen Verbandsstatistik steht unter der Überschrift von Sichtbarkeit und Transparenz. Nach dem Beschluss der Mitgliederversammlung, die Mitarbeit in der Weiterbildungsstatistik im Verbund aufzukündigen, da diese Statistik die politische Bildung im AdB nicht adäquat widerspiegeln konnte, wird sich neben dem Vorstand die Fachkommission Verwaltung und Finanzen mit diesem Anliegen beschäftigen. Ziel ist es, Daten zu ermitteln, die die Leistungen der AdB-Mitgliedseinrichtungen im Hinblick auf Teilnehmende, Veranstaltungen und Themen sichtbar machen.

„Demokratie ist schön, macht aber viel Arbeit“, so könnte das abgewandelte Zitat von Karl Valentin lauten, um das auf Dauer angelegte Bemühen der politischen Bildung um den Erhalt und den Ausbau der Demokratie deutlich zu machen. Die verbesserte Sichtbarkeit der politischen Bildung wird dann zeigen, dass diese Arbeit auch Spaß macht.

Positionen

Eigenständige Jugendpolitik muss Interessenpolitik für Jugendliche sein

Positionen des AdB zu den Grundsätzen und Zielen einer Eigenständigen Jugendpolitik der Bundesregierung

Die Bundesregierung entwickelte im Rahmen der Umsetzung des Koalitionsvertrages das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik, die ressortübergreifend wirken soll und isolierte Betrachtungen einzelner Teilaspekte jugendlicher Lebenszusammenhänge vermeiden will. Die Eigenständige Jugendpolitik soll „die typischen Herausforderungen und Ambivalenzen des Jugendalters und ihre institutionellen Entsprechungen thematisieren“, so das Grundsatzpapier zur Eigenständigen Jugendpolitik.

- 1. Der AdB begrüßt und unterstützt den Prozess der Eigenständigen Jugendpolitik,** um die Interessen junger Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und Generationengerechtigkeit, für bessere Bildungschancen für alle und gute Bedingungen zum Einstieg in das Erwerbsleben besser in politisches Handeln zu transformieren. Die Lebensphase Jugendlicher muss als Ganzes in den Blick des politischen Handelns genommen werden, um junge Menschen nicht zwischen die Mühlsteine unterschiedlicher Ressorts geraten zu lassen. Eigenständige Jugendpolitik muss daher mehr als nur Querschnittspolitik sein. Sie muss aus der Perspektive junger Menschen und in ihrem Interesse politische Ziele formulieren und umsetzen. Eine bloße „Unterstützung Jugendlicher bei ihrer Suche nach Orientierung“ (vgl. Grundsatzpapier) greift zu kurz. Die politischen Akteure zur Umsetzung der Eigenständigen Jugendpolitik müssen benannt und ihre Rolle definiert sein.
- 2. Eigenständige Jugendpolitik braucht Gestaltungshoheit.** Eine „eigenständige“ Jugendpolitik muss den Anspruch erheben, nicht als Anhängsel anderer Politikfelder zu fungieren oder fremdbestimmt zu sein. Eine nicht-eigenständige Jugendpolitik als Gegenbild wäre z.B. eine Arbeitsmarkt- oder Schulpolitikpolitik, die sich aufgrund ihres normativen Charakters indirekt auf die Lebenslagen Jugendlicher auswirken würde. Die Eigenständigkeit eines Politikfeldes ist gegeben, wenn die für dieses Politikfeld zuständigen Akteure eine Gestaltungs- und Steuerungshoheit besitzen und nicht von anderen Akteuren oder Politikfeldern abhängig sind. Im Falle einer kohärenten eigenständigen Jugendpolitik müssen Akteure und Gestalter bestimmt sein, die „eigenständig“ auf der exekutiven Ebene operieren. Da Jugendpolitik vornehmlich im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist, aber nicht das

gesamte Feld von Jugendpolitik abdeckt, muss die Frage der Steuerung eindeutig beantwortet werden, um eine umfassende Gestaltungshoheit zu erzielen. Eine eigenständige Jugendpolitik zeichnet sich folglich durch eine ressortübergreifende Zielsetzungs- und Handlungsstrategie aus, die strukturell auf der exekutiven und legislativen Ebene organisiert werden muss.

- 3. Die politische Jugendbildung benötigt eine engagierte Jugendpolitik,** die nicht an die Interessen Dritter geknüpft ist, sondern ausschließlich auf die Verbesserung der Chancen junger Menschen ausgerichtet ist. Der eigenständige Charakter jugendpolitischer Initiativen wird aus Sicht der politischen Jugendbildung dann deutlich, wenn die Verbesserung der Beteiligungschancen Jugendlicher aus deren Perspektive heraus angestrebt wird und echte demokratische Partizipationsmöglichkeiten bietet. Der AdB unterstützt eine Jugendpolitik, die jungen Menschen insbesondere auf kommunaler Ebene ein tatsächliches Mitentscheidungsrecht in allen Belangen und Entscheidungen, die Jugendliche betreffen zusichert. Das betrifft vor allem Gremien, wie z.B. Jugendhilfeausschüsse und Jugendausschüsse in Gemeinden. Die Sitzungskultur dieser Ausschüsse muss sich darüber hinaus stärker an die Kultur junger Menschen anpassen. Der AdB fordert dazu auf, mit der Eigenständigen Jugendpolitik der Verpflichtung aus Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention nachzukommen und Kinder in allen sie betreffenden Angelegenheiten umfassend einzubinden. Der AdB unterstützt darüber hinaus einen öffentlichen Diskurs über die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre, weil er in der Ausübung des aktiven Wahlrechts die stärkste und verfassungsgemäß am besten abgesicherte Form der Partizipation in der Demokratie sieht.
- 4. Eigenständige Jugendpolitik betrifft alle Ebenen der Politik.** Der Ansatz, eine Jugendpolitik zu entwickeln, die nicht defizitorientiert ist, sondern die die Interessen aller jungen Menschen vertritt, wird ausdrücklich unterstützt. Darüber hinaus muss eine eigenständige Jugendpolitik auch die Wahrnehmung und Durchsetzung von Interessen zum Ziel haben, um glaubwürdig zu sein. Das „aktive Einbringen der Interessen Jugendlicher in den Dialog der Generationen“ reicht nicht aus. Die drei aktuell ausgewählten Themenbereiche, die als wichtige jugendpolitische Anwendungsfelder zur Etablierung einer Eigenständigen Jugendpolitik bearbeitet werden sollen, sind:

- Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte,
- Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum,
- Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt.

Sie korrespondieren mit der Themensetzung der im Jahr 2011 beschlossenen EU-Jugendstrategie und greifen zentrale Bereiche des Aufwachsens junger Menschen auf, die bisher nicht alle als originäre Felder der Jugendpolitik betrachtet wurden. Aus dem Blickwinkel der politischen Bildung sollten zukünftig weitere Themenschwerpunkte bearbeitet werden, um der Vielfalt des jugendpolitischen Handlungsrahmens gerecht zu werden. Die Eigenständige Jugendpolitik darf aber nicht als nationale Umsetzungsstrategie der EU-Jugendstrategie instrumentalisiert werden, da diese eine „Verwertbarkeit“ von Jugendarbeit für die Arbeitswelt darstellt und folglich auch nicht eigenständig sein kann. Die Einbeziehung von Schulpolitik durch die Betrachtung des Lernortes Schule macht Kooperationen mit allen Bundesländern als Hoheitsträger der Kultuspolitik erforderlich. Die Verbesserung der Beteiligungschancen, die primär im direkten Lebensumfeld Jugendlicher auszumachen sind, bedarf der Einbeziehung der Kommunen bzw. der kommunalen Spitzenverbände. Wenn es um bessere Bedingungen für die Gestaltung des Übergangs junger Menschen in die Arbeitswelt geht, müssen arbeitsmarktpolitische Bedingungen verändert werden, die nur mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren erreicht werden können.

5. Projektinnovationen müssen in die Eigenständige Jugendpolitik einfließen. Die Vielzahl der im Rahmen des Innovationsfonds geförderten Projekte mit maximal zweijähriger Laufzeit entwickeln u.a. Konzepte der politischen Jugendbildung jenseits der Vorgaben des Kinder- und Jugendplans

weiter und sorgen so für innovative Ideen in diesem Arbeitsfeld, deren Ergebnisse und Erkenntnisse in den jugendpolitischen Prozess eingespeist werden müssen. Die Gewinnung neuer Kooperationspartner außerhalb der Jugendarbeit als zentrale Bedingung des Innovationsfonds kann einen wichtigen Beitrag zur Verzahnung der Jugendarbeit mit anderen gesellschaftlich relevanten Themenfeldern schaffen, die für die Ausrichtung einer eigenständigen Jugendpolitik von Bedeutung sein können. Die Regelförderprogramme zur außerschulischen Bildung müssen diesen Innovationscharakter für die Träger ebenfalls stärker ermöglichen und entsprechend flexibilisiert und weiterentwickelt werden.

6. Eine eigenständige Jugendpolitik bezieht die Bildungspolitik mit ein und schafft Bedingungen für eine sinnvolle Zusammenarbeit von formaler und non-formaler Bildung, mit dem Ziel, kohärente Bildungskonzepte für politisches Lernen, Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln. Sie entwickelt eine politische Strategie, die eine langfristige finanzielle Förderung außerschulischer Bildungseinrichtungen absichert, um gleiche Bedingungen für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen zu schaffen. Die kontinuierliche Zusammenarbeit beider Institutionen kann nur auf der Basis kontinuierlicher Förderperspektiven erreicht werden.

Der AdB sieht in der außerschulischen Jugendbildung mit ihrem zentralen Ziel der Befähigung junger Menschen zur politischen Teilhabe in der Gesellschaft, ohne Zweckbindung an berufliche Verwertbarkeit und Lernleistung, eine unterstützende Funktion bei der Formierung einer eigenständigen Jugendpolitik, wenn diese ausschließlich den Interessen jugendlicher Lebenslagen und Zukunftsperspektiven verpflichtet ist.

Beschlossen vom Vorstand des AdB; Berlin, Mai 2013

1914–2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa – Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildung

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2014

Im Sommer 2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum einhundertsten Mal. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten nimmt das Gedenken an dieses Ereignis zum Anlass, den Weltkrieg und seine Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess in den Mittelpunkt seiner politischen Bildung zu stellen.

Mit dem Jahresthema „1914-2014 – Vom Ersten Weltkrieg zum Friedensnobelpreis für Europa“ soll dabei weniger das historische Ereignis im Fokus stehen, sondern ausgehend von der Katastrophe des Ersten Weltkriegs soll der Zeitraum dieser einhundert Jahre zusammenhängend betrachtet werden, da das Zusammenwachsen Europas und die Entwicklung der Europäischen Union nur vor diesem Hintergrund zu verstehen sind.

Die neuartige Qualität des Krieges, die vor allem durch die Industrialisierung und den massiven Einsatz von Kriegsmaschinen, wie z.B. Kanonen und (Giftgas-) Granaten, Flugzeugen, Unterseebooten und Panzerwagen, zum Ausdruck kam, führte durch die nicht mehr vorhandene Trennung von Zivilbevölkerung und Militärgesellschaft zu einem „totalen Krieg“, der am Ende eine unvorstellbar hohe Zahl an Kriegsverletzten, Kriegstoten und Opfern in der Zivilbevölkerung forderte. Die Kriegsbegeisterung, wie sie Teilen der Bevölkerung vor 1914 zugeschrieben wird, ist in den demokratischen Gesellschaften Europas von heute nicht mehr nachvollziehbar. Dennoch sind auch in jüngerer Vergangenheit Kriege in Europa geführt worden, die in der Bevölkerung geduldet oder unterstützt wurden und gegen die sich kein breiter gesellschaftlicher Protest erhoben hat. Beispiele dafür sind die Balkankriege oder auch die Bürgerkriege in Nordirland und dem Baskenland.

Die Vereinigung Europas und eine damit grundlegend verbundene europäische Friedenspolitik dürfen nicht von nationalpopulistischen Parolen geleitet sein, sondern müssen in Gedächtnis und in Verantwortung vor dieser Geschichte immer wieder neu die Frage stellen, wie und womit Frieden im umfassenden Sinne gefördert werden kann.

Europäische Friedenspolitik sollte immer die Grundbedingungen friedlichen Zusammenlebens – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – zum Maßstab ihres Handelns machen, um dem Bestreben entgegenzuwirken, Konflikte mit kriegerischen Mitteln lösen zu wollen.

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) zu Beginn der 50er Jahre stellt eine logische Konsequenz dar, „an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen zu setzen und durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den

ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren“, wie es in der Gründungsurkunde zum Ausdruck kommt.

Das Norwegische Nobelpreiskomitee führte in seiner Begründung zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union im Jahr 2012 aus, dass Deutschland und Frankreich innerhalb von 70 Jahren drei Kriege geführt haben, und stellte fest, dass heutzutage ein Krieg zwischen beiden Ländern undenkbar sei. Der Aufbau gegenseitigen Vertrauens bildet die notwendige Voraussetzung für Frieden in Europa. Die europäische Geschichte ist auch ein Beispiel dafür, wie Krieg und (Erb-)Feindschaft durch Verständigung und Versöhnung überwunden werden können, ohne dass diese Erinnerungen aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt werden müssen.

Dazu haben auch die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung ihren Beitrag geleistet. Sie haben Werte wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit gestellt, auf nationaler und auf europäischer Ebene. Mit zahlreichen internationalen Jugendbegegnungen und Projekten, z.B. mit Frankreich, England und Polen sowie vielen weiteren europäischen Ländern, haben sie Gelegenheiten geschaffen, dass sich vor allem junge Menschen über die Grenzen hinweg begegnen und zentrale Anliegen des friedlichen Miteinanders bearbeiten. Die politische Bildung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen und kritischen Zivilgesellschaft, deren Vorhandensein geradezu Voraussetzung für die Realisierung eines umfassenden und nicht nur auf Europa bezogenen Friedensprojekts ist. Für die politische Bildung ist die Auseinandersetzung mit den beiden Weltkriegen sowie mit deren politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Folgen eine zentrale Herausforderung, um einen wirksamen Beitrag zur (globalen) Friedenssicherung, zur Friedenserziehung und zur Stärkung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen einer Gesellschaft zu leisten, die in der Lage ist, Konflikte friedlich und unter Verzicht auf Gewalt zu lösen.

Der AdB regt die Träger politischer Bildung an, die Angebote historisch-politischer Bildung weiter auszubauen, zentrale Aspekte einer europäischen Erinnerungskultur – zu der wesentlich auch die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gehört – verstärkt zu thematisieren und alle gesellschaftlich relevanten Gruppen anzusprechen. Die Vermittlung der Bedeutung von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage für eine wirkungsvolle Demokratie und die Durchsetzung der Menschenrechte stellen ein zentrales Ziel der Bildungsarbeit dar.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung am 28.11.2013

Politische Bildung muss Thema der Koalitionsverhandlungen sein

Der AdB benennt wichtige politische Themen und Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) hat sich an die Mitglieder der Arbeitsgruppen „Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik“, „Wissenschaft, Bildung und Forschung“ und „Inneres und Justiz“ gewandt, die derzeit den Koalitionsvertrag aushandeln und die Weichen für die politische Agenda in den entsprechenden Themenfeldern stellen.

Mit seiner Initiative wollte der AdB auf zentrale Themen und Herausforderungen der nächsten Jahre aufmerksam machen und Politikfelder ins Blickfeld rücken, die Bestandteil einer zukünftigen Regierungspolitik sein sollten:

- 1. Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld stärken**
Jugend ist das entscheidende Potenzial unserer Gesellschaft. Kindern und Jugendlichen ein chancengerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, muss Anliegen von Politik sein. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der EU-Jugendstrategie und der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik in den letzten Jahren sollte Jugendpolitik auch in den Koalitionsverhandlungen eine entscheidende Rolle spielen, auch wenn der Begriff „Jugend“ im Titel der entsprechenden Arbeitsgruppe leider nicht vorkommt. Der AdB plädiert dringend dafür, dass Jugendpolitik als eigenes und zentrales Politikfeld erhalten bleibt, mit eigenen Akteuren, Ansprechpartnern und Finanzrahmen.
- 2. Bekämpfung des Rechtsextremismus als nationale Daueraufgabe anerkennen.** Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss als Daueraufgabe von nationaler Bedeutung anerkannt und die Bundesprogramme zur Förderung von entsprechenden Maßnahmen müssen dauerhaft erhalten bleiben. Die zivilgesellschaftlichen Akteure wie die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung brauchen verlässliche und planbare Unterstützung bei ihren vielfältigen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, wie es auch bereits der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschuss gefordert hat.
- 3. Kinder- und Jugendplan des Bundes stärken.** Der Kinder- und Jugendplan des Bundes als zentrales Steuerungs- und Förderinstrument der Bundesjugendpolitik hat sich über viele Jahre bewährt. Er sollte weiter ausgebaut werden, um eine verlässliche Grundlage zu bieten und die bundeszentrale Infrastruktur zu sichern, er sollte den Trägern mehr Flexibilität ermöglichen bei gleichzeitigem Abbau des bürokratischen Aufwands. Die finanzielle Ausstattung des Programms Politischer Bildung bedarf nach zehn Jahren einer notwendigen Anpassung.
- 4. Politische Bildung fördern.** Die Förderung der politischen Bildung über die Bundeszentrale für politische Bildung ist in den letzten Jahren drastisch reduziert worden. Hier braucht es eine sofortige Umkehrung des Abwärtstrends: eine Rücknahme der Kürzungen der bpb und eine Anhebung der Fördermittel, um die Träger und Bildungsstätten in die Lage zu versetzen, eine qualifizierte politische Bildung anzubieten, die sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmern leisten können.
- 5. Interkulturelle Öffnung der politischen Bildung unterstützen.** Die politische Bildung hat sich auf den Weg der interkulturellen Öffnung gemacht. Um sie zu unterstützen, braucht es Modellprojekte vor allem in der Erwachsenenbildung, um Maßnahmen und Strukturen weiter zu entwickeln und die Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern – im Sinne der Etablierung einer „Willkommenskultur“, wie sie auch der Abschlussbericht des Runden Tisches „Aufnahmegesellschaft“ fordert.
- 6. Neue Beteiligungsformen ermöglichen.** Demokratie lebt von Beteiligung. Die Vermittlung von Motivation und Kompetenz zur demokratischen Mitwirkung ist zentrales Ziel politischer Bildung. Aktuell ist zu beobachten, dass sich Beteiligungsformen und -möglichkeiten rasant verändern. Stichworte in diesem Zusammenhang sind E-Democracy und E-Partizipation. Diese Veränderungen müssen Eingang in die politische Bildung finden. Benötigt werden daher Modellprojekte, die internetgestützte Beteiligungsprozesse erproben und für die politische Bildung nutzbar machen. Erste Erfahrungen im AdB liegen dazu vor, an die angeknüpft werden kann.

Berlin, 05.11.2003

Der AdB im Überblick

Veranstaltungen des AdB

● Fachkommissionen, Arbeits- und Steuerungsgruppen, Redaktionsbeirat

28.01.-29.01. / 24.06.-25.06.2013	Redaktionsbeirat der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“
25.02.-27.02. / 16.09.-17.09.2013	Kommission Europäische und internationale Bildungsarbeit
04.03.-05.03. / 10.09.-12.09.2013	Kommission Erwachsenenbildung
06.03.-07.03. / 01.10.-02.10.2013	Kommission Jugendbildung
06.03. / 24.09.2013	Kommission Mädchen- und Frauenbildung
12.03.-13.03. / 17.09.-18.09.2013	Kommission Verwaltung und Finanzen

● Fachveranstaltungen, Fortbildungs- und Arbeitstagungen

26.02.-01.03.2013	Fachtagung für Hauswirtschaftsleitungen „Zu gut für die Tonne?“
18.03.-22.03.2013	Politische Jugendbildung, Zentrale Arbeitstagung „Was ist ein »BarCamp«? Und was hat ein »BarCamp« mit politischer Bildung zu tun?“
27.05.-29.05.2013	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“
12.06.-14.06.2013	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“
24.06. / 26.09.2013	Politische Jugendbildung, Koordinationssitzungen
26.06.-28.06.2013	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“
02.09.-04.09.2013	Politische Jugendbildung, Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“
10.09.-13.09.2013	Fortbildungstagung für Haustechniker in Bildungsstätten „W-LAN statt langer Leitung“
18.09.-19.09.2013	Fachtagung „e.V.? gGmbH? Stiftung? oder was? – Organisationsformen und Steuerpflichten für Bildungseinrichtungen“
11.11.-13.11.2013	Politische Jugendbildung, Gemeinsame Projektgruppensitzung
26.11.-27.11.2013	Jahrestagung des AdB „1914-2014: Von der Kriegsbegeisterung zum Friedensnobelpreis für Europa. Aktuelle Herausforderungen und Impulse für die politische Bildung“
02.12.2013	Informationsveranstaltung „Es rumpelt in der Kiste... Politische Bildung in der neuen Generation der EU-Programme 2014-2020“
11.12.-12.12.2013	Abschlusstagung des Projekts Blended Learning Democracy „Wie digital kann Partizipation sein?“

● Internationale Fachprogramme und Projekte

Zentralstellenarbeit International

• Fachkräfteaustausch mit der Mongolei

12.05.-23.05.2013	Deutsch-mongolisches Fachkräfteprogramm „Gewaltpräventive Arbeit und demokratisches Lernen mit theaterpädagogischen Methoden der außerschulischen politischen Bildung“ in Deutschland (JugendAkademie Segeberg)
10.08.-20.08.2013	Deutsch-mongolische Fachkräfteprogramm „Gewaltpräventive Arbeit und demokratisches Lernen mit theaterpädagogischen Methoden der außerschulischen politischen Bildung“ in der Mongolei (Jugend-Akademie Segeberg)

• Deutsch-Chinesische Jugendbegegnung

29.09.-07.10.2013	Deutsch-chinesische Jugendbegegnung „Deutschland in China: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ in China (Akademie Biggensee)
-------------------	---

- Deutsch-Russischer Austausch

- 22.06.-30.06.2013 Deutsch-russische Jugendbegegnung „Gesellschaftliche Vielfalt in Deutschland und Russland“ in Russland (EJBW Weimar)
- 26.10.-03.11.2013 Deutsch-russische Jugendbegegnung „Gesellschaftliche Vielfalt in Deutschland und Russland“ in Deutschland (EJBW Weimar)
- 09.11.-08.12.2013 Hospitation einer/es Mitarbeiter/in der NGO „Institut für Zivilengagement“ in Deutschland (EJBW Weimar)
- 18.04.2013 Deutsch-russisches Kleinprojekt: Film zum Projekt „Bildungsraum Austausch“ (EJBW Weimar)

- Deutsch-Israelischer Austausch

- 12.05.-19.05.2013 Deutsch-israelisches Fachkräfteprogramm „Demokratie leben und mit Vielfalt umgehen – was heißt das in Deutschland und Israel?“ in Deutschland (GSI Bad Bevensen)
- 30.06.-07.07.2013 Deutsch-israelische Jugendbegegnung „Werte leben – Zukunft gestalten“ in Deutschland (Akademie Biggese)see)
- 24.07.-31.07.2013 Deutsch-israelische Jugendbegegnung „Werte leben – Zukunft gestalten“ in Israel (Akademie Biggese)see)
- 29.09.-06.10.2013 Deutsch-israelisches Fachkräfteprogramm „Mit Vielfalt umgehen und Demokratie leben – was heißt das in Deutschland und Israel?“ in Israel; (GSI Bad Bevensen)
- 19.10.-27.10.2013 Deutsch-israelisches Fachkräfteprogramm „Inclusion in youth work and social systems“ in Deutschland (Tagungshaus Bredbeck)

● Internationale Verbandsprojekte

- Deutsch-Tunesischer Austausch

- 04.03.-09.03.2013 Deutsch-tunesisches Fachkräfteprogramm in Deutschland

- Deutsch-belarussische Kooperation

- 30.01.-03.02.2013 „Academy of Students Leadership“ in Deutschland

- Deutsch-russisches Fachkräfteprogramm

- 27.05.-31.05.2013 „Bildungsstätten als Lernorte für zivilgesellschaftliche Jugendbildung“
- 03.12.-08.12.2013 Deutsch-russisches Projekt „Bildungsraum Austausch“

● Europäische Vernetzung und Vertretung/DARE

- 03.03.-06.04.2013 DARE Spring Academy 2013 in Maribor (Slovenia) „Innovative Approaches in EDC/HRE (Human Rights Education and Education for Democratic Citizenship) to Overcome Discrimination of Vulnerable Groups in Europe“
- 13.05.-15.05.2013 EUCIS-LLL annual conference; Workshop „Citizenship Education in LLL – the Missing Link“ in Vilnius
- 01.08.-10.08.2013 Summerschool in Zusammenarbeit mit der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein zum Thema „Raising Awareness for Youth Unemployment and Connected Social Exclusion“
- 12.11.-13.11.2013 EU FRA – Fundamental Rights Conference in Vilnius „Combating hate crime in the EU – Giving victims a face and a voice“
- 18.11.-19.11.2013 Jahresversammlung DARE; Workshop zu „Needs Analysis on EDC/HRE – 10 Years after the Antwerp Declaration on Democracy and Human Rights Education in Europe“
- 04.12.2013 Round Table in a Seminar for policy makers: „Making the case for European Civic Education“ at the European Parliament
- 12.12.2013 Reflektionsgespräch mit dem EU-ECOSOC Committee Working Group in Brussels über: EDC 2014 developments and critically investigate the effects of the EDC 2014

● Mitgliederversammlung

27.11.-28.11.2013 Mitgliederversammlung in der JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg

● Vorstandsaktivitäten

06.02.2013 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin

23.05.-24.05.2013 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin; Austausch mit dem Präsidenten der bpb, Thomas Krüger

04.09.2013 Vorstandssitzung im HDJ, Berlin; Gespräch mit dem neue Leiter des Fachbereichs Förderung der bpb, Ulrich Dovermann, über gemeinsame Vorhaben von AdB und bpb in 2014

25.11.-26.11.2013 Vorstandssitzung, JugendAkademie Segeberg

Mitglieder des Vorstands

Vorsitzender: Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende: Ulrike Steimann, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter/Köln

Udo Dittmann Akademie Biggensee, Attendorn
Albert Fußmann Institut für Jugendarbeit, Gauting, ab 27.11.2013
Bettina Heinrich Stiftung wannseeFORUM, Berlin
Martin Kaiser Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Bad Bevensen
Petra Tabakovic Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
Birgit Weidemann HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“

Herausgeber im Auftrag des Vorstands:

Dr. Paul Ciupke Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Essen
Ulrike Steimann Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter/Köln

Vom Vorstand als Mitglieder des Redaktionsbeirats berufen:

Gertrud Gandenberger Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Wolfgang Pauls Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, Nahrendorf-Breese
Dr. Melanie Piepenschneider Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling
Dr. Beate Rosenzweig Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg, Buchenbach
Ina Bielenberg Kooptiertes Mitglied, AdB-Geschäftsstelle

Redaktion:

Ingeborg Pistohl AdB-Geschäftsstelle, bis 31.08.2013
Dr. Friedrun Erben AdB-Geschäftsstelle, ab 01.09.2013

Mitglieder der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen

● Kommission Jugendbildung

Vorsitzender: Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie, Weimar
Stellv. Vorsitzende: Carola Brindöpke, Heimvolkshochschule Haus Neuland e.V., Bielefeld

Mitglieder:

Alexander Daranyi Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Bettina Dettendorfer Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Navina Engelage Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Dr. Reiner Hartel Bildungsstätte Alte Schule Anspach
Nadya Homsí Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Robert Kehren Akademie Biggese, Attendorn
Martin Klähn Politische Memoriale e.V., Schwerin
Anja Krückels ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Andreas Luckey Stätte der Begegnung, Vlotho
Andrea Müller Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Wolfgang Pauls Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Gohrde, Nahrendorf-Breese
Carolin Schultz Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Finn Sörje wannseeFORUM, Berlin
Petra Tabakovic Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
Klaus Theis Freizeitwerk Welper – JuBi, Hattingen
Larissa Weber Anne Frank Zentrum, Berlin
Christoph Wolf Akademie Frankenwarte, Würzburg
Stefanie Wolniewicz Jugendbildungszentrum Blossin

● Kommission Mädchen- und Frauenbildung

Vorsitzende: Birgit Weidemann, HochDrei e.V., Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Mitglieder:

Stephanie Böhm Akademie Frankenwarte, Würzburg
Sabine Cimbollek ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West, Hildesheim
Ursula Grzeschke Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Daniela Kaniak Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Anette Klasing Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Christine Reich Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V., Werneuchen
Edda Smidt Europahaus Aurich
Hanna Stoewe Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Birgit Uhing aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen

● Kommission Erwachsenenbildung

Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Meyer, Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
 Stellv. Vorsitzende: Gila Zirfas-Krauel, Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt

Mitglieder:

Ulla Fesser	Internationaler Bund, Familienbildungswerk Duisburg
Dr. Ben Grewing	dbb akademie Bonn
Rasmus Grobe	Bewegungsakademie, Verden
Klaus Hamann	Franken-Akademie Schloß Schney, Lichtenfels
Mirjam Hufschmidt	Bildungswerk Stenden, Düsseldorf
Karl Heinz Keil	Hanns-Seidel-Stiftung, München
Oliver Krauß	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter/Köln
Martin Kurth	Haus Neuland, Bielefeld
Karsten Matthis	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Harald Meves	Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Nina Pauseback	Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus, Königswinter
Prof. Dr. Matthias Pfüller	Politische Memoriale, Schwerin
Dr. Robert Schmidt	Akademie Biggensee, Attendorn

● Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Vorsitzender: Tim Scholz, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
 Stellv. Vorsitzende: Gabriele Wiemeyer, Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europ. Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

Mitglieder:

Kirsten Dallmann	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Horst Dreimann	Internationaler Bund, Frankfurt am Main
Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Katrin Gödeke	wannseeFORUM, Berlin
Hans-Dieter Hartmann	Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden-Eddigehausen
Dr. Barbara Hopmann	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter/Köln
Martin Kaiser	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Anne-Laure Leroy	Jugendbildungszentrum Blossin
Nora Ludl	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
Homaira Mansury	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Bernd Neufurth	Akademie Biggensee, Attendorn
Pirjo Niskanen	Europahaus Aurich
Beata Rauch	Schloß Trebnitz, Müncheberg
Magdalena Sankowska	Brücke/Most-Stiftung, Dresden
Margarethe Schiolko	Auslandsgesellschaft NRW, Dortmund
Gerhart Schöll	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Kirstin Schüssler	Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, Brandenburg
Anselm Maria Sellen	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Patrick Siegele	Anne Frank Zentrum, Berlin
Norbert Tillmann	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Dr. Zbigniew Wilkiewicz	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Eric Wrasse	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

● Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzender: Bernd Vaupel, LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Stellv. Vorsitzende: Ina Nottebohm, Haus Neuland e.V., Bielefeld

Mitglieder:

Birgit Ackermeier Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken Bildungsstätte der WiSoAk Bremen, Bad Zwischenahn
Frank Bobran Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Sylva Büter Anne Frank Zentrum, Berlin
Udo Dittmann Akademie Biggensee, Attendorn
Prof. Dr. Ulrich Eith Studienhaus Wiesneck, Buchenbach
Sven Fischer Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, Berlin
Burkhard Franke HochDrei e.V., Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Wilfried Klein Willi-Eichler-Bildungswerk, Köln
Eckhard Kohle Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Dortmund
Michael Lehmann Jugendbildungszentrum Blossin e.V.
Karsten Lucke Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Marion Luser Burg Fürsteneck, Eiterfeld
Darius Müller Schloß Trebnitz, Müncheberg
Beenhard Oldigs Europahaus Aurich
Karin Pritzel Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Ina Roßmeisl Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Reiner Schindler Stätte der Begegnung e.V., Vlotho
Sonja Schweizer Bildungswerk Stenden, Düsseldorf
Karl-Heinz Spiegel Akademie Frankenwarte, Würzburg
Marianne Stietenroth Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden
Dr. Philipp-Christian Wachs Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg
Marion Welsch Begegnungsstätte Schloss Gollwitz, Brandenburg
Frank Wittemeier Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Andreas Zieske Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg

Jugendbildungsreferentinnen und -referenten im Programm „Politische Jugendbildung“ im AdB im Rahmen des KJP

● Projektgruppe „Globalisierung und Medienkommunikation“

Frank Hofmann Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl
Andrea Keller ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen-Hüll
Sebastian Kretzschmar Jugendbildungsstätte Hütten, Krölpa
Daniel Möcklinghoff aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Dirk Springenberg Bildungsstätte Alte Schule Anspach, Neu-Anspach
Annette Ullrich wannseeFORUM, Berlin

● Projektgruppe „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“

Anne Dwertmann Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus
Anne Frölich Anne Frank Zentrum, Berlin
Jens Lindemann JugendAkademie Segeberg, Bad Segeberg
Mechtild Möller Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg

● Projektgruppe „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“

Kerem Atasever	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Markus Rebitschek	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
Gina Schumm	Jugendkulturarbeit e.V., Oldenburg
Katja Schütze	Bildungswerk der Humanistischen Union, Essen
Ines Thevarajah	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen/Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Gülcan Turan	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, AKE-Bildungswerk, Vlotho

● Projektgruppe „Arbeitsweltbezogene politische Bildung“

Tanja Berger	HochDrei e.V./Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam
Karsten Färber	Internationales Haus Sonnenberg, St. Andreasberg
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Mari Nagaoka	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Sibylle Nau	Villa Fohrde Bildungs- und Kulturhaus, Havelsee OT Fohrde
Rukiye Öksüz	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft, Haus Rissen, Hamburg
Carolin Schultz	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Edda Smidt	Europahaus Aurich

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Ina Bielenberg	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Dr. Friedrun Erben	Referentin für Kommunikation und Medien, seit 01.09.2013
Ivonne Meißner	Sachbearbeiterin im Referat für Kommunikation und Medien
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Georg Pirker	Referent für internationale Aufgaben
Ingeborg Pistohl	Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, bis 31.08.2013
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Julia Schreier	Sachbearbeiterin im Referat für Kommunikation und Medien, Elternzeitvertretung für Ivonne Meißner seit 01.04.2013
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat

Mitgliedschaften und Gremienarbeit

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)

Mitgliederversammlung und Vorstand, Vorsitzender des Fachausschusses Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier

Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (HVHS) in NRW e.V. (@ba)

Ulrike Steimann

„Biographische Nachhaltigkeit Politischer Jugendbildung“

Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Achim Schröder
Projektbeirat: Ina Bielenberg

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Runder Tisch Aufnahmegesellschaft

Boris Brokmeier

Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik

Ursula Grzeschke

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben ProPol – Projekt zur Weiterentwicklung der Professionalisierung der Politischen Bildung durch ein Konzept zur Definition fachlicher Kompetenzen

Begleitgruppe: Ulrich Ballhausen

Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Geschäftsführung: Ina Bielenberg
Stellvertretende Vorsitzende im Vorstand: Ina Bielenberg (seit November 2013)
AG Grundsatzfragen: Dr. Paul Ciupke
AG Richtlinien: Ina Bielenberg

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Programmspezifische Arbeitsgruppe

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Bundeszentrale für politische Bildung – Runder Tisch

Ina Bielenberg und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB

DARE

Geschäftsführung und Mitglied: Georg Pirker

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Mitgliederversammlung und Verwaltungsrat: Dr. Paul Ciupke

Deutsch-Polnischer Jugendrat

Birgit Weidemann (für bap)

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Projektbeirat des Modellprojekts „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“: Ina Bielenberg

Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA)

Ina Bielenberg

Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et)

Projektbeirat „Shape the Future. Politische Jugendbildung und das Social Web“: Boris Brokmeier

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB)

Vertretung des AdB als Mitglied: Ina Bielenberg

Forscher-Praktiker-Dialog zur Internationalen Jugendarbeit (F-P-D)

Ulrich Ballhausen

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI)

Ina Bielenberg, Boris Brokmeier

Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ)

Geschäftsführender Ausschuss und Stellvertretende Vorsitzende des e.V.: Ina Bielenberg; Mitglied des e.V.: Sabine Mertin

Internationale Jugendbegegnungsstätte (IJBS) der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung:

Beirat der IJBS: Ulrich Ballhausen

Netzwerk Europäische Bewegung

Georg Pirker

Praxisforum Rechtsextremismus

Ina Bielenberg

Rat der Weiterbildung – KAW

Ina Bielenberg

Strukturierter Dialog in Deutschland

Nationale Arbeitsgruppe zur Begleitung: Ina Bielenberg (für GEMINI)

VBLU-Mitgliederversammlung

Sabine Mertin

WOCHENSCHAU Verlag – Herausgeberkreis für die Reihe „Non-formale Bildung“

Ina Bielenberg

Zentrum Eigenständige Jugendpolitik – Expertengruppe „Partizipation“

Ina Bielenberg

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell

Prof. h.c. Manfred Hübscher
Burg Liebenzell 1A, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0, -21, Fax: 07052-9245-18
Info@InternationalesForum.de
www.InternationalesForum.de

Landesakademie für Jugendbildung

Jugendbildungsstätte Johannes Kepler
Knut-Alexander Hirnschall
Malersbuckel 8-10, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100
info@Jugendbildung.org
www.Jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck

Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.
Prof. Dr. Ulrich Eith
Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0, -24, Fax: 07661-9875-99
ulrich.eith@wiesneck.de | www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte

Gesellschaft für Politische Bildung e.V.
Karl-Heinz Spiegel
Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg
Postfach 55 80, 97005 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0, -214, Fax: 0931-80464-77
info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung Tutzing

Dr. Michael Schröder
Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158-256-0, Fax: 08158-256-51
m.schroeder@apb-tutzing.de
info@apb-tutzing.de | www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof“

Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk
Werner Gustav Binder
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47
studienleiter@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e.V.

Birgit Schmitz-Lenders
Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0, -18, Fax: 089-549141-9
b.schmitz-lenders@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e.V.

Susann Biedefeld
Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25
info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e.V.

Roland Eichmann
Bildungsstätte Schloss Aspenstein,
Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0, Fax: 08851-78-23
info@vollmar-akademie.de
Verwaltungssitz:
Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849
www.vollmar-akademie.de

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Dr. Franz Guber
Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0, -230, Fax: 089-1258-338
GUBER@hss.de
www.hss.de
Bildungszentrum Wildbad Kreuth der Hanns-Seidel-Stiftung
83708 Wildbad Kreuth
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734
Bildungszentrum Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370, Telefax: 09573-33733

Haus Buchenried*) der Münchner Volkshochschule GmbH

Michael Schanz
Assenbucherstr. 45, 82335 Berg
Telefon: 08151-9620-0, Fax: 08151-9620-10
michael.schanz@mvhs.de
info@mvhs.de
www.mvhs.de/buchenried

Institut für Jugendarbeit

Albert Fußmann
Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-33
fussmann@institutgauting.de
info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Kritische Akademie Inzell

Wilfried Heß
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.
Telefon: 08665-980-0, -200, Fax: 08665-980-555
hess@Kritische-Akademie.de
www.Kritische-Akademie.de

Max Mannheimer Studienzentrum Internationales Jugendgästehaus Dachau

Pädagogischer Bereich
Nina Ritz
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-6177-0, -12, Fax: 08131-6177-19
ritz@mmsz-dachau.de
bildung@mmsz-dachau.de
www.jgh-dachau.de

Berlin

Alte Feuerwache e.V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße

Roland Wylezol
Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8619359, Fax: 030-8616249
wylezol@kaubstrasse.de
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum

Thomas Heppener
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-00, Fax: 030-2888656-01
Heppener@annefrank.de
zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e.V.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Grunewald)
Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu

OWEN e.V.

Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und
Friedensförderung
Dr. Marina Grasse
Nogatstr. 21, 12051 Berlin
Telefon: 030-2808541, -283225-1, Fax: 030-283225-2
mail@owen-berlin.de
www.owen-frauennetzwerk.de

Seminar-Forum in Berlin

Begegnungs- und Bildungsstätte für Gesellschaft und Politik GmbH
Blandine Lutz
Franz-Mett-Str. 3-9, 10319 Berlin
Telefon: 030-510986-46, Fax: 030-510986-57
seminar-forum-berlin@t-online.de
www.seminar-forum-in-berlin.com

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Anne Lersch
Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0, -309, Fax: 030-48481-313
Anne.Lersch@sffb.berlin-brandenburg.de
www.sffb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM

Bettina Heinrich
Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0, -17, Fax: 030-80680-88
heinrich@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

Begegnungsstätte Schloss Gollwitz

Marion Welsch
Schlossallee 101, 14776 Brandenburg/OT Gollwitz
Telefon: 03381-21386-0, Fax: 03381-21386-2
welsch@stiftunggollwitz.de
bildung@stiftunggollwitz.de
www.stiftunggollwitz.de

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg

Birgit Weidemann
 Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam
 Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
 info@hochdrei.org
 www.hochdrei.org
 Seminar- und Gästehaus Am Bassin
 Brandenburger Str. 37, 14467 Potsdam
 Seminar- und Gästehaus Hochlland
 Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
 Kontakt für beide Häuser:
 Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223
 info@hochdrei.org
 www.hochlland.de

**Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.
Haus der außerschulischen Jugendbildung**

Thomas Gill
 Freienwalder Allee 8-10,
 16356 Werneuchen OT Werftpfehl
 Telefon: 033398-8999-11, -12, Fax: 033398-8999-13
 info@kurt-loewenstein.de
 t.gill@kurt-loewenstein.de
 www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e.V. *)

Michael Lehmann
 Waldweg 10, 15754 Heidesee/Blossin
 Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100
 m.lehmann@blossin.de
 www.blossin.de

Schloß Trebnitz

Bildungs- und Begegnungszentrum e.V.
 Darius Müller
 Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg/OT Trebnitz
 Telefon: 033477-519-0, -13, Fax: 033477-519-15
 mueller@schloss-trebnitz.de
 buero@schloss-trebnitz.de
 www.schloss-trebnitz.de

Villa Fohrde

Heimbildungsstätte Villa Fohrde e.V.
 Werner Bövingloh
 August-Bebel-Str. 42, 14798 Fohrde
 Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879
 info@villa-fohrde.de
 www.villa-fohrde.de

Bremen**Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH**

Andrea Müller
 Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
 Telefon: 0421-69272-13, Fax: 0421-69272-16
 lidice@jugendinfo.de
 www.lidicehaus.de

**Wirtschafts- und Sozialakademie der
Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH**

Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
 Telefon: 0421-4499-5, Fax: 0421-4499-651
 g.afken@wisoak.de
 www.wisoak.de

**Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der
Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH**

Gudrun Afken
 Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn
 Telefon: 04403-924-0, -60 Fax: 04403-58895
 bildungsstaette@wisoak.de
 www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg**HAUS RISSEN HAMBURG**

Internationales Institut für Politik und Wirtschaft
 Dr. Philipp-Christian Wachs
 Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
 Telefon: 040-81907-0, -49, Fax: 040-81907-59
 mail@hausrissen.org
 www.hausrissen.org

Hessen**Bildungsstätte Alte Schule Anspach basa e.V.**

Dr. Reiner Hartel
 Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)
 Telefon: 06081-41772, Fax: 06081-960083
 info@basa.de
 reiner.hartel@basa.de
 www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e.V.

Dr. Meron Mendel
 Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
 Telefon: 069-560002-0, Fax: 069-560002-50
 MMendel@bs-anne-frank.de
 info@bs-anne-frank.de
 www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK

Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
Marion Luser
Am Schloßgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-9202-30
Luser@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Tagungszentrum am Schloss
Joachim Bussiek
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Politische Memoriale e.V.

Prof. Dr. Matthias Pfüller
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1/2, Fax: 0385-758731-3
info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Niedersachsen

ABC Bildungs- und Tagungszentrum

Ina Meier
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695
abc-huell@t-online.de
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.

Hermann Kinzel
Adenauerring 23, 37115 Duderstadt
Telefon: 05527-9847-22, Fax: 05527-9847-77
hermann.kinzel@ingo-kinzel.de
asg-nord@asgpolbi.de
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e.V.

Rasmus Grobe
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-957-595, 516, Fax: 04231-957-400
grobe@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin – Heimvolkshochschule Goslar e.V.

Martin Westphal
Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-34111-0, Fax: 05321-34111-50
info@bildungshaus-zeppelin.de
www.Bildungshaus-Zeppelin.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e.V.

Wolfgang Pauls
21369 Nahrendorf-Breese
Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390
wolfgangpauls@gmx.net
bahnhof-goehrde@t-online.de
www.bahnhof-goehrde.de

Europahaus Aurich

Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e.V.
Beenhard Oldigs
von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich/Ostfr.
Telefon: 04941-9527-0, -21, Fax: 04941-9527-27
oldigs@europahaus-aurich.de
info@europahaus-aurich.de
www.europahaus-aurich.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*)

Thomas Hermenau
Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
Telefon: 04241-93111-0, Fax: 04241-93111-11
freudenburg@vhs-diepholz.de
www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des Landkreises Diepholz
Nienburger Str. 5, 28857 Syke
Telefon: 04242-976-4075, Fax: 04242-976-4942
vhs@vhs-diepholz.de
www.vhs-diepholz.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt

Gila Zirfas-Krauel
Arnswaldstr. 6, 30159 Hannover
Telefon: 0511-473877-0, -16, Fax: 0511-473877-18
g.zirfas-krauel@vkwa-ekd.de
www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V.

Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Martin Kaiser
Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299
martin.kaiser@gsi-bevensen.de
info@gsi-bevensen.de
www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V.

Dr. Thomas Südbeck
 Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
 Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44
 info@hoeb.de
 www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg

Sonnenberg-Kreis e.V.
 Andreas Zieske
 Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg/Harz
 Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100, 05322-3620
 info@sonnenberg-international.de
 www.sonnenberg-international.de

Jugendbildungsstätte Emlichheim

Grenzlandheim e.V.
 Christiane Hansen-Kah
 Am Grenzlandheim 1, 49824 Emlichheim
 Postfach 1220, 49821 Emlichheim
 Telefon: 05943-9391-0, Fax: 05943-9391-30
 C.Hansen-Kah@bildungsstaette.com
 www.bildungsstaette.com

Jugendkulturarbeit e.V. *)**im Internationalen Jugendprojektehaus (IJP)**

Davide Leonardi
 Kranbergstr. 55, 26123 Oldenburg
 Telefon: 0441-380126-0, Fax: 0441-99860434
 d.leonardi@jugendkulturarbeit.eu
 info@kulturkonzept-ol.de
 www.jugendkulturarbeit.eu

Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V.

Wolfgang Borchardt
 Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
 Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50
 info@mariaspring.de
 www.mariaspring.de

Ostheim e.V. – Jugendbildungsstätte und Tagungsheim

Ralph Ullrich Winkler
 Parkstr. 14, 31812 Bad Pyrmont
 Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11
 info@ostheim-pyrmont.de
 www.ostheim-pyrmont.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Heimvolkshochschule
 Thomas Strelow
 Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
 Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30
 strelow@pbh-hvhs.de, info@pbh-hvhs.de
 www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen

Dr. Rainer Marbach
 37130 Reinhausen bei Göttingen
 Telefon: 05592-9277-20, Fax: 05592-9277-77
 rainer.marbach@waldschloesschen.org
 info@waldschloesschen.org
 www.waldschloesschen.org

Tagungshaus Bredbeck

Bildungsstätte des Landkreises Osterholz
 Frank Bobran
 An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
 Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813
 info@bredbeck.de
 www.bredbeck.de

Nordrhein-Westfalen**Akademie Biggese**

Seminar für Staatsbürgerkunde e.V.
 Udo Dittmann
 Ewiger Str. 7-9, 57439 Attendorn
 Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453
 dittmann@akademie-biggese.de
 info@akademie-biggese.de
 www.akademie-biggese.de

aktuelles forum nrw e.V.

Ulrika Engler
 Hohenstaufenallee 1, 45888 Gelsenkirchen
 Telefon: 0209-15510-0, -15 Fax: 0209-15510-29
 u.engler@aktuelles-forum.de
 www.aktuelles-forum.de

Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)

Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.
 Karsten Matthis
 Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
 Telefon: 02223-730, Fax: 02223-73111 oder 73601
 info@azk.de
 StiftungCSP@azk.de
 www.azk.de

Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.

AKE – Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk e.V.
 Irmgard Pehle
 Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-95737 u. 95738, Fax: 05733-18154
 irmgard.pehle@ake-bildungswerk.de
 info@ake-bildungswerk.de
 www.ake-bildungswerk.de

Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.

Institut für politische Bildung
Eckhard Kohle
Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Postfach 103334, 44033 Dortmund
Telefon: 0231-83800-0, -23, Fax: 0231-83800-56
kohle@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.

Dr. Paul Ciupke
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505
paul.ciupke@hu-bildungswerk.de
buero@hu-bildungswerk.de,
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden

Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.
Sonja Schweizer
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-8628261-0, -1, Fax: 0211-8628261-9
sonja.schweizer@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

dbb akademie

Anke Weigend
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-81931-20, Fax: 0228-81931-06
a.weigend@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de
dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin
Behrenstr. 23/24, 10117 Berlin
Telefon: 030-408165-44, Fax: 030-408165-10
dbb akademie Königswinter – Büro im dbb forum Siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter (Oberpleis)
Telefon: 02244-882-0, Fax: 02244-882-205
info@dbb-forum-siebengebirge.de

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.

Hanns Christhard Eichhorst
Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0, Fax: 0228-949301-28
eichhorst@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.

Dr. Theo Mechtenberg
Südfeldstr. 2-4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847
info@gesw.de
www.gesw.de

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.

Barbara Hutterer
Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn
Telefon: 0228-9239810, Fax: 0228-690385
kontakt@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org
Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Schülerheim (Bayern)
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg am Bodensee
Telefon: 08382-89895, Fax: 08382-89895

Gustav-Stresemann-Institut e.V.

Dr. Klaus Dieter Leister
Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198
zimmermann@gsi-bonn.de (Büro Direktor Dr. Leister)
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e.V.

Ina Nottebohm
Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-20
i.nottebohm@haus-neuland.de
info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

IKAB-Bildungswerk e.V./IKAB e.V.

Institut für angewandte Kommunikationsforschung
in der Außerschulischen Bildung
Dr. Hendrik Otten
Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848
info@ikab.de
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum Schloss Gimborn e.V.

Gabriele Bischoff
Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713
bischoff@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH

Elke Wegener
Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233
info@ibb-d.de
www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e.V.

Nina Pauseback
Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Straße, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-706-11, Fax: 02223-4737
ninapauseback@jakob-kaiser-stiftung.de
mail@jakob-kaiser-stiftung.de
www.jakobkaiser.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e.V.

Ulla Rothe
 Rathenastr. 59 a, 45527 Hattingen
 Telefon: 02324-9464-59, Fax: 02324-9464-94
 rothe@jubi-welper.de
 info@jubi-welper.de
 www.jubi-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e.V.

Ulrike Steimann
 Eupener Str. 70, 50933 Köln
 Telefon: 0221-669975-0, -22, Fax: 0221-669975-614
 info@karl-arnold-stiftung.de
 www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Heidrun Kaiser
 Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-923-320, Fax: 05733-10564
 heidrun.kaiser@lwl.org
 info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
 www.LWL-Bildungszentrum-Jugendhof-Vlotho.de

Salvador-Allende-Haus

Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.
 Thomas Wette
 Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick
 Telefon: 02368-6906-46, Fax: 02368-6906-844
 thomas.wette@allende-haus.de
 www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e.V.

Harald Meves
 Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
 Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-9129-15
 info@staette.de
 www.staette.de

ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst

Josef Peitz
 Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste
 Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462
 Josef.Peitz@verdi.de
 www.imk.verdi.de

vogelsang ip gGmbH/Internationaler Platz

Stefan Wunsch
 Kulturkino, 53937 Schleiden
 Telefon: 02444-91579-0, -282, Fax: 02444-91579-29
 stefan.wunsch@vogelsang-ip.de
 www.vogelsang-ip.de

Willi-Eichler-Bildungswerk e.V.

N.N.
 Rubensstr. 7-13, 50676 Köln
 Telefon: 0221-20407-44, Fax: 0221-20407-92
 kontakt@web-koeln.de
 www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz**PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz**

Dr. Uwe Schwab
 Franz-Hartmann-Str. 9, 67466 Lambrecht
 Telefon: 06325-1800-0, -25, Fax: 06325-1800-26
 u.schwab@pfalzakademie.bv-pfalz.de
 www.pfalzakademie.de

Europa-Haus Marienberg

Karsten Lucke
 Postfach 12 04, 56464 Bad Marienberg
 Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
 Telefon: 02661-640-0, Fax: 02661-640-100
 lucke@europa-haus-marienberg.de
 ehm@europa-haus-marienberg.de
 www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Siehe unter „Überregionale Einrichtungen“:
 – Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland der Friedrich-Ebert-Stiftung
 – Villa Lessing – Liberale Stiftung Saar, Saarbrücken, der Friedrich-Naumann-Stiftung
 – Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste
 – Bildungswerk Saarbrücken der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sachsen**Brücke/Most-Stiftung**

Tobias Kley
 Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
 Telefon: 0351-43314-0, -114, Fax: 0351-43314-133
 t.kley@bmst.eu
 Hinfo@bmst.eu
 www.bmst.eu

Haus Steinstraße e.V.

Verein für Bildung, Kultur und Kontakte
Dr. Alexander Brock
Steinstr. 18, 04275 Leipzig
Telefon: 0341-3913219, Fax: 0341-3010098
info@haus-steinstrasse.de
www.haus-steinstrasse.de

Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Karin Pritzel
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2
pritzel@wehnerwerk.de
info@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA e.V.

Frank Rischer
Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau
Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0, -22, Fax: 035873-41319
f.rischer@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.
Dr. Hauke Petersen
Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-28
info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH
Dr. Jan Schlürmann
Niemannsweg 78, 24105 Kiel
Telefon: 0431-3892-0, Fax: 0431-3892-38
info@hermann-ehlers.de
schluermann@hermann-ehlers.de
www.hermann-ehlers.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Hartmut Piekatz
24972 Quern
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-8480-30
piekatz@scheersberg.de
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg

Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e.V. (VJKA)
Dieter Fiesinger
Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0, Fax: 04551-9591-15
fiesinger.dieter@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e.V.

Jugendbildungsstätte Hütten

Cornelia Möbius
Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa/Hütten
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936
moebius@bildungswerk-blitz.de
huetten@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de
Sitz des BLITZ e.V.
Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0, -28, Fax: 036428-517-27
www.bildungswerk-blitz.de

**Europäische Jugendbildungs- und
Jugendbegegnungsstätte Weimar**

Dr. Moritz Kilger
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111
kilger@ejbweimar.de
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie

Verein für Bildung e.V.
Ulrich Ballhausen
Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574, Fax: 03643-770637
weimar-jena-akademie@gmx.de
www.weimar-jena-akademie.de
Bildungsstätte im Wielandgut Ossmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0, Fax: 036462-92091-2
bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

AWO Bundesakademie

Karin Kunert
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-0, Fax: 030-26309-32142
karin.kunert@awo.org
www.akademie.awo.org
mit der Einrichtung
Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0, Fax: 02228-932-100

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie

Reinhard Weil
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-0, -7102, Fax: 0228-883-9223
Reinhard.Weil@fes.de
pamail@fes.de
www.fes.de/pa
www.netzwerk-politische-bildung.de

Kurt-Schumacher-Akademie der FES

Axel Schmidt
Willy-Brandt-Str. 19, 53902 Bad Münstereifel
Telefon: 02253-9212-0, -20, Fax: 02253-8091
Axel.Schmidt@fes.de
muenstereifel@fes.de
www.kurt-schumacher-akademie.de

Tagungszentren, regionale Bildungsbüros der FES:

ForumNRW

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn (Hausanschrift)
53170 Bonn (Postanschrift)
Telefon: 0228-883-378, Fax: 0228-883-538
Forum-NRW@fes.de
www.fes-forum-nrw.de

BayernForum

Prielmayerstr. 3, Elisenhof, 80335 München
Telefon: 089-5155524-0, Fax: 089-5155524-4
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastr. 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711-248394-3, Fax: 0711-248394-50
info.stuttgart@fes.de, www.fritz-erler-forum.de

Julius-Leber-Forum

Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein
Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg
Telefon: 040-325874-0, Fax: 040-325874-30
hamburg@fes.de
www.fes.de/Hamburg

Regionalbüro Regensburg

Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg
Telefon: 0941-794759, Fax: 0941-795613
Regensburg@fes.de
www.fes.de/Regensburg

Regionalbüro Mainz, Rheinland-Pfalz, Saarland

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-96067-0, Fax: 06131-96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/Mainz/

Landesbüro Niedersachsen

Theaterstr. 3, Haus A, 30159 Hannover
Telefon: 0511-357708-30, Fax: 0511-357708-40
hannover@fes.de
www.fes.de/Hannover/

Landesbüro Hessen

Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz
Telefon: 06131-97124-0, Fax: 06131-97124-29

Abteilung Dialog Ostdeutschland

Forum Berlin

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7307, Fax: 030-26935-9240
ForumBerlin@fes.de
www.fes.de/forumberlin

Forum Politik und Gesellschaft

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Telefon: 030-26935-7317, Fax: 030-26935-9241
forumpug@fes.de
www.fes.de/forumpug

Landesbüro Brandenburg

Hermann-Elfleinstr. 30/31, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-292555, Fax: 0331-2803356
Potsdam@fes.de
www.fes.de/Potsdam/

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Arsenalstr. 8 (Haus der Kultur), 19053 Schwerin
Telefon: 0385-51259-6 und 0385-512789, Fax: 0385-51259-5
info.schwerin@fes.de
www.fes.de/Schwerin/

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Str. 65, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-56876-0, Fax: 0391-56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/Magdeburg/

Landesbüro Thüringen

Nonnengasse 11, 99084 Erfurt
Telefon: 0361-59802-0, Fax: 0361-59802-10
info.erfurt@fes.de
www.fes.de/Erfurt/

Büro Dresden

Königstr. 6, 01097 Dresden
Telefon: 0351-804680-3, Fax: 0351-804680-5
DRNmail@fes.de
www.fes.de/Dresden/

Büro Leipzig

Burgstr. 25, 04109 Leipzig
Telefon: 0341-9602-160 und 0341-9602-431, Fax: 0341-9605091
lpzMail@fes.de
www.fes.de/Leipzig/

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Büro Berlin-Brandenburg/Truman-Haus

Bereich Politische Bildung und Begabtenförderung
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7019-190, Fax: 0331-7019-280
www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie

Klaus Fießmann
Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach
Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-3002-21
klaus.fuessmann@freiheit.org
www.freiheit.org

Büro Berlin-Brandenburg/Hauptstadtbüro

Reinhardtstr. 12, 10117 Berlin
Telefon: 030-2887784-2, Fax: 030-2887784-9
buero.berlin-brandenburg@freiheit.org
www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Referat Zeitgeschichte und Demokratieentwicklung

Eike Botta-Venhorst
Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Telefon: 030-28534-0, -235, Fax: 030-28534-109
botta@boell.de
info@boell.de
www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Werkstatt für politische Bildung e.V.
Inka Thuncke
Dortustr. 52, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-200578-0, Fax: 0331-200578-20
thuncke@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e.V.

Jürgen Wittmer

ijgd-Bundesgeschäftsstelle

Zuständig für ijgd-Bundesverein e.V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29
ijgd@ijgd.de
www.ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd

Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e.V.;
Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.; Baden-Württemberg e.V.;
Hessen e.V.; Süddeutschland e.V.
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord

Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e.V.;
Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.
Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim
Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt

Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e.V.
Westendorf 26, 38820 Halberstadt
Telefon: 03941-5652-0, -11, Fax: 03941-5652-52
ijgd.halberstadt@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin

Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e.V.; Sachsen e.V.
Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38
pr.berlin@ijgd.de

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam

Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e.V.
Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost

Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern
Am Schilde 4, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

Internationaler Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.**Zentrale Geschäftsführung:**

Ressort Bildung und Soziale Arbeit, Petra Tabakovic
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-184, Fax: 069-94545-280
petra.tabakovic@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22
Hauptstadtbuero-Berlin@internationaler-bund.de

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte**Hadamar (Hessen)**

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7

IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)

Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)

Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)

Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Bereich Politische Bildung**Abteilung Bildungswerke**

Dr. Werner Blumenthal
Postfach 13 31, 50387 Wesseling
Urfelder Str. 221, 50389 Wesseling
Telefon: 02236-707-4215, Fax: 02236-707-4347
werner.blumenthal@kas.de
www.kas.de

Bildungszentrum Schloß Wendgräben

Ronny Heine
Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben
Telefon: 039245-9523-50, Fax: 039245-9523-66
Ronny.Heine@kas.de
zentrale-wendgraeben@kas.de
www.kas-wendgraeben.de

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3370, Fax: 030-26996-3558
www.kas.de

Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung:**Bildungswerk Berlin**

Leitung: Renate Abt
Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-3253

Bildungswerk Bremen

Leitung: Dr. Ralf Altenhof
Martinistr. 25, 28195 Bremen
Telefon: 0421-1630090

Bildungswerk Dortmund

Leitung: Dr. Marco Arndt
Märkische Str. 111, 44141 Dortmund
Telefon: 0231-10877777

Bildungswerk Dresden

Leitung: Dr. Joachim Klose
Königstr. 23, 01097 Dresden
Telefon: 0351-5634610

Bildungswerk Düsseldorf

Leitung: Daniel Schranz
Benrather Str. 11, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-83680560

Bildungswerk Erfurt

Leitung: Alexandra Mehnert
Thomas-Müntzer-Str. 21 a, 99084 Erfurt
Telefon: 0361-654910

Bildungswerk Freiburg

Leitung: Thomas Wolf
Schusterstr. 34-36, 79098 Freiburg
Telefon: 0761-33443

Bildungswerk Hamburg

Leitung: Dr. Karsten Dümmel
Warburgstr. 12, 20354 Hamburg
Telefon: 040-21985080

Bildungswerk Hannover

Leitung: Jörg Jäger
Leinstr. 8, 30159 Hannover
Telefon: 0511-40080980

Bildungswerk Mainz

Leitung: Karl-Heinz B. van Lier
Weißliliengasse 5, 55116 Mainz
Telefon: 06131-2016930

Bildungswerk Oldenburg

Leitung: Dr. Stefan Hofmann
Eichenstr. 99, 26131 Oldenburg
Telefon: 0441-593466

Bildungswerk Potsdam

Leitung: Dr. Christian Schmitz
Rudolf-Breitscheid-Str. 64, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7488760

Bildungswerk Saarbrücken

Leitung: Helga Bossung-Wagner
Neumarkt 11, 66117 Saarbrücken
Telefon: 0681-9279880

Bildungswerk Schwerin

Leitung: Dr. Silke Bremer
Arsenalstr. 10, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-5557050

Bildungswerk Stuttgart

Leitung: Elke Erlecke
Lange Str. 18 a, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711-8703093

Bildungswerk Wiesbaden

Leitung: Dr. Thomas Ehlen
Bahnhofstr. 38, 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-1575980

OUTWARD BOUND Deutschland e.V.*)

Geschäftsstelle

Martin Hinterbrandner
Berghausstr. 1, 87645 Schwangau
Telefon: 08362-9822-0, Fax: 08362-9822-22
Martin.Hinterbrandner@outwardbound.de
info@outwardbound.de
www.outwardbound.de

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.

Uwe Weppeler
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-220, Fax: 069-6706-203
Karin.Stellmacher@paritaet.org
www.bildungswerk.paritaet.org

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Akademie für politische Bildung

Dr. Evelin Wittich
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-221, Fax: 030-44310-222
wittich@rosalux.de
info@rosalux.de
www.rosalux.de

*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen

Stand: 10. Dezember 2013

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefon: 030-400 401 00, Fax: 030-400 401 22

E-Mail: info@adb.de,

Internet: www.adb.de